

In diesem Heft

Editorial

Essay

ERIKA SOPHIE SCHWARZ

Drei Blicke auf das Jahr 2000: 1887 – 1960 – 1987.
Gedanken zum 100. Todestag von Edward Bellamy 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MICHAEL BENJAMIN

Verwaltung und Verwaltungsreform 12

Schicksale und Perspektiven der Wissenschaftsforschung

HANSGÜNTER MEYER

Die Krise im Hochschulwesen als Gegenstand
wissenschafts-soziologischer Untersuchungen 27

GERT-RÜDIGER WEGMARSHAUS

Anmerkungen zur Wissenschaftsforschung
im geteilten und im vereinten Deutschland 48

Alternative Technologiepolitik

OTTO ULLRICH

Risiken und Gefahren verwissenschaftlichter
Technologien – Überlegungen zur Technikbewertung 52

KLAUS STEINITZ

Nachhaltigkeit und Anforderungen
an eine alternative linke Politik 58

PETER DÖGE

Technik als sozialer Prozeß 62

Konferenzen & Veranstaltungen

- JOCHEN WEICHOLD
Forschungs- und Technologiepolitik für
eine nachhaltige Entwicklung 69
- WOLFGANG BLUMENTHAL, UWE SCHMIDT
Ost-West-Begegnung zur FDGB-Geschichte.
Zwei Berichte über eine Tagung 73

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 78

Bücher & Zeitschriften

- Christoph Butterwegge (Hrsg.):
NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in
Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1997
(ROLF RICHTER) 80
- Thomas Nöske:
Clockwork Orwell. Über die kulturelle Wirklichkeit negativ-
utopischer Science Fiction, UNRAST-Verlag Münster 1997
(HANNA BEHRENDT) 82
- Günther K. Lehmann:
Macht der Utopie. Ein Jahrhundert der Gewalt, Stuttgart 1996
(GERHARD BRENDLER) 84
- Jürgen G. Backhaus und Günter Krause:
Zur politischen Ökonomie der Transformation,
Metropolis-Verlag Marburg 1997
(ARNDT HOPFMANN) 87
- Handbuch Deutscher Rechtsextremismus,
hg. von Jens Mecklenburg, Elefanten Press Verlag Berlin 1996
(MARTINA DIETRICH) 89
- Wic Wen:
Die fünf Paradigmen der Volkswirtschaftslehre für
Inflationslosigkeit, Vollbeschäftigung und Verminderung
von Kriminalität, Verlag atacama Merida 1997
(ULRICH BUSCH) 91
- Ulrich Schneider:
Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN,
Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger Bonn 1997
(MANFRED BEHRENDT) 93
- An unsere Autorinnen und Autoren, Impressum 96

Editorial

Inzwischen weiß es hierzulande nicht nur jedes Kind, sondern auch jeder (potentielle) Wähler – ›der neue Kohl muß ein Niedersachsen sein!‹ Und wo bleiben die im Vorwahlkampf in allen nicht-konservativen Lagern viel und oft beschworenen Alternativen? Natürlich dort, wo sie angesichts unserer schönsten und daher alternativlosen Auto-Welt (die vor allem durch Benzinpreiserhöhungen bedroht wird) hingehören – auf der Strecke! So könnte zumindest ein hoffentlich etwas voreiliger Schluß lauten.

Wenn denn trotzdem unbedingt noch einige Kleinigkeiten zu verbessern wären, dann denkt jedermann zuallererst an eine ›andere Politik‹. Was nun wiederum eine ›andere Politik‹ innerhalb festgefahrener gesellschaftlicher Verhältnisse vermag und was nicht, daß hat kürzlich unter anderem die Ära Gorbatschow in der damaligen Sowjetunion demonstriert. Ein spezifisches Handicap des inzwischen zum Miet-Redner für die Beförderung besonderer Möchtegeigentümerinteressen heruntergekommenen Ex-Präsidenten war bekanntlich sein vergebliches Anrennen gegen den inhaltenden Widerstand einer reformunwilligen Verwaltung. Sicher kann hier eingewandt werden, daß die Reformierung des Staatssozialismus ein schier aussichtsloses Unterfangen war; allein im neoliberal globalisierten Kapitalismus wird es wohl kaum leichter werden. Auch hier bedürfte es – neben vielem anderen – einer Verwaltungsreform, wenn eine ›andere Politik‹ tatsächlich etwas ausrichten soll. Wenn moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften nunmal ohne Verwaltung nicht auskommen können, und wenn dazu noch die Gratifikationen der größtenteils verbeamteten Systemverwalter an den Fortbestand des etablierten Gesellschaftstyps geknüpft sind, dann wird klar – wie die Überlegungen von Michael Benjamin in diesem Heft zeigen –, daß nicht nur das revolutionäre Potential der Verwalter arg beschränkt, sondern die Reform der Verwaltung insgesamt eine unerhört harte Nuß für jede ›andere Politik‹ ist.

Noch viel alternativloser, weil noch weitaus stärker in den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt, erscheint jedoch das technologische Entwicklungsparadigma, daß seit dem Aufkommen marktwirtschaftlicher Rationalität scheinbar unabänderlich männlich-ökonomistisch definierten Pfaden folgt, auf denen die Technikentwicklung insbesondere seit dem Ausbruch der neoliberalen Olympiaden der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit mit immer wahnsinnigerem Tempo dahinzurasen scheint. Auch

hier muß – nach übereinstimmender Meinung unserer Autoren Otto Ullrich, Klaus Steinitz und Michael Döge – nicht weniger als eine ›andere Politik‹ her. Seit wann wird jedoch technologische Entwicklung von der Politik bestimmt? Zumindest läßt sich der Eindruck nur schwer entkräften, daß der Technologisch-industrielle-Komplex – in letzter Zeit hierzulande vor allem vertreten durch die ›unheilige Dreifaltigkeit‹ von Auto-Industrie, Gen-Technologie-Mafia und Transrapid-Kartell – die Politik in Gestalt ihrer hauptamtlichen Akteure vor sich her treibt und nach allen Regeln der Kunst (die hier in Profitmacherei besteht) erpreßt.

Um auf diesem Gebiet tatsächlich wesentliche Änderung durch Politik erreichen zu können, bedürfte es zu aller erst politischer Akteure, die ihre Stellung im gesellschaftlichen Machtgefüge Ressourcen verdanken, die sie wirklich unabhängig von den scheinbar übermächtigen Unternehmerinteressen machen. Und diese alternativen Gurus, die die Verwaltung dressieren und die Technologieentwickler domestizieren, sollen nun demnächst zum Frommen einer 'anderen Politik' an die Macht gewählt werden. Vom zur Wahl stehenden Personal ist dies allerdings kaum zu erwarten. Aber selbst kleinste Schritte von neuen politischen Heroen, die von links unter Druck gesetzt werden, sind natürlich besser als gar nichts – auch für die nächste Zeit bleibt wohl oder übel revolutionäre Bescheidenheit angesagt.

ARNDT HOPFMANN

* * *

Übrigens, die Redaktion hat sich entschlossen, den Wechsel von Einzel- und Doppelheften ab diesem Jahr regelmäßiger zu gestalten. Das heißt auf vier Einzelhefte (Januar, Februar, März und April sowie Juli, August, September und Oktober) folgt dann jeweils im Mai/Juni und im November/Dezember ein Doppelheft. Das nächste Heft von »UTOPIE kreativ« wird also das Doppelheft Mai/Juni 1998 sein, das Ende Mai, Anfang Juni – unter anderem mit Beiträgen zur Globalisierungsdebatte und zu demokratischen Alternativen – erscheinen wird.

DIE REDAKTION

ERIKA SOPHIE SCHWARZ

Drei Blicke auf das Jahr 2000:

1887 – 1960 – 1987.

Gedanken zum 100. Todestag
von Edward Bellamy

Am 10. September des Jahres 2000 wacht Julian West, ein wohlhabender junger Mann aus Boston, in einem Zimmer auf, das ihm völlig fremd ist, obwohl er sich in seinem Hause befand, bevor er einschlief. Tiefe Bestürzung erfaßt ihn, als er erfährt, wie lange er geschlafen hat, nämlich 113 Jahre, drei Monate und elf Tage. Er glaubt zunächst, das Opfer eines üblen Scherzes zu sein, bis ihn der Arzt Dr. Leete, der ihn geweckt und wieder ins Leben gerufen hat, auf das flache Dach seines Hauses führt. Er schaut auf eine Stadt, die er nie gesehen hat, auch keine ihr vergleichbare. Die Erkenntnis, daß er einer Generation angehört, deren Angehörige längst zu Staub zerfallen sind, löst einen Schock bei ihm aus, und er fühlt sich dem Wahnsinn nahe.

Mit dieser Ausgangssituation beginnt der Roman des nordamerikanischen Schriftstellers Edward Bellamy »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887«. Als »Looking Backward«, so der amerikanische Originaltitel, im Januar 1888 bei dem Bostoner Verleger Benjamin Ticknor erschien, ahnten weder der Verleger noch der Autor, daß dieses bescheidene Bändchen von rund 180 Seiten zu einem der Bestseller des 19. Jahrhunderts werden sollte. In Amerika wurden in kürzester Zeit über 400 000 Exemplare verkauft.

Für viele Menschen war das Buch eine Offenbarung. Bellamy hatte das ausgesprochen, was sie selbst dumpf gefühlt, gedacht, geträumt hatten. Gewerkschaftsfunktionäre, Reformer, Frauenrechtlerinnen, christliche Sozialisten, liberale Intellektuelle, Weltverbesserer der unterschiedlichsten Couleur sahen ihre eigenen Programme in Bellamys Roman ausgebreitet. Es gab eine Flut zustimmender Rezensionen in der liberalen Presse und scharfe Angriffe von denen, die alles beim Alten belassen wollten. Es bildeten sich Bellamy-Klubs, deren Mitglieder nicht nur die Gedanken des Schriftstellers diskutierten und verbreiteten, sondern auch versuchten, sie zu verwirklichen. Sie forderten die Verstaatlichung des Bergwerks-, Eisenbahn-, Telefon- und Telegrafwesens als ersten Schritt zum sozialistischen Idealstaat, den Bellamy schilderte.

Der Roman wurde bald auch in England, Frankreich, Italien und Holland leidenschaftlich diskutiert. In Deutschland erschien er 1889 – stark gekürzt – unter dem Titel »Bellamy, Edward: Ein sozialistischer Roman (ein Rückblick 2000-1887)« in der Reihe Berliner Arbeiterbibliothek des Verlages Berliner Volks-Tribüne. Er erreichte bis 1894 in dieser Form drei Auflagen. Das 32 Seiten umfassende Heftchen kostete 20 Pf. und war deshalb auch für Arbei-

Erika Sophie Schwarz – Jg. 1932, Tochter eines Bauern, studierte zunächst Landwirtschaft; ab 1958 Bibliothekarin, jetzt Rentnerin. Veröffentlichte Beiträge zur Regionalgeschichte, zur Geschichte der frühen Arbeiterbewegung und zur Judenverfolgung in Zeitungen und Zeitschriften, u.a. in der »Weltbühne«. 1995 erschien bei Böhlau »Erfurter Totentanz«.

Ich richtete meinen Blick endlich auf den Horizont und blickte nach Westen. Jenes blaue Band da, das sich gegen den Sonnenuntergang hinschlängelt, war es nicht der windungsreiche Charlesfluß? Ich blickte nach Osten. Der Hafen von Boston dehnte sich vor mir aus, von seinen Landzungen umschlossen, und nicht eines seiner grünen Inselchen fehlte. Bellamy, Edward: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000

auf 1887, Magdeburg 1890, S. 23).

ter erschwinglich. 1890 veröffentlichte Georg von Gizyki eine von ihm besorgte vollständige Übersetzung des amerikanischen Originals; sie erschien bei Reclam in Leipzig und im Fritz-Wolf-Verlag in Magdeburg unter dem Titel: »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887«. In seiner Vorbemerkung reihte Gizyki den Roman in die Utopien der Vergangenheit ein: »Utopia« von Thomas Morus, »Neue Atlantis« von Bacon und »Der Sonnenstaat« von Campanella. 1890 erschienen noch zwei weitere deutsche Ausgaben: eine im Verlag Bibliographisches Institut und eine bei Wiegand, beide in Leipzig. Letztere, von Alexander Fleischmann übersetzte Ausgabe erlebte innerhalb eines Jahres sieben Auflagen. Auch die junge Clara Zetkin übertrug den Roman ins Deutsche.

Fast 100 Jahre nach dem Erscheinen der deutschen Erstausgabe erwarb ich die im Fritz-Wolf-Verlag 1890 gedruckte Ausgabe in einem Erfurter Antiquariat zum Preis von 10 Mark. Den Titel kannte ich schon, hatte das Buch aber noch nicht gelesen. Als ich auf dem Titelblatt, in schönster Sütterlinschrift mit grüner Tinte geschrieben, den Namen des Vorbesitzers sah, der auch mein Mädchenname war, wußte ich sofort: Dieses Buch gehört mir. Ich habe es seitdem nicht nur einmal gelesen und kann die Faszination, die es auf die Zeitgenossen ausübte, sehr wohl verstehen. Ich schrieb darüber einen kurzen Beitrag für die Erfurter Zeitung »Das Volk«, die ihn am 8. August 1987 veröffentlichte. Daraufhin erhielt ich einen Leserbrief, ebenfalls in schöner Sütterlinschrift, von einer damals 82jährigen Frau: »Wollte Ihnen mitteilen, daß ich ein solches Buch habe. 100 Jahre alt. »Rückblick 2000«. Meine Mutter ist 1878 geboren, als sie 18 Jahre alt war, da gab es solche Bücher zu kaufen. Sind ganz streng verboten gewesen. Damals mußte es geheimgehalten werden. Wir gehörten doch bis 1918 zum Kaiserreich Österreich. Später hat niemand mehr darüber gesprochen.«

Auch heute spricht niemand über Bellamy und sein Buch. Der Autor erleidet das Schicksal, vor dem er alle Weltverbesserer in seinem Buch gewarnt hatte, wenn sie auf die »lebhafteste Dankbarkeit« künftiger Geschlechter rechneten. Dabei werden wir heutigen in knappen zwei Jahren unseren ganz persönlichen Rückblick aus dem Jahre 2000 halten können.

Edward Bellamy wurde am 26. März 1850 in Chicopee Falls im Staate Massachusetts als Sohn eines Geistlichen geboren.¹ In diesem reizlosen Industriestädtchen empfing bereits der Knabe, im Geiste christlicher Nächstenliebe erzogen, die Eindrücke, die für sein späteres Leben bestimmend werden sollten. Mit siebzehn Jahren ließ er sich am Union-College von Schenectady in New York immatrikulieren, um Geschichte, Wirtschaftsgeographie und Politikökonomie zu studieren. Das Studium schloß er aber nicht ab, da ihm weder der Lehrstoff noch die konservativen Professoren zusagten. 1868 begleitete er einen Vetter nach Europa. In Dresden, wo sich die beiden jungen Leute mehrere Monate aufhielten, kam Bellamy zum ersten Mal mit sozialistischen Ideen in Berührung. Nach Amerika zurückgekehrt, trat der Neunzehnjährige in die Kanzlei eines Rechtsanwaltes ein, um juristische Kenntnisse zu erwerben. Noch immer war er von dem Wunsch beseelt, den Armen und Entrechteten, den Witwen und Waisen zu helfen. Der erste

Ich erblickte das Licht der Welt in Boston im Jahre 1857... Ich lebte im Luxus und beschäftigte mich nur mir den Vergnügungen und Annehmlichkeiten des Lebens. Die Mittel zu meinem Unterhalte empfing ich durch die Arbeit anderer, obgleich ich nicht den geringsten Dienst als Äquivalent dafür leistete.
Ebenda, S. 7.

Fall, den er in seiner eigenen Praxis in Chicopee Falls übertragen bekam, veranlaßte ihn, diese sofort wieder zu schließen: Er sollte bei der Exmittierung einer zahlungsunfähigen Witwe mitwirken. Fortan versuchte er, seinen Lebensunterhalt als Journalist zu erwerben, zunächst in New York und ab 1872 wieder in seiner Heimatstadt. Dabei befaßte er sich besonders viel mit belletristischen und wissenschaftlichen Neuerscheinungen, darunter den Werken von Charles Darwin. Diese erschütterten sein religiöses Weltbild vom allmächtigen und gütigen Gott – sie führten ihn zu der Frage, wie das Leid, der Hunger, die Armut Hunderttausender Menschen zu vereinbaren seien. Er gab die Tätigkeit bei der Zeitung auf und wurde freier Schriftsteller. Mit seinen Romanen und Kurzgeschichten wollte er die Mitbürger zu Mitgefühl, Selbstlosigkeit und Menschlichkeit erziehen. Ab 1880 gab er gemeinsam mit seinem Bruder Charles eine eigene unabhängige Zeitung heraus, die sich wesentlich von den meisten amerikanischen Presseerzeugnissen der damaligen Zeit unterschied. In ihrem Bemühen, objektiv zu berichten, stießen die Brüder immer wieder auf die sozialen Gegensätze.

Boston hatte um 1880 etwa 500 000 Einwohner und war eine der aufstrebenden Industriestädte Nordamerikas, zugleich ein wichtiger Hafen und Handelsplatz der Union. Mehr als 72 000 Lohnarbeiter waren in Zuckerraffinerien, im Maschinenbau, in der Möbelfabrikation und in der Lebensmittelindustrie beschäftigt. In der Stadt gab es zwei Universitäten, darunter die berühmte Harvard-Universität, ein Politechnikum, eine öffentliche Bibliothek mit 770 000 Bänden – und 200 Kirchen. Das Schulwesen soll vorzüglich gewesen sein. Die reichen Emporkömmlinge ließen sich Luxusvillen errichten, während diejenigen, deren Hände Arbeit all den Reichtum geschaffen hatten, in häßlichen Mietskasernen in überliechenden Elendsvierteln vegetierten. Bellamy empfand tiefes Mitleid mit den hungrigen Kindern und den abgehärmten Arbeiterfrauen. Und ihn beunruhigten die Auseinandersetzungen zwischen Armen und Reichen. In Tausenden von Streiks suchten die Lohnarbeitenden ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die Herrschenden setzten dagegen reguläre Truppenverbände, Milizeinheiten und Söldner ein. Es kam zu blutigen Straßenschlachten.

Für die Kritik an diesen Verhältnissen und für das Abbild eines sozialistischen Idealstaates wählte Bellamy die Form des utopischen Romans, betrachtete ihn aber allen Ernstes als Vorschlag, die Gesellschaft zu verändern, – und so wurde er von seinen Lesern verstanden.

Als sein Romanheld im Jahre 2000 erwacht, da herrscht nicht nur in Boston in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Europa und in den meisten Ländern der Erde bereits seit vielen Jahren eine Gesellschaftsordnung, in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln, und folglich keine Ausbeutung mehr gibt. Indem er im Privateigentum an Produktionsmitteln die Quelle allen Übels erblickte, näherte sich Bellamy marxistischen Auffassungen. Aber seine Vorstellungen darüber, wie die »wunderbare moralische und materielle Umwandlung« der alten industriellen Ordnung geschehen sollte, unterschieden sich ganz wesentlich von denen marxistischer Theoretiker. Er setzte nicht auf die Revolution, in welcher Form

»Solch ein erstaunlicher Wandel, wie sie ihn beschreiben«, sagte ich, »konnte natürlich nicht ohne großes Blutvergießen und schreckliche Erschütterungen Platz greifen.« - »Ganz im Gegenteil«, erwiderte Dr. Leete, es fand nicht die geringste Gewalttätigkeit statt. Der Wandel war längst vorausgesehen worden. Die öffentliche Meinung war dazu völlig reif geworden, und die ganze Masse des Volkes stand dahinter.«
Ebenda, S. 3.

Natürlich haben nicht alle, nicht einmal die Mehrzahl, jene wissenschaftlichen, künstlerischen, literarischen Interessen, welche dem, der sich derselben erfreut, die Muße als das eine Gut des Lebens erscheinen lassen. Viele erblicken in der letzten Hälfte des Lebens hauptsächlich eine Zeit, in der sie sich Vergnügungen anderer Art hingeben: Sie verwenden sie zu Reisen, zum geselligen Verkehr mit Freunden und Arbeitsgenossen, sie geben sich mit der Verfolgung aller möglichen sie interessierenden Beschäftigungen und Probleme ab.
Ebenda, S. 108.

Früher pflegten die Regierungen bei dem geringsten internationalen Mißverständnisse die Leiber von Bürgern mit Beschlag zu belegen und sie zu Hunderttausenden dem Tode und der Verstümmelung preiszugeben, indem sie zugleich deren Reichtümer wie Wasser vergeudeten.
Ebenda, S. 34.

Zu Ihrer Zeit waren volle neunzehn Zwanzigstel aller Verbrechen... durch die Ungleichheit in dem Besitzstande der Einzelnen hervorgerufen. Mangel führte

auch immer, sondern auf die Vernunft und die Einsicht der Besitzenden. Die Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel in immer weniger Händen werde dazu führen, daß sich die Nation zu einem einzigen großen Geschäftsverbände organisiere, in dem alle anderen Verbände aufgingen, und sie schließlich der einzige Kapitalist sei.

Julian West wird von seinen Gastgebern, dem Arzt Dr. Leete und seiner Familie, buchstäblich an die Hand genommen und in die neue Welt eingeführt. Der Kunstgriff, einen Menschen aus dem Jahre 1887 in das Jahr 2000 zu versetzen, ermöglichte es dem Autor, sowohl heftige Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen seiner Zeit zu üben, als auch seine Vorstellungen vom sozialistischen Zukunftsstaat zu unterbreiten. Letztere werden sehr detailliert beschrieben: die Produktionsorganisation und die Verteilung von Waren, die eine Hauptaufgabe der Regierung ist. Alle Bürger haben nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit, von der es nur wenige Ausnahmen gibt. Sie beginnt mit dem 21. Lebensjahr und endet mit dem 45. Danach kann jeder Bürger seinen kulturellen, wissenschaftlichen und anderen Neigungen nachgehen. Er wird nur noch in Ausnahmefällen zur Arbeitspflicht herangezogen. Der Reichtum der Nation beruht nicht auf einem großen Produktivitätsfortschritt aufgrund technischer Erfindungen. Letztere spielen bei Bellamy, anders als bei seinem Zeitgenossen Jules Verne (1828-1905), kaum eine Rolle. Es gibt keine Flüge zum Mond und keine »Zwanzigtausend Meilen unter dem Meer«, aber auch die »Erfindung des Verderbens« hat noch nicht stattgefunden. Waffen von so ungeheurer Zerstörungskraft, wie sie heute produziert werden, konnte sich Bellamy bei aller Phantasie nicht vorstellen.

In Bellamys Zukunftsstaat gibt es keinen Krieg. Die einzige technische Neuerung ist die Möglichkeit, Konzerte aus Konzertsälen der Stadt in die Wohnungen der Bürger zu übertragen.

Grundsätzlich verändert haben sich das Straf- und Justizwesen. Bei einem Besuch des Stadtteils Charlestown fällt Julian West auf, daß das alte Staatsgefängnis abgerissen wurde, – Dr. Leete erklärt ihm, daß die Gesellschaft keiner Strafanstalten mehr bedürfe.

In Bellamys Staat ist die Frau unabhängig und gleichberechtigt. Häusliche Dienstleistungen, Sport, Wissenschaft, Erziehung und Bildung sind allen gleichermaßen zugänglich, weil die Kosten dafür von der Nation getragen werden.

Das Kapitel 28, in dem der Autor seinen Helden aus dem Jahr 2000 noch einmal in das 19. Jahrhundert zurückschickt, zeigt, daß er doch nicht ganz auf den freiwilligen Verzicht seiner reichen, die herrschende Klasse bildenden Zeitgenossen auf ihre Privilegien vertraut. Nachdem Julian Wests Diener Sawyer ihn, wie aufgetragen, geweckt hat, läßt er sich als erstes die Tageszeitung bringen und überfliegt das Inhaltsverzeichnis... Kein Fortschritt der gesellschaftlichen Zustände zum Guten ist da herauszulesen. Seine Zeitgenossen haben für den aus dem Jahr 2000 Zurückgekehrten, für sein leidenschaftliches Plädoyer zugunsten der Armen und Entrechteten nur Spott und Verachtung übrig. »Verrückter Fanatiker, Feind der Gesellschaft!«, schreien sie ihm zu; selbst seine Braut kann sein Mitgefühl nicht teilen, und sein Schwiegervater läßt ihn hinauswerfen.

Bellamy, der sich bis in das Jahr 2000 hineingeträumt hatte, erlebte nicht einmal den Beginn des 20. Jahrhunderts. Er starb, noch nicht einmal 50 Jahre alt, am 22. Mai 1898.

Die Zukunft vorauszusagen, scheint, trotz moderner Methoden der Prognose, immer noch so schwierig wie eine langfristige Wettervorhersage. Ob sie stimmte, wissen wir immer erst hinterher.

Im Jahre 1960 veröffentlichte Fritz Baade, langjähriger Direktor des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, das Buch »Wettlauf zum Jahre 2000« – und er berief sich ausdrücklich auf Bellamys Roman. Doch wies er es entschieden von sich, eine Utopie vorgelegt zu haben. Er schrieb: »Es besteht heute keinerlei Anlaß mehr, unsere Untersuchung in die Form eines utopischen Romans, das heißt eines Rückblicks aus einer erträumten Welt des Jahres 2000, zu kleiden. Von den 113 Jahren, die zwischen dem Erscheinen des genannten Buches von Edward Bellamy und dem Jahre 2000 lagen, sind inzwischen mehr als zwei Drittel vergangen, weniger als ein knappes Drittel liegt noch in der Zukunft.«²

Vierzig Jahre bis zum Jahr 2000 sind für den Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Baade eine nahe Zukunft gewesen. Doch sollte er sich genauso irren wie Bellamy. Sein Buch hatte übrigens eine ähnliche Resonanz wie Bellamys utopischer Roman – es erreichte in der ehemaligen Bundesrepublik sechs Auflagen in vier Jahren, wurde ins Polnische, Tschechische, Ungarische und andere Sprachen übersetzt und erschien 1968 in der DDR bereits in 2. Auflage.

»Der Wettlauf zum Jahre 2000« bezog sich auf den Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus, den Baade für beide Systeme durchaus als positiv empfand. Wer diesen Wettbewerb gewinnen werde, dafür gab er keine Prognose, ging aber davon aus, daß im Jahre 2000 beide Systeme noch bestehen würden. Seine Vorstellungen von der Welt des Jahres 2000 lesen sich heute allerdings wie die Utopie Bellamys:

»Diese Welt des Jahres 2000 kann wirklich eine schöne, eine wunderschöne Welt sein. Der Kampf gegen den Hunger kann gewonnen sein: Niemand auf der Erde wird dann zu hungern brauchen. Nicht nur mit Kalorien in Gestalt von Reis, Mais oder Weizen werden alle Menschen ausreichend versorgt sein, sondern auch mit so viel Milch, Fleisch und Fischen, wie sie zur vollen Erhaltung ihrer Gesundheit und ihrer Leistungsfähigkeit brauchen... Die heute am Rande des Hungers vegetierenden Millionenvölker brauchen sich dann nicht mehr von den mildtätigen Gaben der reichen Völker zu ernähren. Die Hilfe der »entwickelten« Welt für diese Völker hat ja nur dann einen Sinn, wenn sie, wie weiland der Marshallplan, den Beschenkten hilft, sich selbst zu helfen... Und ebenso kann der Kampf gegen die Armut gewonnen sein... Jede Familie wird sich eine menschenwürdige Wohnung leisten können, und alle diese Wohnungen werden dann wohl zumindest mit Elektrizität und Wasseranschluß ausgestattet bzw. mit Ölheizung in denjenigen Teilen der Welt versehen sein, wo es nötig ist.« (S. 326/327)

Baade sagt für die Welt des neuen Jahrtausends eine enorme Kürzung der Arbeitszeit, und nicht nur in Europa, voraus. Urlaubsreisen, ob nach Florida oder an die »russische Riviera am Fuße des Kaukasus«, und das ohne Visum, würden für alle denkbar sein,

den Armen in Versuchung, Gier nach größerem Gewinn oder der Wunsch, früheren Besitz festzuhalten, verführte die Wohlhabenden. Direkt oder indirekt war der Wunsch nach Geld, was damals gleichbedeutend mit dem Besitz aller guten Dinge war, der Beweggrund zu jeglichem Verbrechen, die Wurzel eines mächtigen Giftbaumes, den der ganze große Apparat von Gesetzen, Gerichtshöfen und Polizei kaum verhindern konnte, ihrer ganzen Zivilisation den Garaus zu machen. Ebenda, S. 110.

Tagesmeldungen 1887
Auswärtige Angelegenheiten: Der bevorstehende Krieg zwischen Frankreich und Deutschland. Die französischen Kammern fordern einen neuen Kredit für die Armee, um der Vermehrung des deutschen Heeres zu begegnen. Wahrscheinlich, daß ganz Europa in den Krieg verwickelt wird, falls es zu einem solchen kommt. – Großes Elend unter den unbeschäftigten Arbeitern in London. Sie verlangen Arbeit. Eine Massendemonstration soll stattfinden. Die Behörden in Unruhe...
Innere Angelegenheiten: Die Betrugsepidemie dauert fort. Unterschlagung einer halben Million in New York. Veruntreuung durch Testamentsvollstrecker. Waisen des letzten Pfennigs beraubt. ... Enthüllungen über die entsetzliche Korruption unter Chicagoer Beamten. Systematische Bestechung... In Worcester erschießt sich ein Mann, weil er keine Arbeit fand; große Familie im Elend hinterlassen... Erstaunliche Zunahme der Unwissenheit in Massachusetts...
Ebenda, S. 169/170.

weil die Staaten von ihrer nationalen Souveränität, »die sie heute mehr zum Wehe als zum Wohle ihrer Untertanen anwenden, ein großes Stück aufgegeben haben« würden. (S. 328) »Die Verringerung der nationalen Souveränität wird sich aber nicht nur in der Abschaffung der Heere dokumentieren, sondern in dem Aufbau von weltumfassenden politischen Institutionen, die einer einheitlichen Weltregierung zumindest nahekommen. Da Völker von sehr verschiedener politischer Struktur hier gemeinsam regiert werden müssen, kann diese Weltregierung nur eine föderative sein. Aber gerade das wird denen, die regiert werden, ein besonderes neues und hochgespanntes Lebensgefühl beschern, das Gefühl, in einer konföderativen, zu deutsch: einer verbündeten Welt von gleichberechtigten Bürgern und Brüdern zu leben.« (S. 328)

Wenn uns Baades Schilderung der Welt des Jahres 2000 angesichts ihres tatsächlichen Zustandes heute fast genauso utopisch anmutet wie der Roman Bellamys, so war sie doch kein Hirngespinnst, sondern beruhte auf Analysen eines humanistischen Wirtschaftswissenschaftlers. Da er auch ein Realist war, schloß er die Möglichkeit des Scheiterns seiner Voraussage ein und sah die Gefahr, »daß in dem dramatischen Wettlauf zwischen Vernunft und Wahnsinn nicht die Vernunft, sondern der Wahnsinn siegt«. (S. 329)

Die Ursachen dafür sah Baade einmal in der furchtbaren Wirksamkeit der Atomwaffen, zweitens in dem entsetzlichen Haufen von geistigem und seelischem Unrat, der sich in den Köpfen und Herzen der Menschen angesammelt hat, und drittens in der geradezu unfaßbaren Unfähigkeit leitender Politiker, für die einfachsten ihnen gestellten Aufgaben vernünftige Lösungen zu finden.

100 Jahre nach dem Erscheinen von Bellamys Roman und gut 25 Jahre nach Baade veröffentlichte M. Gorbatschow 1986 sein »Programm zur vollständigen Beseitigung der Atomwaffen bis zur Jahrhundertwende« und 1987 sein Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt«. Damals hatte er offensichtlich noch eine Vision für das Jahr 2000.

Sie bewirkte heftige kontroverse Diskussionen – bis in die Familien hinein. Gorbatschow-Klubs bildeten sich zwar nicht, aber er genoß eine Popularität wie kaum ein sozialistischer Politiker vor ihm.

Ich habe mich damals, im April 1986, spontan hingesetzt und einen Brief an meine Enkel geschrieben, an die schon geborenen und die noch ungeborenen – zu lesen im Jahre 2000. Damals war ich – wie auch in meinem erwähnten Zeitungsartikel 1987 über Bellamys Buch – felsenfest davon überzeugt, daß ich das Jahr 2000 im Sozialismus erleben werde, auch wenn er sich in der damaligen Realität nicht ganz so ideal wie in Bellamys Roman darstellte (mein Beitrag trug den Titel: »Was für uns keine Utopie ist«).

Dieser Überzeugung waren 1986 auch die 14jährigen Schüler einer Erfurter Oberschule, die von einer Reporterin nach ihren »Träumen ins Jahr 2000« befragt wurden. Die Schüler stellten nur eine Bedingung: Es sollte nichts vorgegeben werden, keine Hinweise, keine Ratschläge – das vertreibe die Träume. Ihre Vorstellungen über die berufliche Zukunft waren schon recht konkret. Die Arbeit, der Beruf hatten bei den Mädchen und bei den Jungen einen sehr hohen Stellenwert, nicht nur als Mittel zum Lebensun-

Dabei steht mancher auf dem, mit Verlaub gesagt, Standpunkt, der Sozialismus sei ein Betriebsunfall der Geschichte und gehöre längst auf den Müllhaufen. Dann werde auch die »dritte Welt« gezähmt werden. Alles komme wieder ins Lot - man könne weiter auf Kosten anderer herrlich und in Freude leben. Aber ein Rückfall in die Vergangenheit kann keine Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft sein.
Michail Gorbatschow:
Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 173.

terhalt, und sie sollte Spaß machen. »Jeden Morgen möchte ich mich auf meine Arbeit freuen«, schrieb Jana. Arbeitslosigkeit wurde nicht einmal in Betracht gezogen. Alle wünschten sich eine glückliche Familie mit zwei oder drei Kindern und natürlich ein Leben in Frieden. Niemand bezweifelte, daß die Träume in Erfüllung gehen würden.

An meine Enkel schrieb ich damals über unsere Hoffnungen, daß es nach den Erfahrungen des schrecklichen Zweiten Weltkrieges, der vielen Millionen Menschen das Leben gekostet hatte und an dessen Ende die erste Atombombe gezündet worden war, keinen Krieg mehr geben und unendlicher Frieden anbrechen würde. Ich habe von meinen Ängsten berichtet, ständig unter dem Damoklesschwert der atomaren Bedrohung leben zu müssen, und vom »Stockholmer Appell« aus dem Jahre 1950, der von 50 Millionen Menschen unterschrieben worden war und die erste weltweite Aktion zur Ächtung der teuflischen Waffe darstellte. Ich war damals 18 Jahre alt und sammelte die Unterschriften mit.

Es ist so nicht geworden, wie ich es mir 1986/1987 gedacht habe...

Mein Blick auf das Jahr 2000 ist heute, elf Jahre später, wenig optimistisch. Am Ende dieses Jahrhunderts steht die weltweite Niederlage des Sozialismus und die Rückkehr zu einer Wirtschaftsordnung, in der Konsum zum Lebensziel, Reichtum zum höchsten Wert und Geld zum Maß aller Dinge geworden sind. Es gibt in der Welt immer noch blutige Kriege und Bürgerkriege und wahrscheinlich mehr Flüchtlinge als am Ende des Zweiten Weltkrieges. Es gibt Obdachlosigkeit mitten im reichen Deutschland und fast fünf Millionen offiziell registrierte Arbeitslose in dieser Bundesrepublik, und die Politiker scheinen nach wie vor unfähig, auch nur dieses eine Problem zu lösen. Weltweit sterben täglich Tausende Kinder an Hunger. Die atomare Katastrophe hat nicht stattgefunden, aber die Bedrohung bleibt, mit ihr werden auch meine Enkel noch leben müssen. 1986 schrieb ich ihnen: »Die Erde wird, wenn Ihr erwachsen seid, noch immer kein Paradies sein. Es wird immer noch verseuchte Flüsse, sterbende Wälder, Hunger und Unwissenheit geben. All das hinterlassen wir Euch... Aber ich bin sicher, daß Ihr, Kinder des neuen Jahrtausends, alles daran setzen werdet, das zu ändern, – wenn wir nur diese eine Aufgabe erfüllen, der Menschheit den Frieden zu bewahren.«

Ja, es ist so nicht geworden, wie ich es mir erträumt habe. Aber meine Enkel sollen den Brief trotzdem lesen, und ich werde ihn nicht ändern, obwohl ich über manches, auch über Gorbatschow, heute anders denke als damals. Warum sollte ich mich meiner Wünsche und Träume 1987 – 100 Jahre nach Bellamy – schämen und sie verschweigen?

Es bleibt bei dem, was ich damals geschrieben habe: »Ich grüße Euch, meine Enkelkinder, und wünsche Euch ein glückliches und friedliches neues Jahrtausend.«

Cornelia: ... Da ich im Jahre 2000 schon etwa 10 Jahre arbeite, wünsche ich mir sehr, in meinem Beruf erfolgreich zu sein... Heiraten werde ich bestimmt auch. Und natürlich Kinder bekommen, zwei niedliche Bübchen... Meine Kinder sollen Vertrauen zu mir haben und keine Scheu zeigen, ihre Meinung zu sagen... Mein Mann soll mir treu bleiben, aber nicht zu sehr wie eine Klette an mir hängen... Seine Grenzen soll er auch kennen. Mit meinem Beruf, Wirtschaftskaufmann, will ich Gutes für die Gesellschaft leisten. Aber dieses alles kann nur sein, wenn Frieden überall besteht und keiner mehr Angst vor dem Krieg haben muß. Träume in das Jahr 2000, in: Das Volk, Erfurt, Wochenendbeilage, 17. Januar 1986.

Schlagzeilen aus der Thüringer Allgemeinen, Erfurt, Dezember 1997: Zahl der Obdachlosen verdoppelt. – Gewinne durch Kriminalität. – Britische Regierung ordnet Untersuchung an, nachdem Selbstmordrate in Gefängnissen Londons 1997 mit 68 Fällen auf bisherigen Höchststand kam. – Freispruch für Bäderunternehmer Zwick.

Anmerkungen

1 Die folgenden biographischen Angaben wurden dem Nachwort von Karl-Heinz Schönfelder zur 1980 bei Reclam, Leipzig, erschienenen Ausgabe von »Rückblick aus dem Jahre 2000« entnommen.

2 Baade, Fritz: Der Wettlauf zum Jahre 2000, Berlin 1968, S. 15. Die im folgenden in Klammern angegebenen Seiten beziehen sich auf diese Ausgabe.

MICHAEL BENJAMIN

Verwaltung und Verwaltungsreform

Verwaltung und Gesellschaft

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen, der Krise der Staatsfinanzen, von Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst, Verteilungskämpfen zwischen Bund, Ländern und Kommunen rückt die Verwaltung stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Auch die Wissenschaft wird bemüht, um Kürzungen der öffentlichen Haushalte, Massenentlassungen und Verschlechterung der sozialen Bedingungen im öffentlichen Dienst zu begründen. Dann ist von Sparsamkeit und Redlichkeit die Rede, mehr noch von der Notwendigkeit, Staat und Verwaltung zu reformieren, vom schlanken Staat, davon, öffentliche Verwaltung verstärkt zu öffentlichem Management umzugestalten.

Dabei kommen eigenartige Konstellationen zustande. So, wenn sich Marktliberale mit der Forderung nach »weniger Staat« mit Linken treffen, welche die Forderung nach »progressiver Entstaatlichung« erheben.¹ Theoretische Diskussion ist angesagt.

Die Literatur darüber, was »öffentliche Verwaltung« ist, ist kaum überschaubar.² Von ihrem sozialpolitischen Inhalt her ist die öffentliche Verwaltung Instrument der Macht- und Herrschaftsausübung vermittels der Organe des Staates (einschließlich der Kommunen).³ In der DDR entsprach dem weitgehend der Begriff »Staatsapparat«. Funktional erscheint die öffentliche Verwaltung als Teilsystem der Gesellschaft, das Entscheidungen ausgibt und durchsetzt (ggf. durch Zwang), um deren Funktionieren zu gewährleisten. Ziele und Mittel der öffentlichen Verwaltung werden als durch die Gesellschaft (oder deren Machthaber, herrschende Klassen oder deren Vertreter...) gesetzt angesehen. Diese Bestimmungen sind insofern unkonventionell, als sie nicht nur die Exekutive, sondern auch die Vertretungskörperschaften und die Rechtsprechung einbeziehen. Mehr traditionell sind Konzeptionen, welche die öffentliche Verwaltung als soziales Teilsystem ansehen, das die Aufgabe habe, die gesellschaftliche Entwicklung oder einzelne Bereiche der Gesellschaft zu steuern, oder aber als Organisation, die der Bevölkerung Dienste zu erbringen hat. Unter dem Zeichen der Neuen Öffentlichen (New Public Management) Verwaltung werden Modelle entwickelt, bei denen die öffentliche Verwaltung als Anbieter von »Produkten« gegenüber dem Bürger als »Kunden« interpretiert wird.⁴

Soweit es keine Mißverständnisse hervorruft, werden in diesem Artikel je nach dem Kontext die Wörter »öffentliche Verwaltung«, »Staatsapparat«, gelegentlich auch einfach »Verwaltung« im we-

Michael Benjamin – Jg. 1932; Prof. Dr. sc. jur., Sohn des 1942 im KZ Mauthausen ermordeten Arztes Dr. Georg Benjamin und der späteren Justizministerin der DDR, Hilde Benjamin; Studium in Berlin und Leningrad, seit 1957 wissenschaftlich tätig auf den Gebieten Rechtswissenschaft und Verwaltungswissenschaft; wissenschaftlicher Mitarbeiter, später Professor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg und in Moskau bis zur Abwicklung im Jahre 1990; über 200 wissenschaftliche und ca. 80 publizistische Arbeiten u.a. zu Straf-, Staats- und Verwaltungsrecht, Verwaltung und Politik, seit 1949 Mitglied der SED, gegenwärtig Sprecher des Parteirats der PDS; Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform.

sentlichen synonym benutzt. Umfangreicher ist der Begriff des öffentlichen Dienstes, der alle Beamten und Angestellte des Staates und der Kommunen umfaßt, also auch im Bildungswesen, in Krankenhäusern, Bibliotheken Arbeitende, Angestellte kommunaler Dienste usw.

Die Auffassung, die Verwaltung als – wie auch immer im einzelnen bestimmtes – Teilsystem der Gesellschaft ansieht, gewinnt zunehmend an Boden. Dieser Systemansatz wurde auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung in der BRD vor allem von Luhmann, in der DDR an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft begründet.⁵ Er führt direkt zu dem entscheidenden Punkt, daß die lokalen Ziele des Teilsystems »öffentliche Verwaltung« keineswegs notwendig mit den Globalzielen des Systems »Gesellschaft« übereinstimmen müssen, und auch nicht mit jenen, welche die Gesellschaft (oder ihre Repräsentanten oder Machthaber und in welchem Verfahren auch immer) der öffentlichen Verwaltung gesetzt hat. Normal sind im Gegenteil die Divergenz und Widersprüche dieser Ziele.⁶ Das allerdings wurde und wird meist nicht so deutlich gesagt (auch nicht von mir in der DDR).

Hierbei handelt es sich nicht nur um eine logische Konstruktion, sondern zugleich um einen historischen Prozeß. Den Beginn der Entwicklung der gegenwärtigen öffentlichen Verwaltung kann man in Europa und im Mittelmeerraum mit der Herausbildung des spätromisch-byzantinischen Beamtenwesens setzen, das Osteuropa direkt, Mittel- und Westeuropa besonders über die mittelalterlichen italienischen Juristen und die Verwaltungsordnungen des Stauferkaisers Friedrichs II. entscheidend beeinflußt hat. Weitere Schritte waren die Rezeption des römischen Rechts in Deutschland, die Evolution des Beamtenapparates zum Instrument absolutistischer Herrschaft und seine Ablösung durch das bürgerlich-parlamentarische, juridisiertere Modell, das in Deutschland den Namen »Rechtsstaat« erhalten hat. So ist im Verlaufe von etwa anderthalb Jahrtausenden die öffentliche Verwaltung in Europa zu einem verselbständigten, sich selbst erhaltenden und selbstoptimierenden System geworden.⁷

Alle konventionellen Theorien der Verwaltung und ihrer Effizienz kreisen um das Verhältnis administrativer Aktivität, deren Kosten und ihrer Ergebnisse. Üblicher Diskussionsgegenstand sind der Aufwand des Verwaltungshandelns und die Kriterien seiner Messung (rein monetäre oder auch andere), wie dessen Ergebnisse zu definieren und woran sie zu messen sind (Volkswohlstand, Arbeitslosigkeit, Kriminalität usw.), und wie sie mit dem Verwaltungshandeln einzelner Mitarbeiter oder Strukturen in Beziehung gesetzt werden können. Besonders die Theorie des New Public Management untersucht mit erheblichem Aufwand und sehr detailliert, wie die »Produkte« der Verwaltung und ihre Kosten definiert werden können. Bei all ihrer Nützlichkeit im Detail lassen diese Diskussionen den entscheidenden Faktor außer Betracht. Vom Standpunkt der Verwaltung besteht das *Hauptkriterium nicht in der (wie auch immer definierten) Verbesserung der gesellschaftlichen Angelegenheiten oder ihrer Steuerung, sondern in der Kontinuität, Erhaltung, dem Wachstum und der Vervollkommnung des Verwal-*

Das Ideal der öffentlichen Verwaltung der liberalen Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts wurde in dem Bild von dem Staat als Nachwächter personifiziert. In verschiedenen Zeiten und Ländern wandelte sich diese Personifikation zum Staat als Arbeitgeber und als Vormund, als Manager, als Sozialarbeiter bis zu der heute in Mode gekommenen Vorstellung vom Staat als einem schlanken Vertreter in Dienstleistungen.

Viele nachfolgende Aussagen gelten für jede Art der Verwaltung, nicht nur die öffentliche, sondern auch das Management von Firmen und Betrieben, Verwaltung von Parteien, Gewerkschaften usw. Wenn beispielsweise von Verwaltungsaufwand die Rede ist, ist es oftmals von größerem Interesse, wie sich dieser in solch breitem Verständnis entwickelt. In der Klassifikation der Internationalen Arbeitsorganisation wird die hiermit befaßte Personengruppe als »Managerial and clerical workers« bezeichnet.

»Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers«. Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 197.

tungssystems selbst. Das ist als empirischer Befund festzustellen. Damit sind weder der gute Wille noch die ethische Motivation Hunderttausender öffentlich Bediensteter in der Verwaltung in Frage gestellt; von Lehrern, Sozialarbeitern, Ärzten nicht zu reden. Es geht um das System der Verwaltung, das in das Staats- und Gesellschaftssystem eingepaßt ist, und das gerade die Mitarbeiter selbst oftmals tiefen Widersprüchen und Konflikten aussetzt.

Hier berührt sich die Systemkonzeption mit jener des New Public Management. Wenn man die öffentliche Verwaltung als Management und als eine Art Business begreift, bei dem ein Verkäufer bestimmte Waren (»Verwaltungsprodukte«) an »Kunden« verkauft, so ist der nächste Schritt nur konsequent. Für den Verkäufer (oder den Manager) ist es nämlich *prinzipiell gleichgültig*, welche Art von Gütern er verkauft. Für ihn ist entscheidend, daß er Gewinn erzielt. Das entspricht genau der Situation des Systems »Öffentliche Verwaltung«. Dessen Gewinn sind Erhaltung, Wachstum und höhere Einkommen. Die soziale Umgebung ist eine meist störende, wenn nicht feindliche Umwelt, in der es sich zu erhalten und zu entwickeln gilt. Zu störenden äußeren Einflüssen gehören – und das meine ich durchaus wörtlich – die übergeordneten Verwaltungen, die Einwohnerschaft, der Gesetzgeber, insbesondere durch Haushaltsrestriktionen und ganz gewiß auch Verwaltungsreformen.

Das Schildkrötenprinzip

Äußeren Einflüssen wirkt die Verwaltung nicht anders als ein beliebiges System entgegen. Der direkteste Weg ist die Isolierung (das »Schildkrötenprinzip«). Von Natur aus ist Verwaltung weder offen noch öffentlich oder gar transparent – weder im systemtheoretischen noch im politischen Sinn. Die Verwaltung hat in Jahrhunderten vielfältige Methoden entwickelt, sich vor der Umwelt abzuschließen. Sie reichen von Qualifikationsanforderungen, Studiengängen, Studiengebühren, Auswahlprinzipien, Dienstlaufbahnvorschriften bis zu bewaffneten oder unbewaffneten Einlaßdiensten, Passierscheinen und Ausweispflichten. Viel wirksamer als sichtbare sind jedoch die bürokratischen Barrieren wie z.B. Zuständigkeitsregelungen, strenge Frist- und Formvorschriften, Gebührenpflichten, komplizierte und starre Verfahrensregelungen.

Verwaltung wird auch in der in diesem Artikel vorgenommenen Begriffsbestimmung mit Entscheidungsfindung in Zusammenhang gebracht. Das Treffen und die Durchführung von Entscheidungen scheinen die normale und direkteste Form der Wechselwirkung zwischen öffentlicher Verwaltung und Gesellschaft zu sein. Hier ist eine Präzisierung erforderlich. Tatsächlich wird in der öffentlichen Verwaltung weit mehr Arbeitskraft und –zeit darauf verwendet, Entscheidungen zu verhindern als darauf, solche hervorzubringen. Besonders wer Verwaltungsreformen anstrebt, muß sich als erstes der Totschlagsfrage stellen »Und was geschieht, wenn nichts unternommen wird?« Ist man ehrlich, wird man in den meisten Fällen antworten müssen: »Nichts Besonderes«, womit das Vorhaben bereits erledigt ist.

Deshalb sollte man sich weder darüber wundern noch beklagen, daß Verwaltungsreformen sich »totlaufen«. Das ist der normale

Verlauf der Dinge. Ist in einer Verwaltung von Reformen die Rede, so sind zunächst und vor allem die der anderen gemeint.

Hinzuzufügen wäre, daß die Verhinderung von Entscheidungen oft genug im Interesse nicht nur der Verwaltung, sondern auch der Gesellschaft liegt. »Mach keinen Schaden!« – mit diesem Satz begann und schloß Solomon Kamenizer, einer der großen alten Männer der Leitungswissenschaft in der Sowjetunion, seine Vorlesungen zu diesem Thema. Die neue und neueste deutsche Geschichte liefert hierzu hinreichend Stoff zum Nachdenken.

Verwaltung – Invariante in einer sich verändernden Welt?

Die Schwäche des »Schildkrötenprinzips« besteht in seinem statischen Charakter und seiner fehlenden Universalität. Schildkröten leben lange – die Individuen sowohl wie die Art. Aber sie brauchen ökologische Nischen, und solche existieren langfristig nicht für Systeme wie die Verwaltung. Für sie gibt es keine Galápagosinseln – und selbst auf diese hat der Mensch seinen Fuß gesetzt.

Die Verwaltung kann sich nicht vollständig isolieren. Sie kann nur überleben, wenn die Gesellschaft insgesamt überlebt, und wenn sie den Inhabern der wirtschaftlichen und politischen Macht nützt, zumindest nicht schadet. Erfüllt sie diese Voraussetzung nicht, wird sie früher oder später (meist später, dennoch aber unvermeidlich) von der gesellschaftlichen Bühne verschwinden. Effektiver und die verbreitetste Überlebensstrategie der Verwaltung ist deshalb die Anpassung an die politischen und sozialen Veränderungen.

Das eigentlich Überraschende ist indessen, in welchem geringem Maße die Verwaltung durch die enormen sozialen wie technologischen Veränderungen in den modernen Gesellschaften seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts berührt wird; zumal wenn man bedenkt, daß einer der Hauptkritikpunkte jeglicher Opposition der exzessive Bürokratismus der herrschenden Gruppierungen ist. Dessen Beseitigung gehört zum festen Forderungsbestand so gut wie aller oppositionellen revolutionären wie reformerischen, parlamentarischen wie außerparlamentarischen Gruppierungen. In Wirklichkeit ereignet sich weit weniger. Im äußersten Fall wird die alte Bürokratie durch eine neue ersetzt.

Anpassung ist für die Verwaltung ein Erhaltungs-, kein Veränderungsprinzip, nicht Ziel, sondern Bedingung des Überlebens und der Stabilität. Deshalb folgt auch die Veränderung der Verwaltung einem Minimalprinzip.

Es geht mir keineswegs darum, wohlfeilen Spott über die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auszugießen, die besonders in Zeiten wirtschaftlicher Rezession zunehmendem Druck und Drohungen der Arbeitgeber ausgesetzt sind. Ihr Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze verdient die gleiche Solidarität wie der aller Arbeitenden.⁸ Wohl aber muß es möglich sein, den Anspruch an der Wirklichkeit von Verwaltungssystemen und Verwaltungsreform zu messen.

In den meisten ökonomisch entwickelten Ländern wurden im letzten Jahrzehnt Anstrengungen unternommen, um die Zahl der öffentlich Bediensteten und Beamten zu reduzieren.⁹ Bei globaler

Der entscheidungstheoretische Minimumsatz:

Bei jeder Entscheidung kommt es nicht darauf an, ihren Nutzen zu maximieren, sondern vielmehr darauf, ihre Schädlichkeit zu minimieren.

»Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.«
Otto Mayer

Das Minimalprinzip der Verwaltungsreform:
Die Verwaltung verändert sich nicht mehr, als zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Entwicklung unumgänglich ist.

Der Satz von der Erhaltung der Verwaltung:
Ebenso wie die Natur fürchtet auch die Verwaltung die Leere. Deshalb tritt an die Stelle einer beseitigten Verwaltung stets eine neue, in der Regel umfangreichere. Verwaltung ist ewig.

Betrachtungswise blieben diese Anstrengungen so gut wie erfolglos. In neun von 18 von der OECD untersuchten ökonomisch entwickelten Ländern wurde im Zeitraum von 1991 bis 1994/95 die Anzahl der öffentlich Bediensteten vermindert¹⁰, ebenfalls in neun Ländern vergrößerte sie sich¹¹. Soweit diese Anzahl sich vermindert, geschieht das in einem langsamen und sehr heterogenen Prozeß – in Europa hauptsächlich als Folge von Privatisierungen.

In der BRD ist das »Personal der öffentlichen Haushalte« im Bereich »Allgemeine Dienste«¹² systematisch angewachsen. Der zivile Bereich wuchs von 498.300 im Jahre 1950 auf 915.300 im Jahre 1995, wobei der bisherige Höchststand 1994 mit 963.900 erreicht wurde¹³. Für die nächsten Jahre ist im Gefolge der Finanz- und Haushaltskrise der Bundesrepublik zeitweilig mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Die Daten über die Haushaltsausgaben geben das gleiche Bild. Diese sind von 128.950.000 DM im Jahre 1991 auf 157.474.000 im Jahre 1994 gestiegen.¹⁴

Im übrigen besagt ein Rückgang der Anzahl der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung keineswegs, daß der Verwaltungsaufwand sich insgesamt vermindert. Vom Standpunkt der Verwaltung bedeutet z.B. Privatisierung zunächst nicht mehr und nicht weniger als die Ersetzung der öffentlichen durch private Verwaltung. Privatisierung kann mitunter zur Verminderung des Personals oder der Kosten für die Verwaltung führen. Das tritt aber keineswegs notwendig ein. In den meisten Ländern, in denen der Anteil der öffentlich Bediensteten zurückging, hat sich in der Regel die Zahl der als Manager oder Büroangestellte beschäftigten Personen nicht verändert oder ist geringfügig angewachsen. In Neuseeland z.B. verminderte sich von 1988 bis 1994 die Anzahl der in Ministerien Beschäftigten von 61.000 auf weniger als 25.000 Die Anzahl der im gleichen Zeitraum beschäftigten »Managerial and clerical workers« betrug 1988 341.900, 1994 hingegen 404.700¹⁵.

Informatisierung der Verwaltung

Eine der überraschendsten Erfahrungen besteht darin, wie minimal die Entwicklung der Technologie der Verwaltung, vor allem die Einführung der automatisierten Datenverarbeitung Quantität und Qualität der Verwaltungsarbeit und der Verwaltungsvorgänge beeinflusst haben. Zu den verbreiteten Annahmen, die an die Informatisierung der Verwaltung geknüpft worden waren, gehörte, daß

- * Entscheidungen schneller und in höherer Qualität erfolgen könnten, und die Effizienz der Verwaltung sprunghaft zunehmen würde,

- * weniger Verwaltungspersonal benötigt und das verbleibende qualifizierter und flexibler sein würde,

- * die Verwaltung weniger Papier produzieren und konsumieren würde,

- * im Ergebnis integrierter Datenverarbeitung administrative Schranken verschwinden würden,

- * das Verwaltungssystem insgesamt kleiner, flexibler und billiger, der Kontakt mit der Bevölkerung enger werden würde.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Beginn der Informatisierung der Verwaltung ist festzustellen, daß keine dieser Annahmen und

Erwartungen erfüllt wurde. Alle Büros der Welt sind mit Computern ausgestattet. Die Verwaltungsentscheidungen indessen sind weder besser begründet noch wirksamer. Die Schriftstücke werden um ein Vielfaches schneller hergestellt als vor Jahrzehnten. Indessen werden Ideen nicht schneller generiert. In den Arbeitsämtern, Sozialämtern, Einwohnermeldeämtern und anderen Behörden warten die Besucher stundenlang wie vor vierzig Jahren. Steuerbescheide werden jetzt maschinell hergestellt. Allerdings ist das Steuersystem mitnichten weniger kompliziert geworden, geschweige daß die Steuern niedriger geworden wären. Computerausdrucke haben auch ohne Unterschrift juristische Wirkung. Indessen ist das Normensystem weder weniger umfänglich noch transparenter geworden.

Die am stärksten desillusionierende Erfahrung besteht wohl darin, daß sich trotz der Möglichkeit einer um ein Vielfaches schnelleren Verarbeitung einer um ein Vielfaches umfangreicheren Datenmenge die Qualität der Entscheidungen nicht erhöht hat. Das ist aus mehreren Gründen nicht eingetreten.

Zunächst setzt jegliche Optimierung die Existenz zumindest exakt definierter und möglichst quantifizierbarer Ziele voraus. Diese sind, soweit sie überhaupt definiert werden, das Ergebnis politischer Verhandlungen und Kompromisse. Die Ausstattung der Verwaltung mit Computern hat diese Aufgabe in keiner Weise vereinfacht.

Die nächste Schwierigkeit ist die Unbestimmtheit der Daten. Große Datenverarbeitungskapazitäten bedeuten nicht viel, wenn die Ausgangsdaten nicht hinreichend exakt sind. »Je ungenauer die Daten sind, desto mehr muß gerechnet werden« sagte Prof. Aganbegjan in der Sowjetunion schon vor mehr als zwanzig Jahren. Meist aber wird mit ungenauen Daten so umgegangen wie mit hinreichend exakten. Damit nimmt die Unsicherheit der Entscheidungen sprunghaft zu.

Letztendlich ist es möglich, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Dann erst erscheint jedoch das Haupthindernis. Die Erfahrung zeigt, daß Politiker fast nie gewillt sind, die Ergebnisse von Optimierungs- oder anderen Berechnungen als Basis ihrer Entscheidungen zu akzeptieren, wenn jene ihren Absichten oder Ansichten widersprechen. In der DDR hieß das »Primat der Politik über die Ökonomie«, und die Ergebnisse dieses Vorgehens sind hinreichend bekannt.¹⁶

Diese Denk- und Verfahrensweise ist keineswegs auf sozialistische Politik beschränkt. Die Einführung der D-Mark in der DDR illustriert das anschaulich genug. Sie hat genau zu den Folgen geführt, die viele Wirtschaftswissenschaftler und Politiker voraus sagten, darunter der damalige Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl – vor allem zur Deindustrialisierung der DDR.

Der Alptraum der Science-fiction-Autoren, daß im Ergebnis der Informatisierung der Gesellschaft die Menschen von Computern beherrscht werden würden, ist nicht eingetreten. Vielmehr werden die Menschen von denselben Bürokraten mit denselben Methoden beherrscht wie zuvor, nur daß diese jetzt mit Computern ausgestattet sind.

Erhaltung und Widersprüche: Der Fall Rußland

Anpassung zielt darauf, die Verwaltung zu erhalten. Sie bewirkt jedoch zugleich Widersprüche und Konflikte zwischen den tradierten und weiterwirkenden Wertmaßstäben und Verhaltensnormen und jenen, die den neuen sozialen Anforderungen entsprechen. Die Lösung dieser Widersprüche vollzieht sich in der Regel als langfristiger, Generationen umfassender, regional unterschiedlich verlaufender Prozeß auf mehreren, sich beeinflussenden und überdeckenden Ebenen: Quantitativ und personell, Wandel von Strukturen, Verfahrensweisen und ihrer rechtlichen Regelung, Wandel der Verhaltensmuster und Wertmaßstäbe, wobei der letztgenannte der »trügste«, zugleich aber auch »nachhaltigste« Vorgang ist.

»Minister fallen wie Butterbrote: immer auf die richtige Seite.«
nach Ludwig Börne

Die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse in den »Transformationsstaaten« demonstriert das. Es hat sich gezeigt, daß die »alten Kader« in ihrer Mehrheit bereit und faktisch durchaus auch in der Lage sind, effektiv im Rahmen einer marktorientierten bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaft zu wirken.

Die Verwaltung wird in der Regel jedem dienen, der Macht im Staate hat. Ihrer Natur nach ist sie kein »Saboteur«. Das würde ihrem Selbsterhaltungssinn widersprechen. Aber sie hat ein sehr feines, in Jahrhunderten ausgebildetes Gespür dafür, wer wirklich Macht hat. Zugleich ist sie ein retardierendes, wenn man will, stabilisierendes Element. So hat sich erwiesen, daß die Idee der Zerschlagung des alten Staatsapparates weniger effektiv war als die Revolutionäre annahmen. Neue »öffentliche Verwalter« können und werden kommen. Aber sie werden auf den Schultern ihrer Vorgänger stehen, ob sie wollen oder nicht.

Dem entwickelten Kapitalismus vor allem des westeuropäisch-kontinentalen Typs entspricht eine öffentliche Verwaltung, die auf einem stark formalisierten ausgebildeten System von Rechtsvorschriften beruht, das den Menschen vor allem als abstraktes Individuum, als Teilnehmer des Warenmarktes (einschließlich, versteht sich, der Ware Arbeitskraft) sowie als ebenso abstrakten Staatsbürger sieht und deren Tun und Lassen im Sinne der Systemkonformität regelt (was einschließt, sozialen Eruptionen vorzubeugen).

Auch die Staats- und Verwaltungspraxis des Realsozialismus – um diese vereinfachende Bezeichnung zu verwenden – war auf die Gewährleistung systemkonformen Verhaltens orientiert, was mit der Formel von der Einheit individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Interessen ausgedrückt wurde. Andererseits wurde der Mensch konkret, als soziales Individuum in der Vielfalt seiner Beziehungen aufgefaßt. In Fragen des täglichen Lebens, soweit nicht wirklich oder vermeintlich die Sicherheit des Staates tangiert war, war die öffentliche Verwaltung auf eine unkomplizierte, »unformalistische«, bürgernahe Arbeitsweise, auf Konfliktvorbeugung und schnelle Entscheidung von Streitfällen gerichtet.

Das System von Verhaltensnormen und Verhaltensweisen von Staatsfunktionären beruhte nicht in erster Linie auf rechtlichen Regelungen, sondern vor allem auf einer harten und hart durchgesetzten Disziplin; es vergab Belohnungen mehr in Gestalt von Auszeichnungen und Privilegien, weniger in Form hoher Einkünfte. Man mag dieses System unterschiedlich beurteilen, aber im Rahmen der gesellschaftlichen Strukturen, in denen es sich herausgebildet hatte, war es wirksam.¹⁷

In Rußland vollzogen sich die Prozesse von Selbsterhaltung und Anpassung des Verwaltungsapparates an sozialen Wandel zweimal innerhalb eines Jahrhunderts. »Die alte... Staatsmaschine, die Armee, die Polizei, die Bürokratie (das Beamtentum), zu zerschlagen und völlig zu beseitigen«, sie »durch eine Organisation des bewaffneten Volkes« zu ersetzen, die Verwandlung der Beamtenschaft aus einer privilegierten Schicht mit hoher ... Bezahlung ihrer Pöstchen ...in Arbeiter einer besonderen »Waffengattung«, deren

Entlohnung *nicht höher* ist als der übliche Lohn eines guten Arbeiters« gehörte zu den grundlegenden Forderungen Lenins bei der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution.¹⁸

Nach einem Jahr mußte Lenin konstatieren, daß dieses Projekt nicht durchführbar war, daß die Sowjetmacht vielmehr einen »Kompromiß mit bürgerlichen Tendenzen eingehen« müsse, z.B. in Gestalt der Einführung hoher Gehälter für eine Reihe bürgerlicher Spezialisten¹⁹.

Aus diesem in Lenins Verständnis »zeitweiligen Rückzug« entstand eine Bürokratschicht, die Gegenstand ständiger Kritik von Lenin über Trotzki bis Gorbatschow war.

Die Folgen reichten weiter. Die personelle Kontinuität vor allem der unteren und mittleren Ebene der Verwaltung reproduzierte in gewissem Umfang auch die Verhaltensmuster der Verwaltung. So bildeten sich die bürokratischen Strukturen der Sowjetunion als spezifische Mischung zaristischer Traditionen, revolutionärer Methoden, (die ihrerseits z.T. bis auf die französische Revolution zurückgingen) und westlichen modernen Managements.

Die gesamte Geschichte der »Perestrojka« verlief unter der Begleitmusik scharfer Kritik der Sowjetbürokratie. Nach zehn Jahren ist festzustellen, daß das Personal wie auch viele Verhaltensmuster der Bürokratie sich in Rußland wie auch anderen Ländern der ehemaligen UdSSR wenig geändert haben. In den meisten »Transformationsstaaten« wurde allenfalls die oberste Ebene der Staats- und Verwaltungshierarchien teilweise ausgewechselt, und auch das keineswegs überall, z.B. nicht in Rußland. Die mittlere und vor allem die untere Ebene änderte sich personell wenig.

Von 1990 bis 1994 ist z. B. in den Ländern, die aus der Sowjetunion entstanden sind, die Zahl der in der staatlichen Verwaltung (einschließlich Verteidigung) Beschäftigten auf 104 Prozent gestiegen (von 2,86 Millionen auf 2,97 Millionen).²⁰ Berücksichtigt man, daß im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der Beschäftigten auf 91 Prozent gesunken ist, so bedeutet das einen Anstieg des Anteils von 2,07 Prozent auf 2,37 Prozent.

Bei näherer Betrachtung wird ein für manchen unerwarteter Ost-West-Gradient sichtbar. Die Länder am westlichen Rand des ehemaligen Territoriums der UdSSR – die Ukraine, Weißrußland, Lettland und Litauen – weisen das höchste Tempo des Wachstums des Verwaltungsapparats und (außer Weißrußland) auch die höchsten Anteile der in der Staatsverwaltung Beschäftigten an deren Gesamtzahl auf. Offenbar nähern sie sich schneller dem westeuropäischen Standard. Litauen hat mit einem Anteil von über 4 Prozent Deutschland bereits überholt, wo dieser Anteil etwa 3 Prozent beträgt, während in Mittelasien (mit Ausnahme von Kyrgysstan) diese Kennziffern signifikant niedriger sind. In Rußland ist die Zahl der in der Staatsverwaltung und Verteidigung Beschäftigten von 1991-1994 auf 91 Prozent zurückgegangen, nicht jedoch der Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigten (2,42 Prozent gegenüber 2,40 Prozent im Jahre 1991).

Die neue herrschende Klasse rekrutiert sich zu einem erheblichen Teil aus Angehörigen der bisherigen Oberschicht.

Die hieraus resultierende Wechselwirkung unterschiedlicher Sy-

»Wie immer man auch die Natur des heutigen Sowjetstaats erklärt, eines ist unbestreitbar: Am Ende des zweiten Jahrzehnts seines Bestehens ist er weder abgestorben noch auch nur im »Absterben« begriffen, schlimmer: Er wucherte zu einem in der Geschichte noch nicht dagewesenen Zwangsapparat aus; die Bürokratie hat nicht nur keine Anstalten gemacht, zu verschwinden und den Massen ihren Platz abzutreten, sondern ist zu einer unkontrollierten, die Massen beherrschenden Kraft geworden.«

Leo Trotzki: Verratene Revolution, Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990, S. 67.

Unzweifelhaft z.B. bestehen geistesgeschichtliche Zusammenhänge zwischen Lenins Konzeption der Prokuratur (staatsanwaltschaftlichen Gesetzlichkeitsaufsicht) bis hin zu Peters des Großen Idee vom »Prokurator« als »Auge des Herrschers«. Die Betrachtung muß ebenso die andere Seite des, um mit Trotzki zu sprechen, doppelten Charakters des Arbeiterstaates einschließen: Bei allen Defiziten gab es Ansätze von Bürgerbeteiligung und Basisdemokratie, verschiedene Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmechanismen von den Sowjets und ihren Kommissionen bis zur gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit.

Untersuchungen in Rußland haben ergeben, daß dort ca. 60 Prozent der jetzigen Oberschicht aus ehemaligen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären sowie Funktionären der gesellschaftlichen Organisationen bestehen. Dazu kommt

noch ein beträchtlicher Anteil von Angehörigen der gesellschafts-wissenschaftlichen Hochschulintelligenz. Auf der lokalen Ebene ist dieser Anteil noch höher. Untersuchungen der Universität Rostow zeigten z.B., daß 1994 60 Prozent der leitenden Mitarbeiter der Rayonebene ehemalige Partei- oder Sowjetfunktionäre waren und 25 Prozent aus der Wirtschaft kamen.

Vgl. H. Meyer: Gebremste Eliten-Rotation, in: Freitag, Nr. 20/1996, S. 13.

Das russische Sprichwort sagt: ›Das Gesetz ist wie eine Wagendeichsel; wohin man es dreht, dahin zeigt es.‹ Eine Gestalt wie der Müller von Sanssouci wäre in Rußland nicht einmal als Anekdote denkbar.

»Wenn man aber Kolonialisierung nicht mit dem Einmarsch von Kolonialtruppen à la Lettow-Vorbeck, mit Massakern an Eingeborenen etc. gleichsetzt, sondern das Entscheidende ins Auge faßt: die Zerstörung einer ›einheimischen‹ Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen, die soziale Liquidation nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Intelligenz eines Landes sowie die Zerstörung der gewachsenen – wie auch immer problematischen – Identität einer Bevölkerung, so hat sich in der Tat in der ehemaligen DDR im präzisen Sinne des Begriffs ein Kolonialisierungsprozeß vollzogen.«

Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar: Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung, in: Dieselben: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses

steme von Wertmaßstäben und Verhaltensnormen wurde in Rußland mit dadurch geprägt, daß ein neues Rechtssystem erst allmählich entsteht. Hinzu kommt, daß in der Bevölkerung traditionell ein starkes Mißtrauen gegenüber Recht und Rechtsprechung besteht.

Da zugleich die Entwicklung und Verwirklichung einer konsistenten Strategie auch hinsichtlich der Verwaltung vernachlässigt wurde, verloren vielfach die alten Verhaltensnormen ihre Wirkung, bevor die neuen eine solche gewonnen hatten. Die Folge ist, daß nicht die Bürokratie den Markt beeinflusst, sondern der Markt die Bürokratie, und daß beim Fehlen jeglicher gesicherter Verhaltensstandards vorkapitalistische Verhaltensweisen, Gewalt und Verbrechen zur Lösung ökonomischer Konflikte Platz greifen.

Freilich: In ihrer dem »gebändigten« Kapitalismus adäquaten etwas domestizierten Form gibt es diese Erscheinungen selbstverständlich in allen kapitalistischen Ländern einschließlich Deutschlands. Der Unterschied zu den »ungebändigten« Formen in Osteuropa ist gradueller, nicht prinzipieller Natur.

Erhaltung und Widersprüche: Der Fall Deutschland

In Deutschland wirkten prinzipiell die gleichen Mechanismen. Soziale Stellung, Herkunft, politische Traditionen und nicht zuletzt die Übereinstimmung der Handlungsziele der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Beamten mit jenen der herrschenden politischen Elite bewirkten im 20. Jahrhundert die Kontinuität der öffentlichen Verwaltung des kapitalistischen Deutschlands durch vier Regimes und über drei politische Umwälzungen hinweg, darunter ihren fast nahtlosen Übergang in das Lager des Nazifaschismus und anschließend in die BRD.

Ostdeutschland bildet in mancher Hinsicht jene Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Für die heute »herrschende Meinung« ist der Sachverhalt allerdings einfach: Die Übertragung des westdeutschen Verwaltungs- und Rechtssystems ist die Wiederherstellung einer in Ostdeutschland 1945 gewaltsam unterbrochenen deutschen Kontinuität.²¹

Zutreffend ist daran, daß sich in Ostdeutschland zweimal – 1945 und 1991 – ein für das Europa der Gegenwart einmaliger Elitenwechsel vollzogen hat – nach 1945 infolge der konsequenten Entnazifizierungspolitik, die unter Leitung der sowjetischen Besatzungsmacht verwirklicht wurde, nach 1990 durch den kolonialisierungsähnlichen Charakter des Anschlusses der DDR an die BRD.²²

Beide Kontinuitätsbrüche waren jedoch nicht absolut. Der unterschiedene Antifaschismus der Verwaltungsreform der Jahre nach 1945 in Ostdeutschland knüpfte auch an Traditionen demokratischer Justiz- und Verwaltungskritik zurückliegender Perioden an. Diese Kritik schloß die Konzeption der abstrakten Normativität, die nicht nach dem Inhalt der Rechtsvorschrift fragt, sondern nach ihrer Rechtsförmigkeit, ihrem Normcharakter, und die besonders für Deutschland charakteristisch ist, ein.

Ostdeutschland hat in 45 Jahren auch auf dem Gebiet der Verwaltung neue Traditionen, Verhaltensweisen und Bewußtseinsinhalte hervorgebracht, die weiterwirken – in Wechselwirkung und

vielfach im Konflikt mit der bundesdeutschen Verwaltungstradition.

Im Unterschied zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern wurde der DDR in der »Sekunde Null« (um Mitternacht vom 2. zum 3. Oktober 1990) ein komplettes System von Anschauungen, Normen und Institutionen übergestülpt – der Rechtsstaat bundesdeutscher Ausprägung. Der Rechtsstaat gehört zu den großen und bleibenden gesellschaftlichen Errungenschaften. Seine Einführung gewährleistet für die Ostdeutschen einen höheren Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und eine starke Rechtskontrolle der Verwaltung, vor allem durch die Gerichte. Immerhin sollte dabei nicht übersehen werden, daß dieses »Gebäude« zugleich den Ausbau, die Festigung, aber auch die Erstarrung der öffentlichen Verwaltung als eines von der Gesellschaft immer unabhängigeren Systems zur Folge hatte.

Ungeachtet allmählicher Gewöhnung werden die Schwerfälligkeit und lange Dauer der Verfahren, die Überfülle, Abstraktheit und Schwerverständlichkeit der Rechtsnormen in der BRD, Formalisierung und Juridisierung des Verwaltungshandelns, die Tatsache, daß wichtige Dinge des täglichen Lebens – z.B. Steuern, Versicherung, Rente – ohne Hilfe von Rechtsanwältinnen, Steuerberatern, Rentenberatern usw. kaum zu erledigen sind, von den Ostdeutschen deutlich und mit Unbehagen wahrgenommen.

Auf lange Sicht wird die öffentliche Verwaltung in Ostdeutschland nur dann stabil sein können, wenn sie nicht nur auf die klassische deutsche Verwaltungstradition zurückgreift, sondern auch auf Wertmaßstäbe und Verhaltensmuster, die in Ostdeutschland über 45 Jahre gewachsen sind. Das bedeutet z.B. engen Kontakt mit den Einwohnern, schnelle und als gerecht empfundene Entscheidungen, informelle Wege der Problemlösung – d.h. all das, woran die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrand in Schwierigkeiten geraten ist. Der Fall beleuchtet die Widersprüchlichkeit der ostdeutschen Situation auch von dieser Seite her grell.

Was kann Verwaltungsreform?

Verwaltungsreform ist nicht mehr und nicht weniger als Anpassung der öffentlichen Verwaltung an sich verändernde gesellschaftliche Verhältnisse. Sie wird weder diese Verhältnisse selbst voranbringen noch ist ihr Ziel – ungeachtet aller Erklärungen oder Absichten ihrer Initiatoren – eine billigere oder effizientere Verwaltung. Vielmehr geht es um deren Erhaltung und Ausbau unter veränderten Bedingungen. Nationale wie internationale Erfahrungen weisen aus, daß Verwaltungsreformen – wenn sie denn realisiert werden – die Verwaltung in aller Regel nicht einmal mittelfristig kleiner oder billiger und selten effizienter machen. Soweit andererseits ein Abbau der öffentlichen Verwaltung stattfindet, ist er in aller Regel nicht Ergebnis von Reformen oder Konzeptionen, sondern Resultat einer angespannten Haushaltslage und des Bestrebens, Lächer des Budgets zu stopfen.

Verwaltung ist Instrument der Macht- und Herrschaftsausübung. Wenn es also um den Ausbau der Verwaltung geht, so geht es um den Ausbau von Herrschaft. Um so erstaunlicher ist es, daß in der Diskussion der PDS und ihr nahestehender Politiker hierzu die

ses, München 1995, S. 13.

»Unser ökonomisch-technologisch-populierendes System, durch eine zentralisierende, regierungssüchtige Bürokratie angewandt, frißt sich selbst auf wie Saturn seine Kinder; wir sind übervöllert, haben überfabriziert, überproduziert, sind überfüttert und haben mit Buchstaben und Tinte die Beamten entmenschet, die Verwaltung enteignet.«

Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein; zitiert bei Ricarda Huch: 1848. Die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Zürich 1948.

»Volksfremdheit des Rechts – Rechtsfremdheit des Volkes – Weltfremdheit der Richter.«

Eugen Schiffer, Reichsminister a.D. der Weimarer Republik und erster Chef der Deutschen Zentralen Justizverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone 1947 über die Justiz der Weimarer Republik nach: Eugen Schiffer: Zum Geleit. Neue Justiz 1947, Nr.1, S.1.

In einer Untersuchung des SFZ Berlin-Brandenburg antworteten die Respondenten auf die Fragestellung »Ich fühle mich heute im Vergleich zu DDR-Zeiten in bezug auf das politische Klima...« zu folgenden Anteilen: mit

»wohler« 21 Prozent
 »gleich wohl« 18 Prozent
 »gleich unwohl« 25 Prozent
 »weniger wohl« 30 Prozent
 »weiß nicht« 6 Prozent.

Vgl. Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch Gunnar Winkler, Berlin 1997, S. 294.

Verwaltungsreform kann hingegen

* Macht und politischen Einfluß festigen oder umverteilen,

* Personen und Funktionen austauschen,

* Mittel umverteilen,

* Arbeitsbedingungen verändern,

und das ist meist auch ihr Ergebnis

Verwaltungsreformen im sozialistischen Sinne sind das Ergebnis von Schritten in Richtung zur Überwindung der Profitdominanz in der Gesellschaft. Sie selbst bringen solche Veränderungen nicht hervor. Auch die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit führt in einer kapitaldominierten Gesellschaft keineswegs notwendig zur Demokratisierung der Verwaltung – eher zu mehr Zentralisierung, Bürokratisierung oder Kommerzialisierung.

»K.W.« – »keine Wiederbesetzung«, im Jargon der Verwaltung gelesen als »kann weg«: Vermerk zu einer Planstelle, die, nachdem sie frei geworden ist, nicht wieder besetzt werden soll.

Eine Politik, die sich Sachzwängen unterordnet, ist ebenso unaufrichtig wie eine solche, die sie ignoriert.

Worte »Macht« oder »Herrschaft« höchst selten vorkommen.²³

Hier liegt das Spannungsfeld, dem linke Politik sich stellen muß. Kernpunkt einer sozialistischen Konzeption für Verwaltungsreformen müßte die »Rücknahme der Verwaltung in die Gesellschaft« sein, d.h. sie wäre aus einem heute weitgehend geschlossenen in ein offenes System umzugestalten. Der anderthalb Jahrtausende währende Prozeß ihrer Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft wäre Schritt für Schritt rückgängig zu machen. Eine so orientierte Reformpolitik hat drei Horizonte.

In der *nahen Distanz* stehen linke Kräfte wie die PDS vor der Aufgabe, für die Verwaltung Konzeptionen zu entwickeln und – wo sie Teilhaber politischer Verantwortung sind – zu realisieren, die aktuellen, von ihnen meist nicht verschuldeten Notsituationen geschuldet sind. Keine Theorie, so könnte es scheinen, kann kommunalen Verantwortungsträgern helfen, die unter dem Zwang (oder der Erpressung) einer restriktiven Bundes- und Landespolitik Grundstücke verkaufen, Kindereinrichtungen einschränken, Planstellen streichen oder mit k.W.-Vermerken versehen. Aber auch hierfür sind sozialistische Positionen und alternative Lösungsvorschläge gefragt, unterscheidbar von jenen der Regierung, aber auch der anderen Oppositionsparteien.

Damit wende ich mich gegen die in Diskussionen unter Linken verbreitete These von den »Sachzwängen«, gegen die, wie es heißt, nichts zu machen sei, wenn man »konkrete Politik« machen wolle. Von sozialistischer Politik bestimmte Verwaltung muß Ziele bestimmen, die darauf gerichtet sind, derartige Situationen vor allem für die sozial Schwachen so erträglich wie möglich machen, zu verhindern, daß Belastungen auf diese abgewälzt werden und die zugleich den Weg zu progressiven Veränderungen nicht verschließen, sondern möglichst weiter öffnen.

Wenn – was jeweils zu beweisen, nicht nur zu behaupten wäre – unter bestimmten Bedingungen bei gegebenen Zielsetzungen Ergebnisse, wie Senkung der Sozialausgaben, Wachstum der Arbeitslosigkeit, Schließung von Kitas usw. unvermeidlich erscheinen, jedoch unannehmbar sind, so sind, optimierungstheoretisch gesprochen, Zielfunktion und Randbedingungen zu variieren, d.h. in unserem Falle die politischen Zielsetzungen und die vorgegebenen Systemgrenzen in Frage zu stellen. Eine politische Partei steht dabei vor der Entscheidung, ob sie die eigenen politischen Ziele oder die gegenwärtig im Staate bestimmenden in Frage stellen will. Sozialistische Politik, und hier sehe ich eines ihrer Unterscheidungsmerkmale, muß sich für das zweite entscheiden. Sie muß den Zuständen, so weit wie gegenwärtig möglich, »an die Wurzeln gehen«, diese deutlich benennen und, wo erforderlich, auch bestehende Strukturen und Begrenzungen in Frage stellen.

Es muß deshalb – um ein Beispiel zu nennen – Einwände hervorrufen, wenn der 6. Landesparteitag der Berliner PDS, wenn auch mit vielen Vorbehalten, letztlich die Veräußerung von Landesvermögen zur Deckung von Haushaltslücken für zulässig erklärt hat. Es wird die Bildung einer »Infrastrukturbeteiligungsgesellschaft AG« vorgeschlagen, die »durch Börsengang externes Kapital für den Landeshaushalt aktiviert«.²⁴

Der »Entstaatlichung« öffentlichen Eigentums welcher Art auch immer widerspreche ich nicht wegen abstrakter Prinzipien. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß bei der Privatisierung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen auch bei Erhalt einer gewissen öffentlichen Kontrolle fast nie der Verwaltungsaufwand zurückgegangen ist und so gut wie immer die Kosten für die Verbraucher gestiegen sind. Denn Kern jeglicher Privatisierung ist die Ausweitung und Intensivierung des Wirkens des Marktes – völlig schrankenlos bei einem »Börsengang«. Das führt nicht nur und nicht zuerst zu mehr Wettbewerb, sondern zur Beseitigung von Arbeitsplätzen, zur Polarisierung und Vertiefung der sozialen Ungleichheit. Nach welchem Modell auch immer die Aktien gestreut werden, die Sozialverträglichkeit der infrastrukturellen Dienstleistungen würde verlorengehen.

Die Privatisierung schafft vollendete Tatsachen und ist eine potentielle Schwächung des angestrebten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Sie vermindert in jedem Falle die ökonomische Kraft der öffentlichen Hand und engt deren Wirkungsmöglichkeiten ein. Anstelle der Veräußerung von Landes- und kommunalem Eigentum sollte zur Deckung von Haushaltslücken über andere Wege, z.B. ein Zins- und Tilgungsmoratorium nachgedacht werden.

Sache der Sozialisten sollte es sein, gewerkschaftliche Forderungen auch hinsichtlich des öffentlichen Dienstes zu unterstützen. Wenn die Berliner PDS – um ein zweites Problem zu nennen – wie bei den ebenfalls auf dem 6. Landesparteitag beschlossenen Vorschlägen zur »solidarischen Umverteilung von Arbeit und Einkommen im öffentlichen Dienst Berlins« letztendlich in bestimmtem Maße Einkommenskürzungen für möglich hält, so sind nicht die Vorbehalte und Modellrechnungen entscheidend, sondern die Tatsache, daß hier in einer grundsätzlichen Frage gewerkschaftliche Forderungen aufgegeben werden.

Der sozialistische Ansatz sollte weniger in Vorschlägen bestehen, wie ein quantitativer Abbau aufzuschieben oder zu gestalten ist, die letztlich auf Lohnminderung der öffentlich Bediensteten hinauslaufen. Vielmehr ginge es um die Änderung von Strukturen, die zugleich Arbeitsplätze schafft – Abbau der »Verwaltung der Verwaltung«, Dezentralisierung und Delegierung von Befugnissen (und Personal), Ausbau der bürgerbezogenen Verwaltungsbereiche. Es geht um mehr Bürgerbeteiligung, nicht nur in der Legislative, sondern vor allem in der Exekutive und um gesellschaftliche Kontrolle, um vielfältige Formen der Einbeziehung Betroffener besonders in die Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen.

Die *Strategie mittlerer Reichweite* umfaßt weitergehende Schritte und Maßnahmen, die – gewiß nicht ohne politischen Kampf – auch unter den obwaltenden kapitalistischen Bedingungen realisierbar sein können.

Der grundlegende Mangel des auf das »New Public Management« zurückgehenden »betriebswirtschaftlichen« Modells der Verwaltung besteht nicht nur darin, daß es in sich widersprüchlich ist und zu zweifelhaften und unverständlichen Konstruktionen führt (Verwaltungsakte als »Produkte«, eine mit Ordnungsstrafe

belegte Person als »Kunde« der Verwaltung, »virtueller Markt«). Auch in der Verwaltung muß es rationelle Arbeitsorganisation unter Zugrundelegung moderner Prinzipien geben. Jedoch der Grundgedanke, daß für die Bewertung von Verwaltungshandeln betriebswirtschaftliche Kriterien wie Kostenminimierung, Arbeitskräfteabbau und Konkurrenz untereinander entscheidend sein sollen, geht an den Erfordernissen von Verwaltungsreform aus sozialistischer Sicht vorbei.

Verwaltungsreform muß eine prinzipielle Änderung der Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung bedeuten, um diese zu demokratisieren, Macht und besonders repressive Funktionen abzubauen. Es geht um einen Arbeitsstil, der sich nicht auf Gewähungen, Genehmigungen, Verbote usw. beschränkt, sondern auf Information, Beratung, Förderung von Netzwerken, Koordinierung und Gestaltung von Kooperationsbeziehungen orientiert ist. Die sozialen, ausgleichenden, konfliktbeseitigenden und vor allem konfliktvorbeugenden Funktionen sind auszubauen. Allerdings sollten keine Zweifel über die politischen, ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Grenzen bestehen, die einem Mehr an Demokratie hier und heute gegenüberstehen, zumal im Maßstab eines Bundeslandes – und mehr steht für die deutsche sozialistische Linke praktisch nicht zur Debatte. In Berlin z.B. haben die Straßenumbenennungen im Bezirk Mitte diese Grenzen deutlich genug gezeigt.

Die in Berlin geplante Bezirksgebietsreform, d.h. die Verminderung der Anzahl der Bezirke von gegenwärtig 24 auf 12 bis 18, wird, diese Prognose ist so gut wie risikofrei, im Falle ihrer Realisierung zu einer klassischen Illustration der These werden, daß Reformen schon auf mittlere Sicht die Verwaltung weder billiger noch effizienter machen. Sozialistische Politik kann sich nicht darauf beschränken, ein fundierteres Herangehen an die administrative Zusammenlegung zu fordern. Geht man von den Grundsätzen der Demokratisierung und Selbstbestimmung aus, müßte der Grundansatz sozialistischer Gebietsreform nicht Zentralisierung, sondern das Kiezprinzip und das Gemeindeprinzip sein, also die Verkleinerung, nicht die Vergrößerung der Bezirke. Allerdings müßte dann das 1920 errichtete Jahrhundert-Tabu »Einheitsgemeinde Berlin« gebrochen werden. Andere Modelle wären zur wissenschaftlichen und politischen Diskussion zu stellen.

Die *langfristige Strategie* zur Verwaltungsreform muß darauf gerichtet sein, Vorstellungen und Modelle für die Verwaltung in einer sozialistischen Gesellschaft auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Die Aufgabe ist noch weitestgehend ungelöst und man mag sie heutzutage für unzeitgemäß halten. Das trifft aber nur zum Teil zu; denn Vorstellungen über langfristige Ziele beeinflussen auch die mittel- und kurzfristige Politik.

Die Konzeption einer sozialistischen Verwaltung kann weder im Negativen noch auch im Positiven die Erfahrungen des vergangenen Sozialismusversuchs (in Deutschland die Erfahrungen der DDR) ignorieren, muß an seine kritische Wertung anknüpfen und von hier aus Paradigmen ableiten. Sie kann auch nicht die Wertmaßstäbe und Verhaltensmuster ignorieren, die in Ostdeutschland über 45 Jahre gewachsen sind.

»Entstaatlichung«, wenn man den Begriff benutzen will, ist nicht Privatisierung; die lediglich die Ersetzung der obrigkeitlichen Verwaltung durch die Diktatur des Marktes bedeuten würde. Ihr Inhalt müßte der Ausbau der Selbstverwaltung der Betroffenen bei Unterstützung und Beratung durch die öffentliche Verwaltung sein.

Es geht vor allem um den weitgehenden Abbau repressiver Funktionen. Selbstverwaltende Gremien sind nicht nur in die Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen einzubeziehen, sondern sie sollten Entscheidungsbefugnisse einschließlich bestimmter Funktionen der Streitentscheidung, vor allem auf sozialem und ökonomischem Gebiet wahrnehmen. Hierarchien sind in jedem hinreichend großen System unvermeidlich und bilden sich gegebenenfalls spontan. Sie müssen aber nicht auf bürokratischen Unterstellungsverhältnissen beruhen, sondern können auch von unten nach oben aufgebaut werden und vor allem auf Koordinierung, Informationsvermittlung, Dienstleistung, insbesondere zur Ausübung übergreifender Funktionen gerichtet sein.

Anzustreben ist die kardinale systematische und sprachliche Vereinfachung und »Entformalisierung« der Rechtsvorschriften, die Veränderung von Verfahrenswegen im Sinne von Beschleunigung und Konfliktbeseitigung. Die Beschwerdemöglichkeiten gegen Verwaltungsentscheidungen sind auszubauen, wobei vorhandene Modelle (Ombudsmann, Bürgerbeauftragte, Eingabenrecht u.a.) zu prüfen sind.

Eine Veränderung des Laufbahnsystems müßte die Zugangsmöglichkeiten zur öffentlichen Verwaltung erweitern. Unter der Voraussetzung grundlegend veränderter sozialer Bedingungen, vor allem eines Systems garantierter Vollbeschäftigung, wäre auch über Möglichkeiten eines Rotationsprinzips vor allem bei mit Entscheidungen verbundenen Verwaltungsfunktionen nachzudenken

In der praktischen Politik wie auch bei weitergreifenden Reformansätzen ist Nüchternheit gegenüber jeglicher Reform-Euphorie gefragt. Die deutsche Linke muß selbst ihre Prioritäten für die Verwaltungsreform und die Debatte darüber setzen – im Bewußtsein, daß ihre Durchsetzung grundlegende politische und gesellschaftliche Veränderungen erfordert. Und selbst diese sind Voraussetzung, aber keine Garantie des Erfolges.

Anmerkungen:

- 1 So in dem unveröffentlichten Diskussionspapier von Carola Freundt und Thomas Flierl: »Progressive Entstaatlichung: Vergesellschaftung statt Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Thesen zur Schaffung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors in Berlin« (1. Entwurf, Januar '97) Auch wenn das Papier sich vom Marktradikalismus distanziert; laufen die praktischen Vorschläge auf den Ausbau der Rolle des Marktes hinaus. In den vom 6. Berliner Landesparteitag der PDS beschlossenen »Projekten für eine alternative Zukunft« ist auf den Begriff »progressive Entstaatlichung« verzichtet worden; die konkreten Vorschläge wurden aufrechterhalten.
- 2 Einen ausführlichen Überblick liefert Bernd Becker: Öffentliche Verwaltung, Percha 1989, S. 35ff.
- 3 In der Beschäftigten- und Finanzstatistik der BRD werden diese Bereiche annähernd durch die Gruppen Politische Führung und Zentrale Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz erfaßt.
- 4 Vgl. Klaus König und Joachim Beck: Modernisierung von Staat und Verwaltung, Baden-Baden 1997, S. 116ff.
- 5 Vgl. u.a. Niklas Luhmann: Theorie der Verwaltungswissenschaft, Köln/Berlin 1966; Niklas Luhmann: Soziale Systeme. Frankfurt/M 1985; Michael Benjamin, Gerhard Frohn, Dieter Hösel u.a.: Staatliche Leitung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin (DDR) 1981; Heinz Bartsch, Michael Benjamin, Gerhard Frohn u.a.: Grundriß Wissenschaftliche Organisation der staatlichen Leitung, Berlin (DDR) 1981.
- 6 Vgl. die eingehende Analyse bei Gareth Morgan: Images of Organization, Thousand Oaks/London/ New Delhi 1997.
- 7 Gareth Morgan verwendet den aus dem Griechischen stammenden Begriff der »Autopoiesis« (»Selbstschöpfung«). Vgl. Gareth Morgan: Images..., a.a.O., S. 25 fff.
- 8 Notwendig ist nicht der Abbau, sondern sind tiefgehende Veränderungen der Strukturen der öffentlichen Verwaltung. Dazu weiter unten.
- 9 Verallgemeinernde statistische Analysen stoßen auf erhebliche methodische Schwierigkeiten, nicht nur weil die Erfassungs- und Beschreibungsmethoden sowie realen gesellschaftlichen

- Verhältnisse national wie auch branchenbezogen höchst unterschiedlich sind, sondern auch wegen der weitgehend fiskalischen Orientierung der Datenerfassung. Dessenungeachtet kann man davon ausgehen, daß das allgemeine Bild hinreichend exakt ist.
- 10 Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, Niederlande, Neuseeland, Schweden, Großbritannien. Vgl. Organization for Economic Co-operation and Development: Issues and Developments in Public Management. Survey 1996-1997, Paris 1997, S. 307.
 - 11 Österreich, Kanada, Frankreich, Japan, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweiz, USA. Vgl. Organization for Economic Co-operation and Development: Issues..., a.a.O., S. 307.
 - 12 Diese Gruppe umfaßt die Bereiche »Politische Führung und zentrale Verwaltung«, auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz. Der Bereich »Verteidigung« wurde bei unseren Berechnungen ausgeklammert. Er weist seit 1990 eine sinkende Tendenz auf (von 407.700 auf 298.300).
 - 13 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1997 für die BRD, Tab. 20.8.3.
 - 14 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1997 für die BRD, Tab. 20.4.2.
 - 15 Vgl. Klaus König und Joachim Beck: Modernisierung..., a.a.O., S. 32; ILO – International Labour Organization (ed.): Yearbook of Labour Statistics, Geneva 1996, Tab 2B. Obgleich in diesem Zeitraum im Land die statistische Systematik zweimal verändert wurde, dürfte die allgemeine Tendenz, die sichtbar wird, zutreffen.
 - 16 Damit rede ich durchaus nicht der unter Linken so lebhaft diskutierten These von den »Sachzwängen« das Wort, worauf noch zurückzukommen sein wird.
 - 17 Vgl. dazu im einzelnen Michael Benjamin: Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen. Gedanken über linke Politik, Marxistisches Forum, Heft 6, Sachsen/Berlin 1996, S. 7f.
 - 18 Vgl. Wladimir. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 5, Die Aufgaben der revolutionären proletarischen Staatsordnung. (März 1917), in: Werke (LW), Bd. 23, Berlin, S. 355; Wladimir I. Lenin: Über die Doppelherrschaft (1917), in: LW, Bd. 24, Berlin, S. 22.
 - 19 W. I. Lenin: Sechs Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: LW, Bd. 27, Berlin, S 307.
 - 20 Die nachfolgenden Zahlen beruhen auf The World Bank (ed.): Statistical Handbook. States of the former USSR, o.O. 1996. Sie beziehen sich auf alle Länder, die Ende 1989 der Sowjetunion angehörten, mit Ausnahme von Estland und Turkmenistan, von denen vergleichbare Daten nicht vorlagen. Mit dem Ausdruck »Staatliche Verwaltung« übersetze ich den in dieser Statistik verwendeten Terminus »General administration«. Er umfaßt im wesentlichen den gleichen Personenkreis, der in der Statistik der BRD durch »Allgemeine Dienste« gekennzeichnet wird.
 - 21 Vgl. z. B. Klaus König und Joachim Beck: Modernisierung..., a.a.O., S. 15ff.
 - 22 Vgl. dazu im einzelnen Michael Benjamin: Ostdeutsche Identität..., a.a.O., S. 9ff. Eine detaillierte Untersuchung dieser Vorgänge im Hinblick auf die Justiz findet sich bei Hans Hubertus von Roenne: »Politisch untragbar...?« Die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten der DDR im Zuge der Vereinigung Deutschlands, Berlin 1997. Diesen Untersuchungen zufolge wurde ein Drittel der Ende 1989 in der DDR vorhandenen Richter und Staatsanwälte in den juristischen Dienst der BRD übernommen (S. 316). Es versteht sich, daß sich darunter keine Richter oder Staatsanwälte befanden, die in der DDR in der Rechtspflege leitende Funktionen wahrgenommen hatten. In den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin) stellten sie zum 1. Januar 1995 18,2 Prozent der Richter und 33,9 Prozent der Staatsanwälte (S. 248f.).
 - 23 Diese Begriffe finden sich z.B. in den Arbeitsmaterialien der verwaltungspolitischen Konferenz der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. und 19. April 1997 über »Gesellschaftsentwicklung und Verwaltungspolitik« nicht ein Mal.
 - 24 Vgl. Berlin braucht Zukunft! Projekte für eine alternative Zukunft. Beschluß der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Berlin am 23. November 1997, S. 13.

HANSGÜNTER MEYER

Die Krise im Hochschulwesen als Gegenstand wissenschafts- soziologischer Untersuchungen

Einleitendes zum Begriff der Krise

An deutschen Universitäten und Hochschulen ist unzweifelhaft und seit langem soviel im Argen, in Unordnung, verfahren, reformbedürftig, neuzuordnen, abzuschaffen etc., daß man schon vorab sagen kann, sie sind irgendwie krank oder defekt oder stecken in einer Malaise und bedürfen sehr tiefreichender heilender oder bessernder Prozeduren.

Wer in der Pflicht ist, Anlaß hat oder publizistische Gelegenheit – je nach Befinden –, über die Daseinsprobleme deutscher Universitäten und Hochschulen zu sprechen, wer dies über Jahre tut oder tun muß, macht dabei die Erfahrung, mit etwa immer den gleichen Problemen, auf etwa immer dem gleichen Niveau ihrer Verschärfung oder Auflösung, konfrontiert zu sein.¹

Man denkt unwillkürlich an jene Stelle im Faust, wo Goethe den Mephisto resigniert sagen läßt: »Es schleppen sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort, vererben von Geschlecht sich zu Geschlechtern und wandern sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, weh dir, daß du ein Enkel bist ... ».

Offensichtlich kommt man um die sich aufdrängende Erkenntnis nicht herum: Daß ein gewisser Zustand von Morbidität eine dauerhafte Einrichtung werden kann, ohne zu irgend etwas Dramatischem zu führen – nicht zu Kollapsen, Parkinsonschen Funktionsausfällen oder anderen Scheußlichkeiten –, sondern sogar in der Lage ist, Verhältnisse hervorzubringen, die Produktion und Wirkung möglich machen, ja, den Beteiligten zum Schluß lieb und teuer werden können. Wolf-Dieter Narr hat das Überlebensgesetz deutscher Hochschulen einmal so ausgedrückt, daß sie durch eine asketische Leistungsekstase ihrer wissenschaftlichen Akteure prosperieren – ihrer Akteure, die es längst hinter sich gebracht haben, diesen pathogenen Zustand unerträglich zu finden und im Gegenteil daraus sogar ein hohes Maß an elitärem, exklusivem Selbstbewußtsein schöpfen, das sie stolz sein läßt. Man könnte versucht sein, dieses Phänomen mit den bekannten Lebensumständen so manchen Genies in Zusammenhang zu bringen, die darin bestehen, daß ein gewisses Maß von Leiden und Gebrechlichkeit durchaus verträglich ist mit hocheffizienter Kreativität – wenn es nicht gar, wie Thomas Mann in seiner Geschichte des Tonschöpfers Adrian Leverkühn meint, unter Umständen eine *conditio sine qua non* des ganzen Geniebetriebes sei. Jetzt auch noch auf den hier naheliegenden Nietzsche einzugehen, entsage ich mir entschieden. Wohl

Hansgünter Meyer – Jg. 1929, Prof. em. Dr. habil., Soziologe. Studium der Gesellschaftswissenschaften und Philosophie Leipzig und Greifswald 1955-64; seit 1965 an Instituten der Akademie der Wissenschaften (DAW) Berlin. Industriesoziologische und Sozialstruktur-Untersuchungen. Seit 1975 auch Wissenschaftssoziologie. Dazu Forschungsberichte und Veröffentlichungen, u.a.: Zum Kaderpotential der Wissenschaft in der DDR und in RGW-Ländern: 10 Bd. AdW-Studien. Mitbegründer und Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland. Mitbegründer und – bis 1992 – Mitherausgeber des Berliner Journals für Soziologie. 1992-1995 Mitarbeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Als Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. u.a. Herausgeber einer wiss.-soz. Schriftenreihe.

1 Der Autor hat folgende umfangreichere Untersuchungen zu diesem Thema vorgelegt:

1. Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland – Szenarien-Friktionen-Optionen-Statistik; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung »WZB-Paper« P 93-402, 1993.

2. Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung »WZB-Paper« P 95 - 401, 1995.

(Vgl. auch: Angleichung und Defizite der deutsch-deutschen Hochschulrenewierung, in: UTOPIE kreativ, Heft 35/36, Sept./Okt. 1993, S. 9-30).

3. Widerspruchsvolle Neugestaltung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland. Situation, Probleme, Perspektiven. In: Gerd Grözinger/ Erich Hödl: Hochschulen im Niedergang? Zur Politischen Ökonomie von Lehre und Forschung, Metropolis Verlag Marburg 1994. Protokollband zu einer Tagung in der ev. Akademie Bad Boll.

4. Hochschule – Perspektive 2000 – Abwicklung und Gründungsfieber 1991-1994 – Hochschul-Institutionentransfer – gesamtdeutsche Systemfusion der Defizite – und danach? In: Schriften des Collegium Polonicum der Universität Frankfurt/ Oder – Viadrina. In Druck.

2 Antinomie als Konzept: In den obengenannten und anderen Schriften des Autors: Wesensbestimmung, »innere« Charakterisierung einer Erscheinung, der mit gleicher objektiv-empirischer Berechtigung eine entgegengesetzte Bestimmung vorgehalten werden kann.

aber ist ohne jeden Sarkasmus festzuhalten, daß man die Lage an den deutschen Hochschulen doppelt, antinomisch, wahrnehmen kann: unter dem Aspekt ihrer Fehlentwicklungen und als Standorte fortdauernder exzellenter Leistungen in Forschung und Lehre und bei der Herausbildung hochbefähigten Nachwuchses. Wie sich da zurechtfinden?²

Nachdem nun schon angeklungen ist, daß wir uns bei diesem Thema mit mehr oder weniger paradoxen Wahrnehmungen herum-schlagen werden, soll noch dies ergänzt sein: Mit ihren fast 400.000 Beschäftigten auf etwa 250 Standorten, bei 1,8 Mio Studenten, ganz abgesehen von den nationalen und globalen Verflechtungen und der enormen wirtschaftlichen und geistigen Infrastruktur, die ihnen zuzuordnen ist – denken wir nur daran, daß das ganze höhere bzw. gymnasiale Schulwesen damit zusammenhängt –, sind die deutschen Hochschulen ein derart gewaltiges, komplexes Konglomerat wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Zustände der deutschen Gesellschaft, daß es sich fast verbietet, über sie wie über eine einzelne Korporation in toto zu sprechen. Schlechthin kommt – im Guten wie im Bösen – alles vor, was sich überhaupt denken läßt.

So kann man sich nur mit einigen Thesen über einige besonders gravierende Zusammenhänge äußern und dabei nicht mehr erreichen, als einige Problemlagen abzustecken – weit entfernt davon, etwas lösen oder definitiv verifizieren zu wollen.

Und auch dies noch: Diese Einleitung, wenn auch in einem komprimierenden essayistischen Duktus gehalten, realisiert, ehe überhaupt etwas Faktologisches zur Sprache kommt, schon ein Stück Problembeschreibung und soll Voraussetzungen angeben, die, von Hochschulen handelnd, niemals vernachlässigt werden dürfen.

Exkurs: Methodologisches zum Begriff der Krise

Wir kommen nun in einem ganz anderen Kontext zu der Frage, wie sich Anomalien und Paradoxa – einige wurden schon ausgeführt – ganz rational erörtern lassen, ohne daß wir den Begriff des Morbiden oder andere pathogene Semantiken brauchen müßten.

Insofern Anormalität und Disfunktionen in komplizierten Systemen unvermeidlich sind, ja, die Fähigkeit zur Eliminierung solcher Regelabweichungen sogar ein wesentliches Kriterium der Funktionstüchtigkeit komplizierter Systeme darstellt, ist es nicht ganz unproblematisch, die Störungen im Funktionsablauf eines Systems als »Krise« zu bezeichnen.

Es muß heute nicht breit ausgeführt werden, daß dynamische Systeme sich in einem Fließgleichgewicht befinden – mit einem gewissen oszillierenden Auf und Ab der Stabilität versprechenden Parameter –; noch mehr: Seit der Entdeckung der nichtlinearen Systeme und der Negentropie ist es üblich geworden, von dynamischen Systemen zu sprechen, die sich fernab vom Gleichgewicht befinden und gerade aus dieser höchst ungewissen Situation diejenigen Energiepotentiale gewinnen, die die Evolution in Gang halten, das Fortschreiten also zu Zuständen mit höherer synergetischer Effizienz ihres systemischen Ressourcenhaushaltes führt. Wenn man in diesen Denkmustern verharret, dann könnte Krise als

eine (definierte Parameter) überschreitende Nichtentsprechung bestimmter abhängiger Systembereiche untereinander oder – allgemeiner – von System und Umwelt erklärt werden. Indes ist es zugleich eben das Wesen dynamischer, deterministischer Systeme, Umweltredundanz zu verringern: Nicht mit dem Ergebnis, sie auf das Maß Null zu bringen, sondern approximativ gegen niedrigere Parameter strebende Zustände zu gewinnen, ohne dabei ein stabiles Gleichgewicht jemals zu erreichen. Niklas Luhmann hat Entscheidendes zur Aufhellung jener Vorgänge beigetragen, daß in dieser Auseinandersetzung System gegen Umwelt – oder gegen ein konfluierendes System von Systemen – Systeme nie das bleiben, was sie waren, sondern im Prozeß einer Ausdifferenzierung von neuen Systemzusammenhängen jene notwendige systemische Diversifikation und Elastik hervorbringen, die schließlich den Gesamtzusammenhang so verändern, daß völlig neue Ordnungszustände entstehen und damit auch neue Stabilitätsbedingungen und Effizienzkriterien.³ Der gegen den vorherrschenden Struktur-Funktionalismus der sechziger Jahre heute noch gültige Vorwurf kann daher nicht sein, daß etwa die Auflösung komplizierter Zusammenhänge in Struktur und Funktion falsch gewesen sei, sondern daß man sich dabei in unzulässiger Vereinfachung einen zu erreichenden optimalen Zustand vorstellte – einen Status quo, der auf unbestimmte Zeit im voraus eine befriedigende Ordnung der Dinge garantiere.

Wir werden dennoch zu urteilen haben, ob es sich nun nicht um eine Krise des Hochschulsystems, sondern um eine ganz normale, wenn auch sehr turbulente Systemdynamik fernab vom Gleichgewicht handelt.

Man urteile nun nicht voreilig, eine solche Abstraktion sei wohlfeil, gehe aber stracks am Problem der Krise der deutschen Universitäten vorbei, deren Wesen kaum mit solch glatten und von den empirischen Durchsetzungen abgehobenen Theoremen beschreibbar sei. Vielmehr, sei einzuwenden, handle es sich hier eher um einen Komplex platter Fehlleistungen oder Fehlentwicklungen der einen und der anderen Art, der am besten darstellbar ist, wenn man die gegenseitigen Schuldzuweisungen auflistet: die der Wissenschaft an die Politik, sie verkenne die künftig wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung, und die der Politik an die Wissenschaft, sie sei unzureichend vorbereitet auf die veränderten globalen Bedingungen und unfähig, auf die neuen Bedürfnisse des Standortes durch Anpassungsleistungen zu reagieren.

Bevor wir uns einer solchen Ebene der Betrachtung zuwenden, wollen wir den systemtheoretischen Aspekt zunächst dahingehend verwerten, daß eben hinter den gegenseitigen Schuldzuweisungen konfluierender Akteursgruppen jene Divergenz steht, die wir eingangs knapp umrissen. Die vorherrschende Hochschulpolitik argumentiert etwa so: Es handle sich gerade deshalb nicht um eine Krise der deutschen Universitäten und Hochschulen, weil sich gravierende Anpassungsprozesse vollziehen, in denen sich die endogenen Kräfte – die Vitalität deutscher Wissenschaft und Forschung – zu beweisen haben, dies aber durch nicht selbstverschuldete Blockaden nicht ausführen können. Daß sie also einer globalen

Der bloß empirische Ansatz, dem jedoch eine begrenzte Zuständigkeit eigen ist, unterstellt, daß der Nachweis der Entgegensetzung die vorherige Behauptung falsifiziert. Kant, später auch Hegel, erkannten die Möglichkeit, daß über empirische Gegenstände Entgegengesetztes verifiziert werden kann. Immanuel Kant: »Widerstreit der Gesetze = Antinomie« ... »Die Antithetik beschäftigt sich also gar nicht mit einseitigen Behauptungen, sondern betrachtet allgemeine Erkenntnisse der Vernunft nur nach dem Widerstreite derselben ... Wenn wir unsere Vernunft nicht bloß, zum Gebrauch der Verstandesgrundsätze, auf Gegenstände der Erfahrung verwenden ... so entspringen (erhalten wir – H.M.) vernünftige Lehrsätze, die in der Erfahrung weder Bestätigung, noch Widerlegung fürchten dürfen, und deren jeder ... an sich selbst ohne Widerspruch ist ... nur daß unglücklicherweise der Gegensatz ebenso gültige und notwendige Gründe der Behauptung auf seiner Seite hat.« Kritik der reinen Vernunft, Königsberg 1781. Zit. nach Raymund Schmidt, Hrsg.: I. Kant: Kritik der reinen Vernunft, Verlag Felix Meiner Leipzig 1944, S. 449.

3 Angeführt nach: Niclas Luhmann: Soziologische Aufklärung, Köln/Opladen 1971, S. 75.

Herausforderung und den umstürzenden Bedingungen des Standortes durch endogene Impulse durchaus gerecht zu werden vermögen, daß die systemischen Anpassungen im Kräftevermögen der deutschen Hochschulen angelegt sind und sie »nur« dazu kommen müßten, ihre Kräfte freizusetzen und richtig zu strukturieren – was sie leisten könnten, wenn denn nur ein stärker hierarchisches Regime, extreme Mitteleinschränkungen und marktwirtschaftliche Effizienz Einzug hielten.

Wir wollen hier, dem widersprechend, geltend machen: Der Krise der Hochschulen liegt ein Zwang zum Systemwandel zugrunde, d.h., sie ist eine Krise nicht wegen systemischer Umstürze, sondern eine solche, die sich aus den politischen Interessengegensätzen ergibt, wie denn nun dieser Wandel zu vollziehen sei, und aus den Folgen, die das hat. Es ist die Krise der liberal-konservativen Politik, die in der Bundesrepublik seit der 1982er Wende herrscht und der es nicht gelungen ist – wie Staatssekretär de Maizière aus Schwerin treffend sagte –, »in sechs Jahren eine schlüssige Hochschulpolitik zuwege zu bringen«.⁴ Er hätte allerdings sagen müssen: in 15 Jahren. Es ist ein Teilaspekt der Krise des politischen Systems, das sich querstellt zu den modernen Produktivkräften der Zeit und ihnen entsprechenden modernen Gesellschaftszuständen.

Wir werden indes die größten Mühen haben, hier einen theoretischen Zugang zum Problem der Hochschulen und ihrer Krisen zu finden und ihn sogleich produktiv zu nutzen.

Der ganze Diskurs, der seit Jahrzehnten das Thema Hochschulen bemüht, ist fast überall theorielos. Es gibt Ausnahmen. Aus dem Gründungskonzept ihres Kölner MPG-Institutes hat Renate Mayntz eine theoretische Option in die Zeit nach der Wende mit eingebracht, als sie sich anschickte, den Umbau der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft zu erforschen und zu beschreiben. Die dabei entstandene Literatur, außer von ihr beigetragen auch von Uwe Schimank, Hans-Willy Hohn, Hans-Georg Wolf, Jochen Gläser u.a., kann hier nicht, wie wünschenswert, berücksichtigt werden. Sie ist sehr instruktiv abgehandelt bei H.-G. Wolf (1996).⁵ Uns muß der Hinweis genügen, daß Wissenschaft als Institutionen-Ensemble gefaßt wird und ihre Bewegungen und Entwicklungen als Akteursverhalten der Mitarbeiter und Führungskräfte, vorzüglich letzterer. Die sich verändernden Umweltkonstellationen zwingen die Institutionen zu Strukturanpassungen. Sind Akteure und ihre Umwelt bestimmbar, sind ihre Entscheidungen und das Verfolgen von Entwicklungswegen empirisch zu beschreiben, dann kann man theoretisch basierte Typologien schaffen, die Institutionen, Akteure und Veränderungs-(Bewegungs)modi bei diesem Anpassungsprozeß charakterisieren, der als Synthese von Steuerung und Selbstorganisation verläuft. Das Theoretisieren besteht darin, daß eine Konnexion hergestellt wird von Verhaltensmodi der Akteure in Abhängigkeit von Umweltkonstellationen und bei Berücksichtigung der Charakteristika der Institutionen: akteurszentrierter Institutionalismus (Mayntz, s.u.). Einbezogen werden dabei u.a. auch systemtheoretische und spieltheoretische Ansätze. Der ungeheure Formenreichtum, der dafür in der Wirklichkeit angetroffen wird, führt zu einer Unzahl von theoretischen Konzeptionen, die man in

4 Zitiert in: Rostocker
Universitätszeitung 1/1997
(3. Febr.), S. 3.

5 Hans-Georg Wolf: Orga-
nisationsschicksale im deut-
schen Vereinigungsprozeß.
Die Entwicklungswege der
Institute der Akademie der
Wissenschaften der DDR.
Frankfurt – New York: Cam-
pus 1996. Wolf bezieht sein
organisationssoziologisches
Transformationsmodell auf
die Problematik der Umwand-
lung bzw. Auflösung der Insti-
tute der AdW der DDR, die
nach seiner Ansicht gescheit-
ert sind, weil sie die Anpas-
sung an eine veränderte
Umwelt nicht vollziehen
konnten. Über weite Strecken
rezipiert er dabei das theore-
tisch-methodische Konzept
des »aktorszentrierten
Institutionalismus«.

Fülle zumeist in der US-amerikanischen organisationssoziologischen Literatur, aber, dort ausgiebig zitiert, auch in den o.g. Schriften der Renate-Mayntz-Schule finden kann.

Das Ergebnis ist zweifellos eine jeweils anspruchsvolle, systematisch-stringente, umfassende und sorgfältige Deskription der Wissenschaft entwickelnden und umgestaltenden Prozeduren, in dem von Renate Mayntz geprägten Stil brillant ausgeführt. Aber es ist zugleich auch der Verzicht auf eine makrosoziale Ursachen-Folge-Analyse und der Verzicht auf wertende Aussagen zu Grundrichtungen der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung bzw. ihrer gesellschaftlich-politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen. Gewertet wird die Fähigkeit der Organisationen/Institutionen/Akteure, sich an die veränderte Umwelt strukturell anzupassen – diese aber ist entweder sakrosankt oder steht für eine Bewertung nicht zur Verfügung; der Leser mag sich das Beste dabei denken. Würde man dieses Konzept auf unser Thema – die Krise der deutschen Hochschulen – anwenden, so ständen sicherlich drei Anpassungszwänge für die Akteure auf dem Programm: Wie werden die Hochschulen den Forderungen nach bedeutend höherer Effizienz gerecht? Wie passen sie sich verringerten Ressourcen an? Wie genügen sie mehr und mehr marktwirtschaftlichen Kriterien?

In dem von Renate Mayntz herausgegebenen Buch »Aufbruch und Reform von oben«,⁶ das sich mit dem Anpassungsprozeß der ostdeutschen Hochschulen beschäftigt, läßt sie elf Autoren zu Wort kommen, die selbst Akteure des Umgestaltungsprozesses waren oder die diesen Prozeß aus intimer Kenntnis der Verhältnisse und detaillierter Forschung zuverlässig als Akteursverhalten beurteilen konnten. Sie selbst folgt ihrem Credo und stellt in den Mittelpunkt, in welchem Verhältnis sich endogene und externe Kräfte befanden bei dem nicht weiter zu hinterfragenden Prozeß der Übernahme der altdesdeutschen Hochschulverhältnisse im Osten. Nachdem die endogenen Erneuerungskräfte für die wenig effektive Nutzung eines Freiraumes von fast einem Jahr (!) sanft getadelt werden (ebenda S. 294), tritt dann des Pudels Kern der ganzen Umgestaltung ungeschönt zutage: Die Absegnung der von den Bürokratien der neuen Länderregierungen vorgenommenen »empfindlichen Beschneidung ihrer ... Autonomie« (ebenda S. 295) durch den Wissenschaftsrat, der einen »breiten Konsens« dahingehend erzielte, »daß eine übergangsweise Einschränkung der Hochschulautonomie notwendig sei, um die personelle Erneuerung zu gewährleisten« (ebenda). Wir werden weiter unten einige Resultate dieser doch ziemlich dubiosen Umgestaltungen durch Autonomie-Beschneidung kommentieren. Eine Hilfe allerdings für einen theoretischen Zugang zu den Problemen des Strukturmodells in deutschen Hochschulen konnten wir nicht ausmachen. Was den spezifischen Mayntz'schen Ansatz des »akteurszentrierten Institutionalismus« ausmacht, so besticht seine Präzision ebenso, wie die souveräne Vernachlässigung wichtiger gesellschaftlicher Verursachungszusammenhänge erstaunen läßt. Es ist sicher wichtig, bei diesem Typus von Forschung (korrekter wäre hier zu sagen: Recherche) und Ergebnisdarstellung zu wissen, daß es sich um einen methoden-zentrierten Ansatz handelt, dem übergreifende Kontexte

6 Vgl. Renate Mayntz: Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Campus Verlag Frankfurt / New York 1994.

oder Einbettungen wenig oder nichts bedeuten, wenn nur das angezielte Objekt befriedigend fokussiert und nach den vereinbarten Regeln präzise beschrieben ist. So bleibt uns hier und heute die Aufforderung an die Wissenschaftstheorie, post festum mit ihren vielfältigen theoretischen Mitteln der Analyse wirksam zu werden, denn wie immer die Dinge laufen, die Hochschulen werden sich verändern, es wird weiterhin Reformbedarf bestehen, und es wird unumgänglich sein, diesen enorm wichtigen, ja konstitutiven Sektor allen Wissenschaftsbetriebs mit einer angemessenen Erkenntnisleistung zu durchdringen.

Konzepte und Diskurse

Wir werden uns für den Gang dieser Darstellung methodisch darauf zurückziehen haben, den gegenwärtigen Diskurs und die faktischen oder absehbaren Handlungen der wissenschaftspolitischen Akteure auf ihre Konzeptualisierung hin zu untersuchen und selbst mit solchen eigenen Konzeptvorstellungen beizutragen, die zumindest dahingehend unumstritten sind, daß es sich um eine soziologische Sichtweise handelt, in der umgreifendes Gesellschaftsdenken und empirisches Wissen über das Innenleben der Hochschulen zusammenfließen. Dabei muß man nicht auf der Stufe Null anfangen, denn es sind eine Reihe bemerkenswerter Konzept-Publikationen bekannt geworden.⁷

Der Hochschuldiskurs – als eine immerhin greifbare, erörterungsfähige Realität des ganzen Syndroms von wirklichen Zuständen und deren ideeller Reflexion – ist relativ leicht zu strukturieren: a) in einen Diskussionsstrang, der seinen Ausgangspunkt hatte in der Akzeptanz des sozial-liberalen Konzeptes aus der Mitte der siebziger Jahre, das sich durch die prinzipielle Öffnung der Hochschulen (1977) und durch die (gesetzgeberische wie materielle) Unterstützung des Erwerbs von Hochschulbildung für alle, die es können und wollen, charakterisierte. Dieses sozial-liberale Konzept war untersetzt durch das Engagement der Bundes- und Länderhaushalte für das Wachstum der Hochschulpotentiale und gesetzgeberisch durch die Rechte der Hochschulen auf eigenständige Einwerbung von Drittmitteln – sowohl der vom Staat dafür bereitgestellten Ressourcen als auch solchen aus marktwirtschaftlichen Quellen. Und unter b) ist aufzuführen, wie sich diese Akzeptanz aufsplittert in kontroverse Erörterung der Phänomene und Ursachen des zunehmenden Scheiterns des sozial-liberalen Konzeptes durch die rezessive Haushaltspolitik der liberal-konservativen Kräfte sowie durch das Wegbrechen von F&E-Potentialen infolge wirtschaftlicher Engpässe wie struktureller Wandlungen großen Maßstabes (Globalisierung, Flucht in die spekulative Kapitalverwertung anstatt Erzeugung neuer materieller Produktivkräfte, Exportoffensive durch extensive Rationalisierung, Umstellungen im Humankapital durch den Zugriff auf Billiglohnkräfte).⁸ Ein Diskussionsstrang c) geht dahin, das von der liberal-sozialen Politik (bis 1982) verursachte Scheitern des umfassenden Prosperierens der Hochschulen und die dadurch ausgelösten Krisenphänomene in dem Sinne zu bewältigen, daß das davon abgehobene liberal-konservative Konzept hinsichtlich der Hochschulgestaltung

7 Torsten Bultmann:
Hochschule als gesellschaftliches Risiko. Hochschulpolitische Thesen des BDWi.
In: ebenda, S. S. 77-80.

8 Mit Hoffnung weckender Klarheit hat Prof. Dagmar Schipanski, die aus Ilmenau stammende neue Vorsitzende des Wissenschaftsrates, ausgeführt (Interview, Neues Deutschland, 10. Juni 1997):
» ... das Problem liegt darin,

zu Ende gedacht und in seinen Konsequenzen endlich praktisch und konsequent ausgeführt wird. Und ein weiterer Strang d) ist mit den Alternativen befaßt, die sich für die Fortsetzung des ursprünglich sozial-liberalen Ansatzes offener und prosperierender Hochschulen und der Ausweitung der Hochschulbildung für die heranwachsenden Jahrgänge Jugendlicher unter gänzlich veränderten Bedingungen erkennen lassen. Darin eingeflochten sind nun die alt-neuen Umstände, daß sich bedeutende Fehlentwicklungen ausgebreitet haben, während sich gleichzeitig die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte immer mehr verengen, ganz unabhängig davon, wie Politiker die Rolle der Hochschulen in der künftigen Gesellschaft der Moderne einordnen und bewerten.

Zu Fixpunkten des liberal-konservativen Konzeptes

Das heutige liberal-konservative Konzept – das wir unter dem Diskussionsstrang c) anführten – geht nun dahin: Das Ziel ihrer Umgestaltung und Erneuerung müsse es sein, weniger Kapazität aufzuwenden, mehr Effektivität zu erzielen. Das Mittel: die Hochschulen als Standort und Existenzmittel einer wissenschaftlich-geistig-administrativen Elite.

Die Hochschulen müssen also zuvorderst schrumpfen – sowohl was die Anzahl der dort tätigen Mitarbeiter als auch was die Zahl der Studierenden betrifft. Alles in allem könnte man dabei wohl eine Halbierung oder Absenkung der Hochschulkapazitäten bis auf 40 Prozent getrost ins Auge fassen, ohne den Standort Deutschland als inländisches Funktionsorgan für die Globalisierung des deutschen Großkapitals im mindesten zu beschädigen. Denkt man.

Natürlich wird es nach der konzipierten und teilweise schon praktizierten Austrocknung ganzer Fachrichtungen an den Hochschulen, der Ausdünnung ihrer Personalbestände, der Teilerneuerung und inselbarmigen Modernisierung von Anlagen und Ausstattungen exzellente hohe Schulen und entsprechende Forschungsleistungen in Deutschland geben. Auch die Anzahl ihrer Studenten wird sich nicht gerade dezimieren, wenn sie sich auch beträchtlich verkleinern und sozial einschneidend umschichten wird.

Aber sicher ist, daß in wenigen Jahren Hochschulen und Wissenschaft nicht mehr das sein werden, was sie einmal waren und was zu sein wir alle für ganz unumstößlich hielten. Was die Masse ihrer Absolventen anlangt, so werden diese vor sehr engen Arbeitsmärkten stehen, denn Verringerung des Humankapitals, die Freisetzung lebendiger Arbeit, wird für alle Qualifikationsniveaus weitegehen und Größenordnungen erreichen, die uns vorzustellen wir kaum die richtige schwarze Phantasie haben.

Die Chancen, eine teure und in jeder Hinsicht aufwendige Hochschulbildung für den eigenen Wohlstand wirtschaftlich zu verwerten, werden zusammenschmelzen. Typisch werden sein befristete Anstellungen, niedrige Lohnniveaus, geringste Versicherungsleistungen. Langfristige Tätigkeit an einer wissenschaftlichen oder analogen Aufgabe oder langfristige Tätigkeit an F&E-Projekten werden Seltenheitswert bekommen. Die Arbeitsaufgaben werden schneller wechseln als die Kleidermode, gründliche Qualifizierungen werden sich nicht mehr lohnen, ohnehin werden sie durch die

daß sich die Bundesrepublik im Moment aufgrund einer Innovationsschwäche der Wirtschaft in einer Krisensituation befindet. Diese wäre auch ohne Wiedervereinigung aufgetreten ... «. Wir ergänzen hier diese Feststellung mit Angaben des Bundesbericht Forschung (BBF) 1996 zur Stagnation der F&E-Aktivitäten der deutschen Unternehmen. Zu beachten ist, daß es sich bei diesen Daten um Nominalwerte in DM handelt, die reduziert werden müssen um den Koeffizienten des Preisauftriebes seit 1991. Dabei läge dann der Wert von 1995 deutlich unter dem von 1991. Dieser Trend hat sich bis 1997 fortgesetzt. Die Stagnation und der Verfall von industriellen F&E-Potentialen sind handgreiflich. Die Zahlen im einzelnen: 1991 51,675 Mrd. DM, 1993 51,236 Mrd., 1994 51,190 Mrd. und 1995 52,120 Mrd. DM (Quelle BBF 96, S. 91).

Unmöglichkeit, sie zu praktizieren, ausgehöhlt werden und zerfallen. Der seit langem schon bekannte Typ des Wanderarbeiters – früher allerdings begrenzt auf unqualifizierte Saisonarbeiten – wird zum Normaltypus auch für Höchstqualifizierte werden. Mit dem Einkommen aus Wissenschaftstätigkeit eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen und eine Familie zu gründen, wird immer weniger Leuten gelingen. Es wird das eintreten, was man vor geraumer Zeit schon kannte (und für glücklich überwunden glaubte): Die eine oder andere wohlhabende Familie leistet sich einen Sproß, der zur Wissenschaftselite gehört und den sie zu eigener Reputation eventuell lebenslang alimentiert. Oder dessen persönliches Erbe ausreicht, einem solchen Spleen nachzugehen, wie es die Tätigkeit an der Universität unterhalb des Professorenstatus ist. Auch an unverheiratete Töchter ist zu denken, die nicht mehr Stiftsdamen werden, sondern zum Glanz der Familie mit Dokortitel und eigener Publikationsliste beitragen.

Mehr als je zuvor werden die Universitäten Veranstaltungen einer elitären Professorenschaft sein. Wenn heute Wissenschaftsadministratoren zu dem Schluß kommen, daß man ohne Verlust an Exzellenz und verwertbarer Forschungsleistung auf 40 Prozent der gegenwärtigen Professorenschaft verzichten könne, dann kann man die aktuell mit 48.000 Stelleninhabern frequente Profession auf 20.000 Ordinarien und 10.000 Professoren-Underdogs einschmelzen, und man hat so die Elite, die den Kader bildet für eine sehr kleine, unbefristet tätige elitäre Mitarbeiterschaft in der Rolle der Faktoti dieser begnadeten Damen und Herren Ordinarii und als personeller Stabilisator für die an- und abschwellende Wanderarbeiterschaft der Drittmittelprojekte und anderer befristeter Wissenschaftsunternehmungen.

Die Stichworte des konservativen Ansatzes lauten also etwa: elitäre Akteure, kleine Kapazitäten – diese aber exzellent und profitergiebig –, Bildung als Korrelation zum Besitzstand, keine Hochschulen als ein drittes System der Volksbildung, Rückzug des Staates aus der Mittelbeschaffung, Festigung autoritärer Strukturen und Hierarchien, exklusiver Rang und privatwirtschaftliche Privilegierungen.

Die Durchsetzung dieses Konzeptes ist, obwohl massiv im Gange, noch nicht völlig gewährleistet. Wie hier nicht ausgeführt werden muß, bedarf es einer gesetzlichen Fundierung, die als Novelle zum Hochschulrahmengesetz seit langem in der Diskussion ist und jetzt in einem sehr exklusiven Zirkel als Konsens zwischen dem Rüttger-Ministerium und den Länder-Kultus-/Wissenschaftsministern entwurfsmäßig seit dem 18. August 1997 vorliegt. Wenn auch Rüttgers schnell verkündete, daß nunmehr eine Beschlußlage der Administrative gegeben sei, ergab doch eine erste Anhörung des Bildungsministeriums (am 4. u. 5. September) noch beträchtliche Defizite in den Entwürfen und die Aussicht, daß damit eine neue Runde des Kräftemessens mit den Hochschulen/der Wissenschaft und ihrer Gremien eingeleitet ist. Diese Bemerkung erfolgt mit Blick darauf, daß es sowohl im Parteienspektrum als auch im Bestand der Wissenschaft und der Hochschulen starke Kräfte gibt, die entweder das liberal-konservative Konzept als ganzes oder doch

9 Zum Diskurs und zur Kritik der liberal-konservativen Hochschulpolitik und der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vgl. u.a.:

wesentliches seiner Bestandteile nicht zu akzeptieren oder mitzutragen bereit sind.⁹

Was bietet die von den Konservativen vorgesehene Novellierung des Hochschulrahmengesetzes?

Zunächst wird der Anspruch erhoben, mit diesem Gesetzeswerk die Deutschen Hochschulen vom Typ des XXI. Jahrhunderts zu gestalten – so jedenfalls die Sprachregelung des Ministers. Die weit vorgeifende Lobpreisung der HRG-Novelle nimmt bereits eine mächtige Texteflut in den Fachzeitschriften und in Zeitungskommentaren in Anspruch. Daraus kann man die konsenten wie strittigen Zielstellungen wie folgt ableiten:

– Die übergreifende Veränderung wird sein, daß die Bundesbehörden in großem Umfange Kompetenzen der Hochschuladministration an die Länder abgeben, und daß damit sowohl der Rückzug des Staates von den Hochschulen wie deren wachsende Autonomie in Gang gesetzt werden wird.

– Mit Bafög-Unterstützung und anderen Alimentierungen sowie Großzügigkeiten bei paralleler Jobnahme und Studium soll weitgehend Schluß gemacht werden. Wer das Geld nicht hat zum ordentlichen Studieren im Takt der Regelstudienzeiten, soll es besser bleiben lassen. Man wird sich auf Studiengebühren einstellen müssen. Während die Studiengänge etwas flexibilisiert werden sollen, verschlechtert man die Bedingungen für das Teilzeitstudium, was – nach Wertung durch die GEW – bis zu 30 Prozent der Studenten betrifft.

– Um die Flut der Studienanfänger zu bändigen, sollen numerusclausus-Regelungen oder analog wirkende Einschränkungen eingeführt werden einschließlich einer eventuell das Abitur aushebelnden bzw. unterlaufenden Eignungssondierung.

– Verstärkt soll die Einstellung auf Zeit Anwendung finden – auch für Professoren –, wobei eventuelle Eingriffe in die Personalpolitik die Masse der heutigen Elite mit etwa dadurch bevorstehenden Änderungen im Beamtenrecht nicht mehr berühren werden. Aber diese heutige Elite wird damit einschneidend ihre Nachfolgerschaft bestimmen können.

– Die Fachhochschulen sollen in ihrer Rolle als akademische Anstalten aufgewertet werden, was sicher zu begrüßen ist, aber doch wohl eher periphere Krisenphänomene anspricht.

– Die Mittelzuführung soll stärker marktwirtschaftlichen Prozeduren folgen und überhaupt nach noch auszuarbeitenden Kriterien leistungsabhängig reguliert werden. Dabei soll u.a. eine weite Öffnung zum Matthäus-Prinzip stattfinden: Wer die meisten Drittmittel einwirbt, dem sollen auch die meisten Haushaltsmittel zugestanden werden. Zweifellos muß man den Spielraum erweitern, in welchem Hochschulen und Technologieentwicklung/-verwertung zusammenwirken. Allerdings kann man darin nicht ein solches Heilmittel für die Hochschulforschung sehen, wie das im liberal-konservativen Lager üblich ist. Man muß den Hochschulen rechtliche und finanzielle Mittel an die Hand geben, um einer gängelnden Praxis oder dem die Forschungsziele und -bedingungen dominierenden – und unter Umständen deformierenden – Druck der Unternehmen ausweichen zu können.

– Peer Pasternak: Die »innere Einheit« in der Wissenschaft. In: Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWI) Hrsg.: Forum Wissenschaft, Heft 1/März 1995, S. 75-77.

– Torsten Bultmann/Rolf Weitkamp: »Bildung als Privatvergnügen«. In: ebenda, Heft 3/Sept. 1996, S. 44-47.

– Dies.: »Ökonomisierung durch die Hintertür«. In: ebenda, Heft 1/Jan. 1997, S. 51-53.

– Karl-Heinz Reith: Neue Belastungen für alle. In: Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft – GEW, Heft 1/1997, S. 12f.

– Gerd Köhler: Neu beginnen nach Inventur. In: ebenda, Heft 5/1997, S. 19 -21.

– Ders.: Nachbessern! In: ebenda, Heft 10/1997, S. 32.

– Die Verteilung der Zeitbudgets auf Lehre und Forschung soll stärker flexibel gestaltet werden. Man wird also künftig Lehrdeputate, die man in dem einen Arbeitsjahr aus Gründen der Forschung zurückgestellt hat, im kommenden Jahr nacharbeiten können. Das wären noch immer sehr enge Spielräume für eine durchgreifende Modernisierung und Dynamisierung des Verhältnisses von Lehre und Forschung. Es wäre davon auszugehen – was allerdings das konservative Konzept bei weitem nicht berücksichtigt –, daß sich in diesem Verhältnis enorme Fehlentwicklungen herausgebildet haben. Lehrüberlastungen blockieren das Niveau der Forschung, und Forschungsverpflichtungen deformieren die Lehrveranstaltungen. Die eine Fachrichtung leidet mehr unter dem einen, die andere mehr unter dem anderen Effekt, oftmals aber geschieht alles gleichzeitig.

– Die Haushalte der einzelnen Hochschulen sollen globalisiert und durch die Autonomie der Hochschulverwaltung in eigene Regie genommen werden. Dazu wird von Kritikern angemerkt, daß damit nur eine Selbstverwaltung des Mangels und der Defizite organisiert wird. Der ins Auge gefaßte Rückzug von Bundes- und Länderministerien aus der Hochschuladministration (s.o.) kann deshalb nicht vorbehaltlos begrüßt und belobigt werden. Es steht auch zu fürchten, daß sich administrative Strukturen auf provinziellem Niveau herausbilden werden, die nach Einfluß drängen.

– Schließlich sind auch sehr kritische Erwägungen angebracht, wenn man in diesen Zusammenhängen einerseits für eine Verstärkung der Autorität der Rektoren und Dekane votiert, andererseits aber die Prozeduren zur Wahl der Hochschulgremien stärker durch »Öffentlichkeit« profilieren will, die man sich natürlich repräsentativ-demokratisch vorzustellen hat. In den Steuerungsstrukturen – welche das immer sein werden – sollen sich künftig in angemessener Durchmischung Politiker, Wirtschaftsgrößen und die Führungskräfte der Akademikerelite begegnen. Dort sollen dann das große controlling und die peinliche Evaluierung aller Hochschulzustände stattfinden. Die Rolle demokratischer Studentenvertretungen wird auf marginale Angelegenheiten gestutzt werden. Und das ist dann wohl auch das Fazit der Umsetzung des novellierten Rüttgerschen HRG von 1997: die Verkündung eines größeren Frei- raumes für Hochschulautonomie bei gleichzeitiger Einbettung des Wissenschafts- und Personalentwicklungsprozesses in eine straff- hierarchische Steuerung der Rahmenbedingungen.

Alles in allem werden Bedingungen dafür geschaffen, exzellente Niveaus noch exzellenter zu formen, die sie repräsentierenden Eliten noch elitärer ausprägen und durch eine stärkere Hierarchisierung der Administration und der Gremienarbeit diesen Prozeß zielstrebig in Gang zu halten. So könnte man dann das Zeitalter der Massenuniversität mit seiner – laut Kanzler Kohl – »sozialstrukturellen Schiefelage« beenden, die demokratische Öffnung der Hochschulen von 1977 zurücknehmen und die Hochschulen befähigen, sich mehr und mehr des unerwünschten, ja makelhaften Charakters eines dritten Volksbildungssystems zu entledigen.

Im Ergebnis der liberal-konservativen Hochschulpolitik hätten wir dann aber ein anderes Bildungswesen und würden folglich zu einer anderen Kulturnation, als wir sie schon waren.

Damit im Zusammenhang steht, daß man für einen solchen Verwertungsmechanismus von globalisiertem Kapital keinen Wirtschafts- und Sozialkörper mit einer intelligenten Bevölkerung von deutlich über 80 Millionen braucht. Der benötigte effiziente funktionelle Teil wird kleiner und kleiner, und je kleiner er wird, desto effizienter erscheint er.

Der »überflüssige« Teil der Nation wird größer und größer – und es wäre am Ende wirklich nicht einzusehen, wozu man 30-40 Prozent dieser tendenziell »überflüssigen« Bevölkerung mit Gymnasial- und Hochschulbildung ausstatten solle – so die Logik und Quintessenz wachsender marktwirtschaftlicher Effizienz.

Das Geschäft der Hochschulen, Bildung, Wissenschaft und Geistesleben für die ganze Gesellschaft zu gewährleisten – und zwar dies nicht etwa als eine wirtschaftliche Teilressource anzubieten, die sich monetär verwerten läßt, sondern als umfassendes, konstitutives Moment modernen Gesellschaftslebens –, kann in dieser Dimension nicht über einen marktwirtschaftlichen Mechanismus realisiert werden. Marktwirtschaftliche Zusammenhänge sind für die Hochschulen nur für jenen fragmentalen Spezialfall relevant, wo Forschungsergebnisse in die Nähe technologischer Nutzung geraten. Bildung dagegen ist sowohl ein gesellschaftliches Bedürfnis, das heute massenhaften Umfang aufweist und etwas mit dem Leben in der Moderne zu tun hat. Wissenschaft (das Phänomen der Forschung eingeschlossen) ist gleichfalls eine Konstituante moderner Gesellschaftszustände, die so umfassend und durchdringend, ja, bestimmend für eine Epoche ist, daß – diese Erkenntnis vor Augen – Ulrich v. Hutten emphatisch von seiner Zeit ausrufen konnte: »Oh, Jahrhundert, oh, Wissenschaft ...« (Brief an Pirckheimer, 1518) oder Erasmus, ebenfalls überwältigt von den neuen Dimensionen wissenschaftlichen Denkens: »Was für ein Jahrhundert sehe ich ... kommen!« (Brief an Budaeus, 1517). Mit Sicherheit dachten beide nicht daran, daß es nun exzessiv ans Verdienen geht.

Wir wollen dabei ferner an einen engen Zusammenhang von professioneller Wissenschaft in Labor und Studierzimmer und Geistesleben in der Weite einer großen Öffentlichkeit denken und uns die Hochschulen nicht zurückgeschnitten vorstellen als das private Tun exklusiver Gelehrter, eventuell umgeben von einigen handverlesenen Vertrauten, sondern als Zentren und starke Impulsgeber für moderne Ideen, kreatives Denken, mitreißende geistige Bewegungen. Es kann doch wohl nicht dabei bleiben, daß Primitivismen wie die Boulevardpresse und ähnliche Hervorbringungen moderner Unkultur, die in allen Medien praktiziert wird, mehr Einfluß erhalten, als Wissenschaft und wissenschaftlicher Bildung zukommt. Wenn man verfolgt, wie Analphabetismus, Aberglauben, Spirituallismus, verfälschende Trivilliteratur, Unwissenheit, die Absonderungen des Paparazzi- und Revolverjournalismus, politisches Stammtischdenken, nicht zuletzt die Idiotie der rechten Gewaltszene und eine wachsende kriminelle Energie weit und breit, scheinbar unaufhaltsam ihren Einfluß auf die Bevölkerung, besonders auf die Jugend, verstärken, dann sieht man sich schon versucht, Hutten's Satz zu modifizieren: Oh, Wissenschaft, rette das kommende Jahrhundert! Und wenn sie sich so ans Werk machte, das eine

10 Torsten Bultmann:
 »Wissenschaft als ein nationales Hochleistungsprojekt«. In: Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWI) Hrsg.: Forum Wissenschaft, Heft 12/April 1997, S. 35.

Sisyphos-Arbeit werden könnte, dann wird man in Wissenschaftlerkreisen etwas frei nach Hamlet ausrufen: Die Welt ist aus den Fugen, weh uns zu denken, daß wir berufen sind, sie einzurenken. Sind wir auch gar nicht, meint Torsten Bultmann, sich gegen ein PDS-Papier wendend: Es sei eine groteske Idee, anzunehmen, das Schicksal der Menschheit hänge von der Wissenschaft, ergo von einer Professoren-Community, ab. »Sind die C4-Professoren unser letzter Rettungsanker?«, fragt er ironisch.¹⁰ Aber genau das ist es, was im Verständnis links-alternativer Optionen zu kurz zielt, wenn man für jede Zukunftsgestaltung die heutige Struktur des Wissenschaftssystems der BRD zugrunde legt und einen Wissenschaftsbegriff unterstellt, wie ihn die deutsche bürgerliche Wissenschaftselite geprägt hat. Zukunft, die ich nicht meine. Wir werden also entweder im umfassenden Sinne gesellschaftliche Moderne und ein wissenschaftliches Zeitalter haben, oder wir werden bei maximal wachsender Kapitalrendite und exorbitanter Leistungsekstase einem Zeitalter der Unkultur, der geistigen Aushöhlung und des sozialen Verfalls entgegengehen, in dem Wissenschaft zurückgeschraubt ist auf High-Tech-Inventionen und Effizienz-Generierung.

Natürlich: Wenn man die Frage so stellt, ob mit dem Wissenschaftsprogredß auch automatisch die gesellschaftlich-politischen Kräfte generiert werden, die eine Ordnung schaffen, in der Wissenschaft in den Stand gesetzt wird, die moderne Zivilisation »zu retten«, dann muß man verneinen. Doch das ist ein Thema, dem wir uns hier nicht im Nebenher widmen können.

Die Krise deutscher Hochschulen manifestiert sich heute unter dem Blick soziologischen Denkens in sehr vielen, sehr unterschiedlichen und sehr kontroversen Problem-Konglomeraten, von denen wir im folgenden zwei der gravierendsten herausheben wollen: die Bedeutung einer defizitären Ressourcen- bzw. Potentialbildung und die erodierende Wirkung ihrer paradoxen Personalstruktur.

Krisenherde: Ressourcenverfall und Potentialabbau

Zum ersten sei unser Ausgangspunkt, daß die Hochschulen nicht einfach des Resultat von Genieleistungen ihrer sie repräsentierenden Professoren sind. Also: Wenn ein Rektor behauptet – z.B. Hans-Jürgen Ewers für die Berliner TU –, daß es schon nicht mehr ganz so wichtig sei, ob man 540 Professoren beschäftige oder nur noch 320, von 15 Fachbereichen nur 8 bleiben, denn auf die wissenschaftliche Exzellenz käme es an, und diese hänge nicht ab von gigantischen Maßstäben, eher umgekehrt: je kleiner, desto feiner – dann kann man darauf nur antworten, daß es eben nicht nur auf Inseln exzellenten Forschens und Lehrens ankommt, sondern auf eine bestimmte Bestandsdichte – und diese mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Gesamtstruktur der Nation und nicht nur hinsichtlich eines genügenden Angebotes für den F&E-Bedarf des industriellen Investment.

Wenn hier betont wurde, daß es um die wirtschaftliche und die soziale Struktur gehen für welche die Hochschulkapazitäten auszuliegen sind, dann ergeben sich daraus mindestens zwei Konsequen-

zen: Es muß eine kritische Masse an Hochschulressourcen existieren, bezogen auf die Dimensionen und Maßverhältnisse einer modernen Gesellschaft, und es muß eine bestimmte personelle Struktur existieren, damit der angedachte Kapazitäteneffekt eintritt. Diese beiden Aspekte bilden also einen engen Zusammenhang, wobei unter praktischem Gesichtspunkt die kapazitive Frage vorangeht.

Die Kapazitäten des deutschen Hochschulwesens sind nun aber unter verschiedenen Blickwinkeln defizitär. Mindestens lassen sich drei Problemlagen abheben:

a) Sie sind defizitär mit Bezug auf die Entwicklung des bundesdeutschen Hochschulwesens seit 1977, das heißt seit Aufhebung aller Zugangsbeschränkungen für Studierwillige. Mit dem Eintritt in die neunziger Jahre betrug das Mißverhältnis 900.000 grundfinanzierte Studienplätze für 1,8 Mio Studierende. Das Defizit bezogen auf die wirklich finanzierte Studienkapazität liegt also inzwischen bei horrenden 50 Prozent. Die dafür eingesetzten Kapazitäten an Hochschulmitarbeitern sind nicht in gleicher Weise defizitär, denn der Spielraum zwischen unbedingt benötigtem Personal für Lehre, Ausbildung und Betreuung und einer im Interesse der Studenten wünschenswerten Dichte ist sehr groß. Dennoch ist es natürlich nicht ohne negative Folgen, daß die Anzahl der Studenten seit 1977 auf 200 Prozent wuchs, das wissenschaftliche Personal (Festangestellte, ohne Nebenberufliche) nur auf 116 Prozent.

Seit Beginn der großen Sparorgien des Fiskus wird, anstatt diese Mißverhältnisse durch Ausbau von Studienplätzen zu verringern, umgekehrt verfahren und die Anzahl der Studienplätze verringert. Die drei Berliner Universitäten befinden sich u.a. deshalb weitgehend in einem Planungsdesaster, weil die Reduzierung der Studienplätze von 110.000 für ca. 150.000 real existierende Studenten auf 80.000 sicher schien, nun aber Pläne des Senats ruchbar wurden, daß man haushaltbedingt sogar auf 65.000 werde zurückgehen müssen.

b) Für den wissenschaftlichen Bestand der Hochschulen fast erster noch muß das Defizit betrachtet werden, das die Kapazitäten der Hochschulforschung betrifft.

Obgleich zwischen 1990 und 1995 das F&E-Budget der Hochschulen nominell etwas gewachsen war (in Relation zum Preisauftrieb dürfte es aber stagnieren), während der Staatssektor, die AUF und die industrielle F&E ihre Aufwendungen nicht unbedeutend reduziert haben, betrug 1995 das Budget der Hochschul-F&E je Vollzeitkraft 209.000 DM, in der Wirtschaft dagegen 381.000 DM und im Staatssektor/AUF 330.500 DM. Die (Unter)Finanzierung der Hochschulen beträgt also 55 bzw. 63 Prozent (vgl. BBF 1996, Tab. S. 590).

Das ist aber nur die Relation zwischen den Vollzeit-Äquivalenten des Personals. Die Hochschulforschung wird jedoch real von natürlichen Personen ausgeführt, und diesen nutzt es wenig, wenn sie die Rechnung aufmachen müssen, daß sie ihre vom Fiskus errechnete Summe je VZÄq. durch drei oder einen anderen Dividenden teilen müssen, um zu ihrer faktisch verwendbaren Summe zu kommen. Je reale Person gerechnet, betrug 1995 der F&E-Etat nur 102.600 DM, das sind zur Wirtschaft bzw. zum Staatssektor/AUF 27 Prozent bzw. 31 Prozent.

Zu diesen monetären Defiziten, die starke desorganisierende Wirkungen auf Quantität und Qualität der Forschung ausüben, kommen strukturelle Defizite hinzu. Zu einem nicht geringen Prozentsatz werden wegen der Überlast bei den festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern die knappen (Forschungs-)Drittmittelkräfte auch für Lehre und Studenten- bzw. Diplomandenbetreuung eingesetzt. Die Hochschulforschung muß also nicht nur einen geringeren Etat kompensieren, sie muß auch noch mit einem Abzug der von den Forschungsmitteln bezahlten Arbeitsleistung zurechtkommen. Nachteilig ist auch, daß die für die Projekte essentiellen Drittmittelkräfte nur befristet – oft sehr kurz befristet – tätig sind, also ständig Zeit und Kräfte aufgewandt werden müssen, um neue Mitarbeiter einzuarbeiten.

Soziologische Befragungen haben ergeben, daß die Hochschul-lehrer eine Befristung von vier Jahren als erträglich ansehen. Projekte mit solch einem Zeithorizont sind jedoch nur selten anzutreffen. Weiterhin haben die Hochschulen nicht einen solchen Bestand an wissenschaftlich-technischen und anderen Mitarbeitern, die den Forschungs- bzw. administrativen Aufwand flankieren, wie zumeist die außeruniversitäre Forschung. Die dadurch fehlende Arbeitsteilung bzw. Arbeitsentlastung verringert nicht nur die effektiven Zeitfonds der Drittmittel- und Mittelbau-Kräfte, sondern auch den der Professoren erheblich. In soziologischen Analysen haben forschungsstarke Professoren von einer erodierenden Wirkung der strukturellen Defizite gesprochen. Mit der jetzt in Aussicht genommenen Verwaltungs- und Finanzautonomie der Hochschulen dürfte diese Art Erosion im Prozeß der Forschung und Lehre – zumindest für die Professoren – weiter sprunghaft ansteigen. Und diese werden gezwungen sein, die neue Steigerung der Überlast an bestimmte Mitarbeitergruppen weiterzugeben.

c) Eine weitere defizitäre Situation ergibt sich daraus, daß die bislang geschaffenen Potentiale und Bestände nicht nur nicht ausgebaut, diversifiziert und auf eine wachsende Leistungsfähigkeit ausgerichtet werden, sondern daß man sie aushöhlt, reduziert, sie überaltern und ihre Leistungsmöglichkeiten verfallen läßt. Wir haben an anderen Stellen dieses Beitrages dafür Fakten und Problemlagen erörtert, die hier nicht weiter vertieft werden können.

Eine geradezu perfide Praxis ist die Ausdünnung der Personalstruktur durch k.w.-Stellen. Das Streichen von Personalstellen bei Tod oder Weggang des Inhabers findet völlig asynchron zu den Lehrverpflichtungen bzw. zur Entwicklung der Forschungsprojekte statt. So wird heute schon mit völliger Selbstverständlichkeit von der Unterbesetzung der Institute und Fachbereiche gesprochen – z.B. von Michael Wolff von der »Virtual College« Initiative der TU Berlin, der wie nebenher sagt, daß die Entwicklung neuer, modernerer Lehrereinheiten kaum noch möglich ist, weil durch den andauernden Einstellungsstop manche Fachbereiche mit 50 Prozent des erforderlichen wissenschaftlichen Personals auskommen müssen (vgl. »Neues Deutschland« vom 9.9.1997).

Der Abbau der Professorenschaft, der ja jetzt erst richtig anfängt und im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Generationswechsel die Chance hat, immer neue Größenordnungen anzuneh-

men, ist ja nicht nur ein Verlust von einer Kraft je unbesetzter Stelle. Mit jedem fehlenden Professor wird auch das wissenschaftliche Potential abgesenkt, das der Mittelbau und die Drittmittelkräfte darstellen. Die Humboldt-Universität soll 83 Professorenstellen streichen, einige Bereiche ganz schließen, aber auch, nach den Worten ihres Präsidenten, Eingriffe in gut funktionierende Bereiche vornehmen. All das und die vorgesehenen Kürzungen um 380 Mio DM könnten zum Zusammenbruch von Forschung und Lehre führen. »Die Universität ist natürlich tot, wenn vier Jahre lang keine (personelle) Erneuerung mehr stattfindet« (Hans Mayer zu Torsten Harmsen, »Berliner Zeitung« vom 20.3.1997).

Zur Lage im Osten

Nachdem es über Jahre dazu ausgreifende Untersuchungen gegeben hat, ist es nicht nötig, diese hier weiter zu explizieren. Nur soviel: Die gegenwärtigen Führungskräfte haben mit wenigen Ausnahmen ihre Karrieren in westdeutschen Ländern begonnen, ein nicht geringer Prozentsatz von ihnen gehörte zum großen Personenkreis »in Lauerstellung« oder entspröß der dritten Reihe. Aber alles in allem ist wohl der Eindruck gerechtfertigt, daß es gelungen ist, den altbundesdeutschen Hochschulstandard in die ostdeutschen Hochschulen zu implantieren. Was immer das im Guten wie im Schlechten bedeutet: Es hat zahlreiche produktive Neuanfänge gegeben, die heute zu beachtlichen Ergebnissen ausgewachsen sind oder, Vorhandenes fortsetzend, über den früheren Stand hinausführten. Fraglos: Ein neues Hochschulwesen existiert, und es wird betrieben unter dem Mitwirken eines Restbestandes von Personal ostdeutschen Ursprungs – je nach Institution und Fachrichtung zwischen 10 und 40 Prozent mächtig (oder ohnmächtig).

Nach Recherchen von Anke Burkhard und Doris Scherer¹¹ kann man die unübersichtliche Gesamtlage der sogenannten Personalenerneuerung in stark gerundeten Eckziffern wie folgt darstellen:

Von den 39.000 Mitarbeitern der DDR-Hochschulen 1989/90 sind 11.700 im Mittelbau verblieben; 5.000 sind auf gesplitteten und 3.000 auf Kurzzeit-Arbeitsplätzen beschäftigt; aus den Hochschulen entlassen wurden 10.000 (darunter fast alle für die Studentenbetreuung tätigen »Lehrer im Hochschuldienst«); zu Professoren (fast ausschließlich im C3-Status) berufen wurden 2.000; als Professoren übernommen (ebenfalls fast ausschließlich im C3-Status) wurden 2.300; und die Zahl der ausgeschiedenen Professoren beträgt 5.000. Aus den westdeutschen Bundesländern kamen an die ostdeutschen Hochschulen 3.000 Mitarbeiter des Mittelbaus und 4.000 Professoren. Daraus ergab sich 1995 ein Gesamtbestand von 28.500 Mitarbeitern, der Stellenbedarf nach den Strukturplänen der Länder beträgt für 1999 24.500 Mitarbeiter.

Zu den ca. 15.000, denen nach der Recherche von Burkhard/Scherer direkt gekündigt worden ist (wegen fehlender Eignung, weil politisch nicht tragbar, wegen Bedarfsmangels, wegen Auflösung der Institution), kommen also weitere 8.000 mit Tätigkeiten auf Teilzeitarbeitsplätzen oder in extrem kurzer Befristung. Mit den verbliebenen ca. 28.500 Stellen sind die Hochschulen der ostdeutschen Länder noch immer (scheinbar) überfrachtet. Der

11 Anke Burkhard/Doris Scherer: Personalbedarf an ostdeutschen Hochschulen. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin Karlshorst. Projektbericht 2 / 1995. Tabellenübersicht 6. Vgl. auch Burkhard/Scherer: »Wissenschaftliches Personal« in: Gertraude Buck-Bechler, Hans-Dieter Schaefer, Carl-Hellmut Wagemann, Hrsg.: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. Deutscher Studien Verlag Weinheim 1997, S. 319. Die Autorinnen geben dort an: Stellen: 24.500, darunter (1994) 7.464 Professorenstellen, die 1993 an Universitäten und Kunsthochschulen »erst knapp (zu) 40 Prozent besetzt« waren. Es

wird a.a.O. auch darauf verwiesen, daß die Mittelbaustellen, teils auch die Professorenstellen, befristete Weiterführungen aus DDR-Verhältnissen waren. Vgl. S. 319, S. 323.

12 Anke Burkhard / Doris Scherer: Personalbedarf ..., a.a.O. S.19; Abbrv.: PHB = »Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-Karls-horst« (seit 1996 in Wittenberg, der Martin-Luther-Universität eingegliedert).

Strukturplan (Stellenbedarf), den Burkhard/Scherer aus dem Komponentenmodell des Wissenschaftsrates und aus der PHB-Studienanfängerprognose 1993 errechnet haben,¹² sieht über 4.000 Stellen weniger vor. Diesen weiteren Abbau zu realisieren, macht keinen größeren rechtlichen Schwierigkeiten, weil mit der Umwandlung in Befristungen die Arbeitsrechtsverhältnisse schon 1992-1995 darauf eingestellt worden waren. Nicht unbedeutend ist der Abgang von Personal mit DDR-Karrieren durch das Überschreiten der Altersgrenzen – ein Prozeß, der jetzt, 7 Jahre nach Beginn der »Personalerneuerung«, schon bedeutende Kapazitäten erfaßt hat – und dies überproportional zur ursprünglichen Altersstruktur, da man 1991-93 mehr junge Mitarbeiter als ältere hat »gehen lassen« bzw. nicht hat »weitergeführt«. Teils waren die Jüngeren wissenschaftlich (noch) nicht so profund ausgewiesen, teils suchten sie den Ausweg aus den für sie unübersichtlichen Vorgängen der Abwicklungen durch Weggang in die private Wirtschaft oder durch Westmigration, teils wurden Ältere bevorzugt übernommen, weil sie die schwierigeren »sozialen Fälle« waren, deren »biologische Lösung« sich jedoch abzeichnete.

Hatten bis 1990 die Ostdeutschen 39.000 Chancen einer wissenschaftlichen Arbeit und Karriere an einer Hochschule, so werden es im Jahre 2000 nur noch 12.000 bis maximal 14.000 Chancen sein (ca. 33 Prozent) – wahrlich ein Verlust an kreativer Potenz je Bevölkerungseinheit von historischer Größenordnung – und mit Blick auf das dadurch veränderte geistig-kulturelle Format Tausender von Familien von sozialstruktureller Dimension!

(Zu berücksichtigen ist ja noch das fast spurlose Verschwinden von 11.000 Dozenten und Lehrern der 261 Fachschulen der DDR sowie zahlloser anderer Arbeitsplätze in Wissenschafts- und F&E-Institutionen!)

Die technischen Forschungsbedingungen an den ostdeutschen Hochschulen wurden mit Ausrüstungen westlichen Standards erheblich aufgebessert, allerdings setzen sich noch immer Erschwernisse fort, die aus den respektiven Defiziten der DDR-Hochschulen resultieren. Die rezessiven Vorgänge im gesamten deutschen Hochschulbetrieb werden dazu beitragen, daß alte Unzulänglichkeiten überdauern und sich mit den Ungereimtheiten der überstürzten Neugründungen und Neuanfänge vermengen.

Insgesamt: Die Bestandsdichte an Potential und Kapazitäten in der Forschung wie in der Lehre, liegt – je Bevölkerungsmillion gerechnet – bedeutend unter dem Durchschnittsmaß der westdeutschen Länder. Die Professorenschaft erreicht kapazitiv etwa 80 Prozent, die anderen Personalgruppen liegen zwischen 40 und 60 Prozent. Der Mittelaufwand liegt zwischen 60 und 75 Prozent.

Möglicherweise hat jedoch die Grundlagenforschung davon beträchtlich profitiert, daß die Industrie-Kooperationen und andere Anwender-Opportunities viel geringer sind als in den westdeutschen Ländern und auch geringer als früher in der DDR. Sofern man nicht in solche Verbindungen eintreten kann – was häufig bedeutet, daß es nicht gelang, den kleinen privaten F&E-Anbietern die Abnehmer wegzunehmen –, zieht man sich auf hochschulgerechte Thematiken und Forschungsprozeduren zurück, macht

also disziplin-interne oder grundlagenorientierte Arbeit. Soweit so gut – und sehr gut.

Wenn man an ein Gesamturteil denkt, so läßt sich das alles etwa so erfassen: Zusammen mit der oben erwähnten Rücknahme der Ausbildungskapazitäten gilt auch für die Forschung: klein, aber fein – und im Verlauf des weiteren Abbaus von Potentialen: noch kleiner und noch feiner. Da ohnehin für die Hochschulen gilt, daß sie dem Typus der »little science« (de Solla Price) zugehören, bedeutet der weitergehende Personal- und Mittelabbau jedoch mehr und mehr ein Umkippen in eine Strukturform, die immer stärker nach dem alten Prinzip »ein Mann – ein Thema« funktioniert – mit Blick auf die vorherrschende Ordinarienstruktur sogar: »ein Mann, seine Faktoti, sein Lieblingsthema«. Das wäre der Trend. Die Hochschulen als das splendide Reservoir zur Selbstverwirklichung einer kleinen Elite. Je nach Umfang der mobilisierten Drittmittel kann man sich wenigstens damit dem zwergenhaften Charakter der Forschung entgegenstellen. Wo sich Trend und Gegentrend künftig begegnen, bleibt jedoch offen. Allzu große Illusionen sind angesichts der Lage der industriellen F&E im Osten und der Misere der öffentlichen Haushalte dabei allerdings nicht angebracht.

Was immer man an neuen Qualitäten geltend macht: Der Umfang des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes, den es hier zu DDR-Zeiten gab, ist weit unterschritten. Der Osten Deutschlands ist die weltgrößte Brache wissenschaftlicher Talente und Qualifikationen. Mit Blick auf künftige Dimensionen elitärer Ministrukturen könnte man auch sagen: eine Region mit einem bereits fortgeschrittenen Entwicklungszustand. Deren Gegenwart dürfte, in ceteris paribus, die Zukunft der anderen vorwegnehmen. Anfänge gibt es schon. Die als Wissenschaftlerin mit ostdeutschem Karrierehintergrund mit flächendeckender Abwicklung von Institutionen erfahrene gegenwärtige Präsidentin des Wissenschaftsrats, Dagmar Schipanski, hat schon angekündigt, daß, Abwicklung, Einschmelzen und vorsichtige Neugründung von Institutionen nach den »Osterfahrungen« effizienter sind als die teure und qualvolle Umwälzung der bestehenden, verkrusteten Strukturen.¹³ Man kann diese und noch andere Menetekel vorzeigen – in einem würde die praktizierte konservative Wissenschaftspolitik Recht behalten: Immer wären eindrucksvolle, exzellente Projekte zu präsentieren, Alibis für Erfolge der Erneuerung nach den Gesetzen der Miniaturisierung – auch dann noch, wenn die Wissenschaftskapazität des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Dimensionen Islands erreicht hätte.

In den Jahren, als die ostdeutschen Hochschulen erneuert wurden – erinnerlich sollte sein, mit welch einem emphatischen Anspruch auf den Beginn einer neuen Epoche dies in Szene gesetzt war! –, wurde die Zielmarke aufgestellt, den ostdeutschen Jugendlichen in Umfang und Qualität die gleichen Studienmöglichkeiten einzuräumen, wie sie in den westdeutschen Ländern sich entwickelt haben. Man konnte sich nicht genug tun, an die skandalösen Zustände zu erinnern, daß es zu DDR-Zeiten nur 130.000-140.000 an Hochschulen Studierende gab, wobei die berufsperspektivisch wie wissenschaftlich exzellente Ausbildungsleistung der 261 Fachschulen der DDR einfach ignoriert wurde, die weitere 150.000-160.000

13 Die Präsidentin des Wissenschaftsrates, Prof. Dagmar Schipanski, auf der zentralen Festveranstaltung der Hochschulen zum Tag der Offenen Tür in Jena »Forschung als Innovationsfaktor in den neuen Bundesländern. Pressemitteilung (ND) vom 6.10. 1997. Vgl. auch die Darstellung des Präsidenten der Humboldt Universität, Hans Meyer, über das nur durch rigore Schließungen von Fachrichtungen erreichbare Ziel des Berliner Senats« ... »den Gegenwert einer ganzen, und zwar sehr

großen Universität zu sparen, aber drei Universitäten zu behalten.« In: ders.: die Universität und der Staat. In: hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland, Leipzig, Heft 2/1997, S. 173.

Studierende hatten, was zusammen eine Frequenz von 280.000-300.000 ergab.

Nun waren für Ende der neunziger Jahre als Ausbildungsfrequenzen in den ostdeutschen Ländern stolze 235.000 Studienplätze errechnet und planerisch in Aussicht genommen worden, was zusammen mit einigen Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Fachschulen etwa auf die tristen DDR-Frequenzen hinausgelaufen wäre. Aber es ist nicht gelungen, eine Studentenschaft in diesem Umfange zu mobilisieren – sie beläuft sich zur Zeit etwa auf 160.000. Die aktuellen Frequenzen höherer wissenschaftlicher und Berufsausbildung liegen also beträchtlich unter dem DDR-Niveau. Die Maßstäbe des Bundeslandes Hessen, konkordant auf die Hochschulen der ostdeutschen Länder und Ostberlin übertragen, hätten jedoch 400.000 Studierende erfordert. Jetzt mehren sich die Nachrichten, daß an diesen eher bescheidenen Planungen (235.000) starke Abstriche vorgesehen sind, die sie auf etwas mehr oder weniger als 60 Prozent herunterfahren.

Gegenüberstellung: Konturen eines alternativen oder links-progressiven Konzeptes

Die Kennwerte des liberal-konservativen Konzeptes haben wir oben erörtert und in Falle der Neugestaltung der ostdeutschen Hochschulen auch schon exemplifiziert.

Ein in den Diskurs eingebrachtes, dem entgegengesetztes alternatives oder auch links-progressives Konzept kann in Stichworten so charakterisiert werden: differenzierte Personalstruktur auf der Grundlage von Wissenschaft und Forschung als unbefristete Berufstätigkeit, hohe Bestandsdichte je Bevölkerungsmillion nach den Maßverhältnissen einer modernen Sozialstruktur, exzellente Resultate nach den Kriterien internationalen Wissenschaftsfortschritts, führende Rolle der Grundlagenforschung, jedoch effiziente (von Wirtschaftsunternehmen bezahlte) angewandte Forschung durch ein hohes Niveau von Kooperation und Verflechtung. Recht auf Hochschulbildung unabhängig von Besitzständen, Ausbildungskapazitäten und Zulassungsprozeduren nach dem Maß der Begabung und dem Bildungsbedürfnis der jungen Generation, ausreichende Grundmittelversorgung und nach der Leistung differenzierte Drittmittelversorgung durch die öffentliche Hand, demokratische Prozeduren der Hochschulleitung und der Tätigkeit wissenschaftlicher Gremien. Statt Exklusivität: breite öffentliche Referenz, hohe Koevolutionleistung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Moderne.

Dieses alternative Konzept hat, wie hier leicht nachzuvollziehen, eine komplexere Funktionalität, eine höher integrierte Zuordnung der Hochschulen in das Wissenschafts- und Innovationssystem im Speziellen und in die allgemeine Produktion und Reproduktion des materiellen und geistigen Lebens der Gesellschaft zur Voraussetzung, als die gegenwärtige und die künftige liberal-konservative.

Die Universitäten und Hochschulen sind heute mehr oder weniger deformiert durch die systemische Einpassung der Wissenschaft in die herrschende Logik der Ressourcen-Verwertungs-Effizienz, die ihrerseits nichts ist als das Korrelat der Kapitalverwertungs-

Effizienz marktwirtschaftlich konkurrierender Akteure. Der knappe Mittelanteil bei der DFG, mit dem noch »freie« Grundlagenforschung finanziert wird, oder die hier eventuell zu nennenden Projekte der Max-Planck-Gesellschaft, heben diesen Zusammenhang nicht auf, sie sind in Relation dazu nur spezifische Ausprägungen. Um die Universitäten und Hochschulen zu reformieren, müssen all diese Grenzen wissenschaftlichen Handelns überschritten werden.

Natürlich kommen auch Reformideen um die Frage der Bezahlbarkeit des Hochschulwesens nicht herum. Noch mehr: Da ein wesentlicher Bestandteil der Universitätskrise durch ihre kapazitiven und ressourcenseitigen Defizite bestimmt ist, wird nicht weniger gebraucht (wie jetzt viele Landesregierungen suggerieren: klein, aber fein), sondern mehr. Bedeutend mehr. Mit einem alternativen Konzept gewinnt das finanzielle und Ressourcen-Problem sogar an Schärfe. Für Wissenschaft als eine Veranstaltung einer exklusiven Elite genügt die Option: weniger Geld, aber hohe Exzellenz. Aber für Wissenschaft als eine Veranstaltung der gesamten deutschen Gesellschaft, soweit sie eine Bildungsgesellschaft ist, sind komparativ je Bevölkerungsmillion und je regionaler Ausgangslage ein 106 Mrd. DM p.a. Gesamtaufwand für das große innovative System Wissenschaft, Forschung, Hochschulwesen und industrielle F&E (WFH.F&E), die der Bundesbericht Forschung (BBF) 1996 ausweist,¹⁴ schon heute zu wenig, von der Zukunft zu schweigen. 106 Milliarden – das ist nicht die erforderliche Rückführung der Mittel, die als zuverlässiges gesamtgesellschaftliches Ertragswachstum von diesem WFH.F&E-System geschaffen (und von der Wirtschaft realisiert) wurde. Das reicht auch nicht, um jenen zusätzlichen Effizienzzuwachs zu realisieren, der bei adäquater Ressourcenausstattung vom WFH.F&E-System ausgeht und der unter anderen als den gegenwärtigen Gesamtbedingungen auch wünschenswert ist. Er ist nicht wünschenswert als das alles dominierende Endziel, aber doch als ein notwendiger Begleiteffekt der Modernisierung und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Zustände. Natürlich ist das alles nicht exakt berechenbar und nicht verifizierbar. Es handelt sich eher um einen Black-box-Effekt zwischen effizienter Wissensverwertung und gesellschaftlicher Ressourcenverwendung, der auch Qualitatives wie z.B. wünschenswerte Zustände des Sozialkapitals (Bordieu) sowie Lebensqualität, Zukunftsfürsorge, Umweltstabilisierung, sozialen Frieden oder einen Beitrag zur internationalen Koevolution der Kulturen und Wirtschaftszonen einschließt.

Was die Hochschulen speziell betrifft, so sollen sie auf exzellente Forschung und effiziente Ausbildung festgelegt bleiben, aber nicht auf Sparkurs und Elitekonzeptionen gedrängt werden. Es geht nicht an, daß sie die Revenuen und die Selbstverwirklichung von 20.000 Genies und Wissenschaftsmandarinen im Range von Ordinarien und Dekanen bilden. Es sollen in ihren Mauern 500.000 oder einige mehr, jedenfalls das wissenschaftlich befähigte Potential der Nation, ein schöpferisches Lebenswerk vollbringen können (zur Zeit sind ohnehin knapp 400.000 an Hochschulen angestellt, aber unter welch chaotischen Teilzeit-Bedingungen!). Sie sollen von 2 Millionen junger Leute, oder einigen mehr, umgeben sein,

14 Vgl.: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bmb+f), Hrsg. Bundesbericht Forschung 1996, Tab. VII/25, S. 580, vgl. auch S. 533.

die sich eine Wissenschaftsdisziplin und eine Berufsbefähigung aneignen. Sie sollen dabei innovative Zentren moderner, demokratischer, kreativer Lebensweise sein.

Können die Mittel dafür aufgebracht werden? Nun, 3,6 Mrd. kommen zusammen, wenn man die Studenten 1.000 DM Semestergebühren bezahlen läßt, meint Peter Glotz. Aber zum ersten, was sind 3,6 Mrd., und zum anderen, wie gründlich will man die schlechter Verdienenden noch ausgrenzen?! Es ist doch lax zu meinen, das müßte eine gute Bildung den Studenten doch wert sein. Welcher »Student« ist da gemeint? (vgl. Anne Strodtmann in Tagesspiegel, 30.5.1997).

Man kann sich aber vorstellen, daß die Politik, die für Frieden und Sicherheit zu sorgen hat, die Mittelverausgabung für die Bundeswehr einerseits und für die Hochschulen andererseits umdreht. Mit 33 Mrd., womit jetzt die Hochschulen auskommen müssen, muß die Bundeswehr auskommen können, denn auf Weltraum-Invasionen à la Independence day movies muß man sich nicht einstellen. Mit 60 Mrd. p.a. indes ist ein Hochschulwesen in einer anderen historischen Qualität möglich. Man kann ja auch so kalkulieren, daß Ausgaben für die Bundeswehr sich à fonds perdu rechnen, verdoppelte Wissenschaftsausgaben aber die Chance für einen bedeutenden finanziellen oder doch wertmäßigen Rücklauf haben und damit das Sozialprodukt in Menge und qualitativer Beschaffenheit stärken. Was allein könnte gewonnen werden, wenn man die Volksgesundheit durchgreifend anhebt, was beim Kindergarten und bei der Umweltgestaltung anfängt und bei einer die wirklichen Massenerkrankungen lindernden medizinischen Forschung noch längst nicht aufhört. Um auch den Wirtschaftssektor anzusprechen: Nicht nur der Zuwachs an Hochqualifizierten (und nachfolgend allgemeine Niveausteigerungen in der Berufsausbildung) wird sich als innovationssteigernd erweisen, auch die Wirtschaftswissenschaften und andere produktionsnahe Disziplinen werden dazu stärker beitragen, wenn man sie dazu befähigt. Es ist bekannt, daß viele innovative Effekte ausbleiben bzw. verlorengehen, weil es ein unternehmerisches Fehlverhalten gibt. Deutschland hat bekanntlich die teuersten, aber nicht unbedingt überall die kompetentesten Unternehmer und Manager der Welt. Der Autor weiß, daß diese Visionen heute nicht politikfähig sind. Aber das spricht, sollte man meinen, gegen die heutige politische Klasse, nicht gegen den Autor.

Eine wirklich Hohe Schule einer dem menschlichen Fortschreiten verpflichteten demokratischen Gesellschaft sollen die deutschen Universitäten sein. Intellektuell, kultiviert, wissend, tolerant, effizient. Nicht aber eine überfüllte, hektische Manufaktur, in der Tausende, von einer neurotischen Leistungs-Askese beherrscht, von Befristungen und Existenzängsten einerseits, von elitärem Größenwahn andererseits angetrieben, von Projektfragment zu Projektfragment hasten, um Ideensplitter beamteter Genies verwertbar oder wenigstens publizierbar zu machen. Eine große nationale, integrative Mobilisierung von Kreativität, Wissen, Kultur – das müssen die Universitäten leisten, nicht als Selbstverwirklichung einer Elite, sondern als verbreitete Normalität und in größter Vielfalt; tätig in einer offenen Gesellschaft – offen für alle. Die

Herausbildung und das Wirksammachen von Eliten kann dann daran angeschlossen, inbegriffen, ausdifferenziert werden, denn in der Wissenschaft unterscheiden sich die Geister, findet keine stumpfsinnige und auch keine sozial wünschenswerte Egalisierung statt. Aber die Evolution der Talente ist etwas anderes als das konservative Konzept der Ausgrenzung nach dem Format des Geldbeutels, mit dem sich die Betuchten ja u.a. auch die Konkurrenz der Hochbegabten aus anderen sozialen Schichten vom Leibe halten wollen.

In der wissenschaftlichen Arbeit soll, bei der Suche nach Wahrheit und nach den Formen neuen Denkens, nach demokratischem Konsens und nicht nach dominanten Anschauungen gestrebt werden. 50 Prozent des Universitätsvolkes sollen Frauen sein.

An den Hochschulen sollen keine Reichtümer zu erwerben sein, ihre Beschäftigten sollen einen angemessenen, aber maßvollen Lebenszuschritt verwirklichen. Uneigennütziges Strebsamkeit, Gemeinschaftsgeist, Öffentlichkeit und Intersubjektivität sollen wirksam gefördert werden. Über die demokratisch-moralische Qualität der wissenschaftlich Tätigen können angesehene Ethik- und Ehrenkommissionen befinden.

Es ist kein falscher Ehrgeiz, sondern zugleich die Logik des Kalenders und die großer Trendwenden im deterministischen Chaos der Welt, daß wir gehalten sind, das Format der Hochschule für das XXI. Jahrhundert zu finden. Werden wir den Mut haben, wie Ulrich von Hutten mit Überzeugung auszurufen: »Oh Jahrhundert der Wissenschaft« ? Wir können nicht gewiß sein, aber wir können den Mut haben und wir können es wollen. In dem oben schon erwähnten publizistischen Zusammenhang schreibt Torsten Bultmann: »Grauenhafte Vorstellung: Die moderne Gesellschaft muß also, will sie in Betrieb bleiben, ständig bei der ›Wissenschaft‹ tanken gehen?«¹⁵ Aber zu fragen ist doch: Was sonst wäre die moderne Gesellschaft des XXI. Jahrhunderts, wenn sie keine High-Tech- und Informationsbasis hätte? Wenn dies nicht ihre bestimmende Produktionsweise wäre – eine ausgewachsene Handwerker-Commune, ein Konglomerat der Leidenschaftsserien des Charles Fourier? Und was wäre eine solche Moderne mit einer solchen Existenzbasis, wenn sie keine Gesellschaft wäre auf umfassender wissenschaftlicher Grundlage? Also doch: Huttens »Oh, Jahrhundert, oh, Wissenschaft.«

15 Torsten Bultmann: Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt, ebenda, S. 36.

GERT-RÜDIGER WEGMARSHAUS

Anmerkungen zur Wissenschaftsforschung im geteilten und im vereinten Deutschland

Die anregenden Beiträge von Günter Kröber, Clemens Burrichter und Reinhard Mocek provozieren mich, jeder auf seine Weise, zu drei kurzen Anmerkungen.

Erstens:

Günter Kröber hat sich außerordentlich kenntnisreich, und mit persönlichen Hintergrundinformationen nicht geizend, zur Gründungsgeschichte des ITW sowie zum Schicksal der Wissenschaftsforschung in der DDR geäußert. Unstrittig ist sowohl für (teilnehmende) Beobachter wie für (betroffene) Akteure der Wissenschaftsforschung, daß die Schließung und Abwicklung des ITW als eine direkte Folge der politischen Intentionen anzusehen ist, welche dem gesamten Evaluierungsprozeß der DDR-Akademieforschung nach der deutschen Vereinigung zugrunde lagen. Dem eigentlichen Evaluierungsvorgang läßt sich aus meiner Erinnerung zumindest für das ITW das Bemühen um wissenschaftliche Ernsthaftigkeit nicht absprechen. Die langjährige Forschungsbilanz des Institutes, dessen theoretischer und empirischer Ertrag dokumentierten sich wenigstens partiell in den Empfehlungen der Evaluierungskommission zur Weiterführung einzelner Forschungsthemen und -gruppen. Bestimmte Arbeiten aus dem Spektrum von Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftsphilosophie und -ökonomie, von Wissenschaftsgeschichtsschreibung und von Scientometrics sollten die Möglichkeit zur weiteren Förderung erhalten, dies freilich in neuen institutionellen Zusammenhängen. Aber, die Abwicklung des ITW als einer Akademieeinrichtung war bereits vor jeglicher wertenden wissenschaftlichen Erfahrung, a priori, durch die Politik entschieden. Die Veranstaltung der deutsch-deutschen Einigung nach Artikel 23 Grundgesetz führte für das ITW wie für die anderen Akademieinstitute umstandslos dazu, daß für sie in der neubundesdeutschen Wissenschaftslandschaft kein Platz mehr blieb.

Es ist für dieses Kolloquium daher durchaus konsequent, daß Wissenschaftsforschung »ohne Ort« sich in »UTOPIE kreativ« zu Wort meldet.

Zweitens:

Der Primat der Politik über wissenschaftliche Leistung zeigte sich auch im Hinblick auf das Erlanger IGW. Dessen Auflösung entbehrt nicht einer, milde gesagt, spezifischen Ironie: Gerade das Institut, welches beharrlich die dem staatssozialistischen System der

Gert-Rüdiger Wegmarshaus
– Jg. 1954, Dr. phil., Berlin.
Philosophiestudium in Leningrad. Diplomarbeit zu Th. S. Kuhns »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen«. 1978 - 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1983-1986 Mitwirkung am Forschungsprojekt: »Wissenschaft – Das Problem ihrer Entwicklung«. Studien zum Amerikanischen Pragmatismus und Operationalismus; 1987-1989 Mitarbeit am Forschungsprojekt: »Objekt- und Selbsterkenntnis«. Studien zur Evolutionären Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie; z.Z. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl »Politikwissenschaft« der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

DDR inhärenten Entwicklungs- und Umsetzungsschwächen von moderner Wissenschaft und Technologie aufzeigte und welches durchaus politikwirksam auf die überragende Bedeutung von Wissenschaftsdynamik und Innovationsfreundlichkeit im Wettstreit der Systeme hinwies, fiel der prophezeiten Sieghaftigkeit der Bundesrepublik zum Opfer. Dabei hätte es für das IGW nach dem Verschwinden des Untersuchungsgegenstandes »DDR und ihre Wissenschaft« durchaus neue Forschungsfelder gegeben. Die 1990 beginnende Transformation des Wissenschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten erforderte eine kritische Analyse ebenso wie eine sachkundige Beratung; erste Schritte dazu hatte das IGW unternommen, eine weiterführende Chance allerdings erhielt das IGW nicht. Mit dem Rückblick der vergangenen sieben Jahre muß man sagen, daß dieses Forschungsgebiet – die Erfassung der Wandlungen des Wissenschafts-, Hochschul- und Forschungssystems der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas – von renommierten Wissenschaftsforschern und deren Arbeitsgruppen in Köln, Bielefeld und Berlin engagiert in Angriff genommen und ebenso zielstrebig wie umsichtig ausgebaut wurde.

Die aufgehobene Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden bedeutete also den Schlußstrich unter eine institutionelle Wissenschaftsforschung, die sich in Ost und West einer über zwei Dezennien gewachsenen außeruniversitären Eigenständigkeit erfreuen durfte. Die naheliegende Vermutung von Günter Kröber, daß die Wissenschaftstheorie und ihre Forschungsagenda »Wissenschaftlich-Technische Revolution und gesellschaftliche Folgen« nur so lange interessant war, wie die beiden Deutschländer im Wettstreit standen, erscheint mir indes bei näherer Betrachtung nur partiell zutreffend. Offenkundig ist, daß das Literatur- und Datenmassiv zu den wissenschaftlichen und technologischen Umbrüchen unserer Zeit, ihren ökologischen und sozialen Folgen, ihren problematischen Risiken inzwischen schier unübersehbar geworden ist; das interdisziplinäre Forschungsprogramm von Wissenschaftstheorie gedeiht also und expandiert. Nur, in der Wissenschaftslandschaft des heutigen Deutschland existiert dieses Forschungsprogramm lediglich virtuell zwischen den disziplinären Hochschuldressen der etablierten Fächer und Professuren. Bis auf wenige Ausnahmen wird Wissenschaftsforschung heute an vereinzelten Standorten im Rahmen von Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie, Psychologie und Bibliothekswissenschaft betrieben. Dieser institutionell unbefriedigende Zustand ist der tatsächlichen Problemlage von Wissenschaft und Technologie in keiner Weise angemessen. Diesen Punkt hat Günter Kröber prägnant zur Sprache gebracht.

Der Versuch einer multidisziplinären Wissenschaftsforschung als konkurrierende ost- und westdeutsche Institutsunternehmung kam zwar mit der überstürzten, um nicht zu sagen fluchtartigen, Verabschiedung des Projektes DDR zu einem abrupten Ende. Die abgewickelte Wissenschaftswissenschaft hat aber durchaus Anlaß, wenn sie Ursachenforschung betreibt, sich der erkenntniskritischen Grundlagen des eigenen Faches zu versichern: »Post hoc« ist bekanntlich kein Beweis für »Propter hoc«: Die Konstatierung einer zeitlichen Abfolge ist nicht gleichbedeutend mit der Feststellung

eines kausalen Zusammenhanges. Für die Auflösung der Wissenschaftsforschungsinstitute lassen sich neben den bereits genannten politischen Prämissen der deutschen Einigung auch ernstzunehmende wissenschaftsinterne Gründe ins Feld führen.

Bekanntlich gab es in der Deutschen Forschungsgemeinschaft über den Zeitraum von zehn Jahren, von 1984 bis 1994, den Schwerpunkt »Wissenschaftsforschung«. Auf dem im November 1994 in Heidelberg stattgefundenen Abschlußkolloquium dieses DFG-Schwerpunktes wurden von den Organisatoren Frank Pfetsch und Jürgen Mittelstraß einige Ursachen für die Beendigung des Schwerpunktprogrammes erörtert. Zu den herausgehobenen Gründen zählte vor allem die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, eine wirklich tragfähige und dauerhaft ergiebige Interdisziplinarität in diesem Schwerpunkt zu erreichen. In der Begründung für die Schließung des Schwerpunktes wurde die unzureichende, nicht eingelöste Interdisziplinarität von Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften hervorgehoben.

Die Bilanz des Forschungsschwerpunktes wies, entgegen den gehegten Erwartungen, vor allem zu wenig Projekte aus, welche in den Naturwissenschaften, mit deren Methoden und Fragestellungen generiert wurden. Es dominierten eindeutig Fragestellungen und Projekte, die wissenschaftsphilosophischen, erkenntnistheoretischen und wissenschaftshistorischen Themen verhaftet waren. Für die DFG blieb der methodische und inhaltliche Ertrag des Schwerpunktes deutlich unter den Erwartungen von wirksamer Interdisziplinarität aus Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Dieser Befund der DFG über den Zustand der Wissenschaftsforschung ist durchaus kongruent mit den seinerzeitigen Schwierigkeiten am ITW, die disziplinar geprägten Forschungsansätze über die Bereichsgrenzen hinweg ernsthaft zu rezipieren und zu einem kohärenten Ganzen zu integrieren.

Drittens:

Der Beitrag von Reinhard Mocek zur Wissenschaftskonzeption der PDS und zur Auseinandersetzung mit der Kritik von Torsten Bultmann vom BdWi fokussiert dankenswerterweise auf zentrale Punkte der heutigen Wissenschaftsforschung.

Bultmanns Artikel in Heft 2/97 des »Forum Wissenschaft« ist in der Tat ein vehementer Angriff auf wissenschaftspolitische Positionen der PDS, die dem marxistischen Traditionszusammenhang zugerechnet werden. Die unangebrachte polemische Schärfe bei Bultmann, die von Reinhard Mocek zu Recht moniert und bedauert wird, würde ich gern unter partei- und bewegungspolitischem Profilierungs- und Abgrenzungsgeplänkel innerhalb der Linken verbuchen, welches hier nicht weiter zur Debatte stehen kann.

Der argumentative Kern des Bultmannschen Aufsatzes zielt gegen Wissenschaftsgläubigkeit und technologischen Determinismus, er wendet sich gegen die Auffassung einer inneren Logik, einer naturhistorischen, unabwendbaren Entwicklungsrichtung von Wissenschaft und Technik.

Diese den PDS-Papieren angelastete Auffassung wird vorgeführt als im marxistischen Denken angelegt. Ich möchte mich hier nur

auf diese von Bultmann entwickelte Verbindung von marxistischer Wissenschafts- und Gesellschaftsauffassung mit den wissenschaftspolitischen Folgerungen für die heutige Zeit konzentrieren. Zwar hat Reinhard Mocek dessen Lesart als Unterstellung und Fehlinterpretation dargestellt, was eine weitere Debatte vielleicht erübrigt. Aber auch auf die Gefahr hin, hier offene Türen einzurennen, möchte ich doch die Frage nach den Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Einflußnahme auf die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie aufwerfen.

Es scheint mir in diesem Zusammenhang nicht müßig zu sein, an die Kritik zu erinnern, die Habermas seinerzeit am Marxschen Verständnis von Wissenschaftsentwicklung übte.

Habermas kritisierte bekanntlich an Marx, daß dessen Versuch, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als einen »naturhistorischen Prozeß« der Entfaltung der produktiven Wesenskräfte des gesellschaftlichen Menschen zu begreifen, im Hinblick auf die Moderne zu einer systematischen Ausblendung der kommunikativ-gestaltenden Potenzen der Civil Society führt. Für Habermas ist daher weder der parteibürokratische Charakter des Staatssozialismus als Herrschaftssystem noch der technokratische Zug seiner Wissenschaftspolitik zufällig.

Der demgegenüber von Habermas entwickelte Ansatz, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in das aktive, gestaltende Handeln der Bürger zurückzuholen, erscheint mir heute, im Lichte der Erfahrung, als ebenso hellsichtig wie aktuell.

Ich würde daher dafür plädieren, die wissenschaftspolitische Thesendiskussion mit dem BdWi aus dem Tal der Polemik auf die Ebene der an Habermas anschließenden theoretischen Betrachtung von Wissenschaft zu heben. Dies gilt um so mehr, als nicht nur konzeptionelle Gesichtspunkte, sondern auch vorliegende gesellschaftliche Erfahrungen dafür sprechen, die Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Civil Society und Politik auf das Wissenschafts- und Technologiesystem ernst zu nehmen. Ich möchte, um zum Schluß zu kommen, es an dieser Stelle dabei bewenden lassen, auf einige wenige neuere Beispiele wissenschaftspraktischer Erkundungen und wissenschaftstheoretischer Fragestellungen hinzuweisen:

In Norwegen experimentiert man mit wissenschaftspolitischen Formen der offenen, außerparlamentarischen Bürgerpartizipation in der Entscheidungsfindung um gentechnologische Entwicklungen. Die britische Wissenschaftssoziologie untersucht seit längerem, wie die wissenschaftliche Informiertheit und Engagiertheit der Bürger wechselseitig abhängt von deren Vertrauen in die Problemlösungskapazität von Wissenschaft und in die Vertrauenswürdigkeit der beteiligten Wissenschaftler. Schließlich, amerikanische Wissenschaftsforschung befaßt sich damit, ob und wie bewegungspolitische Artikulationsformen und juristische Mechanismen längerfristig dazu führen können, neuen Interessen und Interessengruppen im Hinblick auf Mittelallokation und Prioritätensetzung in Forschung und Technologie größeres gesellschaftliches Gewicht zu verschaffen. Es würde lohnen, sich über diese Fragen auf einem nächsten Kolloquium Gedanken zu machen.

OTTO ULLRICH

Risiken und Gefahren verwissenschaftlichter Technologien – Überlegungen zur Technikbewertung

Otto Ullrich – Jg. 1938; Handwerker, Ingenieur und Soziologe, Dr. rer. pol.; Publikationen vor allem in den Themenbereichen Wissenschafts- und Technikkritik, Geschichte der Industriekultur, Kritik des Industrialismus, Energie und Verkehr, lebt als freier Publizist in Berlin.

Dieser Text ist ein leicht veränderter und ergänzter Abschnitt aus dem Aufsatz: »Technikfolgenabschätzung – ein Konzept zur politischen Gestaltung von Technik?« erschienen in: Raban Graf von Westphalen (Hg.): Technikfolgenabschätzung als politische Aufgabe, München, Wien 1997.

Überarbeitet Fassung eines Vortrags auf dem Workshop »Technikbewertung aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive« der Gesellschaftsanalyse und Politischen Bildung e.V. am 23.1.1998 in Berlin.

1 Vgl. Ullrich, Otto (1977): Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt/M., S. 465.

Die traditionelle Risikobetrachtung

Im Prozeß der Technikfolgenabschätzung und -bewertung spielt die Einschätzung von Risiken eine herausragende Rolle. Das vorherrschende Modell zur Einstufung von Risiken orientiert sich an alter Erfahrung im bisher möglichen Umgang mit »normalen« Techniken: Jede Technik hat ihre Chancen und Risiken. Durch Versuch und Irrtum könne man im Entwicklungsprozeß der Technik praktisch herausfinden, wie die Risiken zu begrenzen sind. Man lerne so im Umgang mit der Technik, ihre Chancen zu nutzen und ihre Risiken auf ein »vertretbares«, »verantwortbares« Maß zu beschränken. Selbstverständlich bliebe trotz aufwendigster Vorkehrungen bei jeder Technikanwendung ein »Restrisiko«. Dieses müsse jedoch akzeptiert werden als Preis des Fortschritts. Das Restrisiko wird gleichsam verrechnet mit den Vorteilen der Techniknutzung, und in einer Güterabwägung zwischen Nutzen und Restrisiko könne man feststellen, daß der jeweilige technische Fortschritt trotz größer gewordener Risiken sich immer noch lohne.

Die Verrechenbarkeit von Risiken mit den erzielbaren Gewinnen ist das zentrale Postulat der herrschenden Technikbewertung. Ein aus der Versicherungsmathematik stammendes Kalkül, das unterschiedliche Schadensgrößen mit Eintrittswahrscheinlichkeiten multipliziert und so zu einer einzigen Bewertungsziffer gelangt, wurde zur vereinheitlichenden Denkschablone, die alle Risiken quantitativ vergleichbar machte. Auf diese Weise wurden atomare Gefahren mit möglichen globalen Schadensgrößen heruntergerechnet zu verschwindend kleinen Risikokennziffern, die man dann mit Zigarettenrauchen und Autofahren verglich.

Diese Auffassung von Technik und technisch erzeugten Risiken ist durch den »Fortschritt« verwissenschaftlichter Technik selbst als überholt zu betrachten. Der wissenschaftlich geleitete Zugriff auf die Natur erzeugt qualitativ neuartige Gefährdungen, die prototypisch beim ersten Atombombentest 1945 vor Augen geführt wurden. Damals bot der beteiligte Physiker Fermi Wetten an, ob der bevorstehende Atomblitz nur den Himmel über New Mexico oder in einer ungebremsten Kettenreaktion die Atmosphäre über der ganzen Erde in Brand setzen werde. Nicht nur Fermi, auch andere Atomphysiker hielten damals einen »Brand« des ganzen Planeten für möglich, was sie nicht von ihrem Experiment abhielt.¹

Die qualitativ neuen Gefahren verwissenschaftlichter Technologien
Technisches Handeln von Menschen war immer mit Veränderungen in der Natur verbunden, aber praktisch bis zur Gegenwart war die Natur nie als Ganzes möglicher Gegenstand des Handelns, sie war nie »als Natur« durch die Menschen gefährdet. Durch den heute möglichen tiefen Eingriff in die Natur, durch den Zugriff auf die »Geheimschrift der Materie«, durch die Manipulation von Atomkern und Zellkern oder durch die chemische Synthese erd-fremder Substanzen und durch das massenhafte Freisetzen ökologisch unverträglicher Stoffe setzen Menschen zum ersten Mal die Überlebensbedingungen auf der gesamten Erde aufs Spiel.

Ein wesentlicher Grund für diese qualitativ neue Gefährdung liegt im eigentümlichen Charakter der modernen Naturwissenschaft beschlossen. Die vor rund dreihundert Jahren sich entfaltende mathematisch-experimentelle Naturwissenschaft sucht nach dem verborgenen göttlichen Gesetz hinter den Erscheinungen. Die gesuchten göttlichen Gesetze konnten nur mathematisch sein, denn die am wenigsten durch irdische Beimengungen verunreinigten »geistigen« Formen waren geometrische Figuren und die Welt der Zahlen. Gesucht wurde nach einfachen mathematisch beschreibbaren Gesetzmäßigkeiten. »Gefunden« wurden diese mathematischen Regelmäßigkeiten jedoch nicht auf der Erde, sondern am Himmel, im Lauf der Planeten. Die Kosmologie, die »Himmelsmechanik« erlangte für diesen neuen Typ von Wissenschaft eine nicht zu überschätzende paradigmatische Bedeutung.²

Um auf der Erde diese »himmlischen« Gesetzmäßigkeiten zu erhalten, mußten sie in der experimentellen Anordnung erst hergestellt werden. Dazu mußten alle störenden Einflüsse beseitigt werden, um nur den »reinen Fall« des gesuchten gesetzmäßigen Zusammenhangs vor Augen zu haben. Der experimentierende Naturwissenschaftler der mathematisch-experimentellen Naturwissenschaft »liest« also nicht im »Buch der Natur«, sondern er zerlegt (analysiert) die vorgefundene Vielfalt der Zusammenhänge in der Natur und fügt sie in einer manipulierbaren Anordnung wieder so zusammen (synthetisiert sie), daß sie dem vorgegebenen mathematischen Prinzip gehorchen. Naturwissenschaftliches Wissen ist also ein »machtförmiges Wissen« (C.F.v. Weizsäcker), das die Realität reduziert auf die abstrakten Dimensionen »Größe, Form, Menge und Bewegung« (Galilei) und alle sinnlichen Dimensionen, die ein lebendiges Wesen interessieren, als Störfaktoren ausschaltet.³

Im Laufe der Zeit dringt dieser analytisch-synthetische Zugriff auf die Natur immer tiefer in die Struktur der Materie ein. Vorgefundenes wird immer weiter zertrümmert und dann nach menschlichen Interessen, die immer weniger Erkenntnisinteressen, sondern Macht- und Profitinteressen sind, neu zusammengesetzt. Es entstehen dadurch neue synthetische Produkte, die es auf der Erde bislang nicht gab, die erdfremd sind, die am Evolutionsprozeß der Erde nicht teilgenommen haben. Es sind Stoffe wie von einem fremden Stern. In der Physik sind es die Transurane, in der Chemie die synthetischen Kohlenwasserstoffe und in der Gentechnik die transgenen, erdfremden Lebewesen.

Die synthetischen Produkte der hoch verwissenschaftlichten

2 Ausführlicher in Bulthaupt, Peter (1973): Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaft, Frankfurt/M. und Ullrich, Otto (1977): Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt/M.

3 Vgl. Greiff, Bodo von (1976): Gesellschaftsform und Erkenntnisform, Frankfurt/New York.

Technologien müssen nicht immer, aber sie können zu irreversiblen Schädigungen des irdischen Lebens führen. Das Problem ist, daß man dies oft nur sehr schwer herausfinden kann. Für das Beispiel synthetische Chemie schätzt der Toxikologe Otmar Wassermann: »Um die vergangenen ›hundert Jahre Chemie‹ hinsichtlich des Gefahrenpotentials aufzuarbeiten und das toxikologische Risiko zu erkennen, müßten wir jetzt – einen sofortigen Stopp der chemischen Produktion vorausgesetzt – etwa zweihundert Jahre Toxikologie anschließen.«

Das ist die Situation bei den meisten modernen, hoch verwissenschaftlichten Technologien: Ihre Wirkungsketten strahlen sehr weit in Raum und Zeit aus, aber das menschliche Folgewirkungswissen über sie bleibt weit dahinter zurück. Mit »Hochtechnologien« wird weiter geworfen, als wir sehen können. Durch sie entsteht ein dramatisches Auseinanderklaffen von »Herstellen-Können und Verantworten-Können« (Günter Anders).

Dieser neue Sachverhalt zwingt zu einer Korrektur des skizzierten alten Modells für die Bewertung von und den Umgang mit Techniken. Es gibt zwar immer noch eine großen Zahl von »normalen« technischen Entwicklungen, die nach dem Verfahren der Güterabwägung von Chancen und Risiken, nach der ingenieurmäßigen Prozedur über Versuch und Irrtum zur akzeptierbaren Reife gebracht werden können. Daneben existiert jedoch eine größer werdende Zahl von physikalischen, biologischen und chemischen Techniken, die einen grundsätzlich anderen Umgang notwendig machen. Wenn eine Technik irreversible Eingriffe in bislang ungeahnter räumlicher und zeitlicher Ausdehnung verursachen kann, die gegenwärtiges und zukünftiges Leben global bedrohen, dann ist ein experimenteller »Versuch« mit dieser Technik, ein Erproben und Weiterentwickeln unter keinen Bedingungen verantwortbar, weil der erste Versuch, wie beim Experiment »Zündung der Atombombe«, der letzte Irrtum sein könnte.

Auf den Grad der Wahrscheinlichkeit einer möglichen irreversiblen, räumlich und zeitlich nicht eingrenzbar Katastrophe kann es nicht ankommen. »Wenn ein Ereignis eintritt, dann ist es gleichgültig, wie wahrscheinlich es zu einem früheren Zeitpunkt war. Die Qualifikation eines Ereignisses als mehr oder weniger wahrscheinlich dient nur als Orientierung beim Eingehen eigener Risiken. Entscheidend dabei ist, daß derjenige, den Gewinn und Verlust betreffen, derselbe ist. Auch eine Gesellschaft kann konsensuell Risiken eingehen z.B. beim Autoverkehr, solange die vom Risiko Getroffenen prinzipiell dieselben sind wie die, die die Vorteile genießen. Das schließt nicht aus, daß dieses Risiko ungerechtfertigt und unvernünftig ist, wie dies beim heutigen Autoverkehr der Fall ist. Niemals aber kann es erlaubt sein, daß eine bekannte und feststehende Zahl von Menschen sich Vorteile verschafft auf Kosten des Risikos anderer Menschen, die überhaupt nicht gefragt werden. Das Wahrscheinlichkeitskalkül ist hier fehl am Platz. Niemand darf das Leben eines anderen verwetten, nur weil die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Wettausgangs sehr hoch ist.«⁴

Es gibt also Techniken, bei denen allein das mögliche Schadensmaß Beurteilungskriterium sein muß, das nicht verrechnet

4 Spaemann, Robert (1979): Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Scheidewege, Heft 9, S. 492.

werden kann mit Eintrittswahrscheinlichkeiten oder »Chancen« in Form von Verbesserungsvermutungen für irgendein Produktionsverfahren oder Produkt. Wir haben nicht das Recht, unsere augenblicklichen Wertschätzungen für Produktionssteigerungen »zum Maßstab dafür zu machen, was wir künftigen Generationen als natürliches Erbe hinterlassen. Da wir das Erbe nicht vermehren und nicht ergänzen können, können ja unsere Eingriffe in den Bereich des Lebens immer nur auf Herbeiführung eines status quo minus hinauslaufen. Darum ist es falsch, bei Entscheidungen dieser Art das Prinzip der Güterabwägung statt eines unbedingten Verbots einführen zu wollen.«⁵

Der erste Schritt zur verantwortbaren Technik: Die Unterscheidung von Risiko und Gefahr

Für den angemessenen Umgang mit dem neuen Typus von Technik ist die vor allem von Ulrich Beck in die Diskussion gebrachte Unterscheidung zwischen Risiko und Gefahr wichtig. In vorindustriellen Gesellschaften gab es Gefahren, denen Menschen schicksalhaft ausgeliefert waren. In Industriegesellschaften wurde versucht, Gefahren in kalkulierbare, begrenzbare und kompensierbare Risiken zu transformieren. Durch Vorsorge und Sicherheitsvorkehrungen sollten »Unglücke« seltener auftreten, und wenn sie doch geschehen, durch Einrichtungen der »vorsorgenden Nachsorge« (Beck) in ihren Schädwirkungen begrenzt und kompensierbar sein. Nach einer Dampfkesselexplosion oder einem Verkehrsunfall kann es Verletzte, Tote und Sachschäden geben. Aber Feuerwehr, Notarztwagen, Technischer Hilfsdienst, Polizei, Krankenhaus, Versicherungen, Rechtsanwälte und Gerichte »regeln« die Folgen dieses Unfalls. Sie mildern und beseitigen die Schäden, zahlen Entschädigungen, räumen den Unfallort, überführen also das Geschehen in ein »geordnetes Nachher«. Für einzelne Betroffene kann dies zwar Tod und Schmerz bedeuten, aber für die Gesellschaft ist es ein »normaler Betriebsunfall«, ein kalkulierbares und akzeptierbares Risiko. Nicht zuletzt gründet sich ja hierauf die Versicherungswirtschaft.

Diese Situation ändert sich grundlegend mit dem Auftreten wissenschaftlicher Technologien mit großer Eindringtiefe in die Struktur der Materie und den damit verbundenen qualitativ neuen Gefährdungen, die weit in den Raum und die Zeit ausstrahlen und über deren Wirkungen kein vorsorgendes Wissen vorhanden ist.

Vielen ist der Rückfall in die Gefahrengesellschaft durch »fortschrittliche« moderne Technik spätestens seit Tschernobyl klar geworden. Die Folgen dieses »Unfalls« sind weder örtlich und zeitlich noch sozial und im Ausmaß eingrenzbar. Die Opfer von Tschernobyl sind noch nicht einmal alle geboren. Alle vorhandenen Einrichtungen zur Schadensbewältigung von der Feuerwehr bis zu den Ärzten versagen fast vollkommen. Die Bevölkerung ist praktisch ohne staatlichen Schutz.

Durch bestimmte fortschrittliche Technologien werden also die Einrichtungen der vorsorgenden Nachsorge unterlaufen. Nach einem Unfall gibt es kein »geordnetes Nachher« mehr, sondern nur noch Chaos, Hilflosigkeit, Angst und Verzweiflung. Die Gesell-

5 Spaemann, Robert (1979): Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Scheidewege, Heft 9, S. 488.

6 Der Buchtitel von Ulrich Beck (»Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne«) ist also falsch, was auch Beck verspätet angemerkt hat – vgl. z.B. in Huber/Thurn (Hg.): »Wissenschaftsmilieus, Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte, S. 234. Das gängige Herumreichen des Schlagworts »Risikogesellschaft« aufgrund des unzutreffenden Buchtitels zeigt, daß das Buch entweder nicht gelesen wurde oder daß die neue Situation noch wenig begriffen worden ist.

7 Beck, Ulrich (1993): Fragen und Dimensionen sozialwissenschaftlicher Risikoanalyse, in: Huber/Thurn (Hg.) (1993): Wissenschaftsmilieus, Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte, Berlin, S. 224.

schaft, die gelernt hatte, mit Risiken kalkuliert zu leben, fällt mit diesen Techniken wieder zurück in die Hilflosigkeit gegenüber Gefahren. Aufgrund verwissenschaftlichter Technologien leben wir also in einer Gefahrengesellschaft und nicht mehr in einer Risikogesellschaft.⁶

Was ansteht, wäre eine Rückkehr zur Risikogesellschaft. Hierzu ist es erforderlich, zwischen Risiko und Gefahr, zwischen bloß riskanten Techniken und gefährvollen Techniken, zu unterscheiden. Ein mögliches Kriterium für diese Unterscheidung wäre die »Verweigerung des privatrechtlichen Versicherungsschutzes. Dieses Kriterium greift nicht nur gegenüber der Kernenergie, sondern auch gegenüber breiten Teilen der chemischen sowie der in der Entwicklung befindlichen gentechnischen Industrie.«⁷

Für »nichtnormale« Techniken, die irreversible Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlage einschließen, gibt es keine »Normalisierung unseres Umgangs«, wie etwa die Gentechnik-Enquete-Kommission für die Gentechnik vorschlägt. Diese Techniken sind nach keinem Nutzenkalkül und von keiner Institution verantwortlich. Der Begriff der Verantwortung ist im politischen Feld nicht nur durch die beschriebene Verantwortungsfiktion der politisch-formalen Verantwortungsnehmer sehr stark entleert worden. Wenn Politiker, die nicht sicher sein können, ob sie in vier Jahren noch irgendeinen Einfluß haben, behaupten, sie könnten Techniken verantworten, die gefährdende Wirkungen über Tausende von Generationen ausüben, dann hat der Begriff der Verantwortung jeden Sinn verloren. Politiker und andere »Entscheidungsträger« müßten angesichts der neuartigen Technikgefahren erkennen lernen, was sie nicht verantworten können, und das auch zum Maßstab ihres Handelns machen.

Vielleicht fällt die Einsicht, daß es eine Gruppe von Techniken gibt, die unter keinen Umständen verantwortlich sind und darum nur verboten werden können, vielen so schwer, weil gesehen oder geahnt wird, daß dies Folgen auch für bislang als vertretbar eingestufte Techniken, Produktionsverfahren und Konsumgewohnheiten hätte. Globale Vergiftungen, die Zerstörung des UV-Schutzschildes der Erde, Klimakatastrophen durch CO₂-Erhöhungen sind eben nicht nur bei Groß- und Hochtechnologien, sondern auch durch das Mengenproblem der Herstellungskultur gegeben, durch millionenfache scheinbar unverzichtbare industrielle Konsumgewohnheiten, Bequemlichkeitsstandards, Arbeitsplätze und Profitchancen. Alte Techniken der fossilgetriebenen Maschinerie mit geringer Eingriffstiefe können durch die Quantität einen qualitativen Umschlag erfahren. Ehemals nur riskante Techniken können sich so zu gefahrenerzeugenden wandeln. Der Automobilismus etwa, das massenhafte Herumkurven mit einer industriellen Sauriertechnik, ist für den einzelnen rücksichtslosen Nutzer nur riskant, als Massenerscheinung jedoch eine tödliche Gefahr für das Leben auf der Erde.

Die Erkenntnis, daß es Techniken gibt, die nicht nach dem bisher üblichen Verfahren der Chancen-Nutzung und der Risiken-Begrenzung handhabbar sind, hat für das Technikfolgenabschätzungs-Konzept als Instrument der Politikberatung wichtige Konsequenzen. In der Technikfolgenabschätzungs-Debatte wird von Skepti-

kern seit Jahren vorgetragen, daß eine Folgenabschätzung mit hinreichender Genauigkeit gar nicht möglich sei, weil das Wirkungsfeld von Techniken viel zu komplex und die Prognosefähigkeiten zu gering seien. Die Schwierigkeit der Vorhersehbarkeit von erwünschten und unerwünschten Technikfolgen wird dann als Aufforderung zum politischen Gestaltungsverzicht von Technik umgemünzt. Bei Techniken mit irreversiblen Gefährdungspotential für die natürlichen Lebensgrundlagen ergibt sich aufgrund der extrem asymmetrischen Relation zwischen Chancen und Gefahren eine einfachere Entscheidungssituation. Man kann hier wissen, was man nicht tun darf.

Für die Gewinnung eines neuen technologiepolitischen Konsenses lassen sich zwei Bedingungen angeben für eine mögliche neue Grundlage des Vertrauens zwischen Bürgern, Politikern und technikerzeugenden Wissenschaftlern. Bei gefahrerzeugenden Techniken muß eine neue Beweislastverteilung erfolgen. Nicht die Gefährlichkeit, sondern die Ungefährlichkeit muß glaubhaft gemacht werden. Als institutionelles Verfahren hierfür bietet sich an, kritische Einzelstimmen aus der Wissenschaftsgemeinde nicht auszuzugrenzen. »Der Laie hat das Recht, der Überzeugungskraft eines Arguments so lange zu mißtrauen, wie eine durch Qualifikation oder Zahl nennenswerte Minderheit von Fachleuten durch das Argument nicht überzeugt wurde.«⁸

8 Spaemann, Robert (1979): Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Scheidewege, Heft 9, S. 496.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
 Beck, Ulrich (1993): Fragen und Dimensionen sozialwissenschaftlicher Risikoanalyse, in: Huber/Thurn (Hg.) (1993): Wissenschaftsmilieus, Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte, Berlin.
 Bulthaup, Peter (1973): Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaft, Frankfurt/M.
 Greiff, Bodo von (1976): Gesellschaftsform und Erkenntnisform, Frankfurt/New York.
 Huber, Joseph/ Georg Thurn (Hg.) (1993): Wissenschaftsmilieus, Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte, Berlin.
 Spaemann, Robert (1979): Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Scheidewege, Heft 9.
 Ullrich, Otto (1977): Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt/M.

KLAUS STEINITZ

Nachhaltigkeit und Anforderungen an eine alternative linke Politik

Nachhaltigkeit ist heute leider ein Modebegriff geworden, der ohne Zögern von Politikern aller Couleur verwendet wird. Jedoch wird kaum ernsthaft über die hiermit verbundenen Konsequenzen nachgedacht. Noch weniger werden daraus Schlußfolgerungen für die notwendige Veränderung politischer Konzepte gezogen.

Linke Politik, und darunter natürlich auch PDS-Politik, ist herausgefordert, sich eindeutig zur Notwendigkeit einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung zu bekennen. Nachhaltigkeit hat real nur Chancen, wenn es gelingt, die Hegemonie des Profitprinzips, des Neoliberalismus und den Einfluß der gegenwärtig dominierenden ökonomischen Machtstrukturen der Banken und Konzerne einzuschränken. So gesehen enthält ein ernsthaftes, auf Umsteuern gerichtetes Nachhaltigkeitskonzept von vornherein auch Elemente einer sozialistischen Politik. Eine wichtige, bisher nur in Ansätzen gelöste Aufgabe der PDS als Teil der Linken ist es, die *Erfordernisse der Nachhaltigkeit in alternative, linke, sozialistische Politikkonzepte zu integrieren*, unter diesem Aspekt die wechselseitigen Verflechtungen der verschiedenen Politikfelder neu zu bestimmen. Damit könnte auch das eigene Profil deutlicher werden.

Meines Erachtens kommt es im Rahmen einer alternativen sozialistischen Politik bzw. eines reformpolitischen Konzepts der PDS vor allem auf folgende Zusammenhänge an:

1. *Nachhaltigkeit* darf nicht in erster Linie als eine natürlich-ökologische und technologische Kategorie angesehen werden, die bestimmten quantitativen und zeitlichen Erfordernissen Rechnung trägt, wie sie in den bekannten Nachhaltigkeitskriterien der zulässigen Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt beschrieben werden. Sie ist mehr als Erhaltung der natürlichen Umwelt. Sie muß vielmehr in erster Linie als eine *gesellschaftliche, soziale Kategorie und Herausforderung aufgefaßt werden, um menschliche Emanzipation und ein menschenwürdiges Leben* für alle Bewohner dieser Erde dauerhaft zu erreichen und zu sichern. Dies setzt die Verknüpfung ökologischer Kriterien mit sozialen Erfordernissen, kulturell-ethischen Wertvorstellungen, einer Umgestaltung der Beziehungen zwischen Nord und Süd sowie insgesamt mit einer effizienten, zukunftsfähigen Ökonomie voraus.

Bei der Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise kommt den *widerspruchsvollen Beziehungen von ökologischer Nachhaltigkeit und Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für eine Vollbeschäftigung neuer Art eine Schlüsselrolle* zu. Die ab-

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Überarbeitet Fassung eines Vortrags auf dem Workshop »Technikbewertung aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive« der Gesellschaftsanalyse und Politischen Bildung e.V. am 23.1.1998 in Berlin.

strakte Diskussion darüber, ob der Ökologie oder der Erwerbsarbeit das Primat zukommt, ist wenig konstruktiv und hilft weder bei der Lösung der akuten Probleme der Umwelt noch der Beschäftigung. Zukunftsfähig wird ein Konzept nur dann sein, wenn langfristig beiden Erfordernissen Rechnung getragen wird. Es führt in die Sackgasse, wenn versucht wird, das eine Problem auf Kosten des anderen zu lösen.

Die Erfahrung darf nicht vergessen oder in den Hintergrund gedrängt werden, daß zugespitzte soziale Verhältnisse, vor allem die Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern sowie Armut und Hunger in Ländern der »Dritten Welt«, Schritten zu einer ökologischen Wende entgegenstehen. Sie verringern die Bereitschaft der Menschen, sich für umweltpolitische Erfordernisse einzusetzen, ihre Offenheit für ökologische Veränderungen, die ihr Leben nicht nur positiv tangieren. In diesem Sinne *bedeutet Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen soziales Elend zugleich, die sozialen Bedingungen für notwendige umweltpolitische Veränderungen zu verbessern*, die Aufgeschlossenheit der Menschen gegenüber solchen Problemen und ihr aktives Interesse daran zu stimulieren. Linke Alternativen müssen vor allem danach beurteilt werden, wie es gelingt, ökologische Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung neuer Art, soziale Gerechtigkeit und Verbesserung der Lebensqualität miteinander zu verbinden. Daher ist auch eine *sozial-ökologische Wende* die zentrale Frage eines reformpolitischen Konzepts der PDS.

Dieser Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Erfordernissen muß sich in jedem einzelnen Projekt widerspiegeln. Z.B. wird bei den Vorschlägen der PDS zur Einführung von Öko-Steuern angestrebt, auch deren mögliche Beschäftigungseffekte zu berücksichtigen und positiv zu beeinflussen, und sie als Instrumente einer sozialen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu nutzen. So wird im Unterschied zur SPD vorgeschlagen, Energiesteuern und höhere Mineralölsteuern nicht aufkommensneutral zu erheben, sondern die Mehreinnahmen des Staates sowohl für einen sozialen Lastenausgleich als auch zur Finanzierung von Aufgaben des ökologischen Umbaus einzusetzen, wobei beschäftigungsfördernden Effekten eine besondere Bedeutung zukommt. Eine höhere Mineralölsteuer soll nicht nur den Druck zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene verstärken. Die höheren Einnahmen sollen auch dazu verwendet werden, attraktive öffentliche Verkehrssysteme zu erhalten und zu entwickeln sowie sozial verträgliche Verkehrstarife einzuführen.

2. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mit allen dazu gehörenden Veränderungen und Einschnitten in den Wirtschaftsstrukturen, den Arbeitsbedingungen sowie der Lebens- und Konsumtionsweise, *kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie erreicht werden*. Die *Demokratisierung der Umweltpolitik* ist ein unverzichtbares Element des Nachhaltigkeitskonzepts einer sozialistischen Partei. Hierzu gehören Information und Aufklärung über alle jeweils relevanten Probleme und Zusammenhänge einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich Ergebnisse der Technikfolgeschätzung. Diese sollten nicht in erster Linie für eine nachträgliche Warnung oder für das Konstatieren von Fehlentwicklungen, sondern als Mit-

tel für vorausschauende Gestaltung der Technikentwicklung genutzt werden. Dies verlangt auch, breitere Möglichkeiten für den öffentlichen Diskurs über Wege und speziell über vorhandene Alternativen nachhaltiger Entwicklung sowie die Verbesserung und Erweiterung der Bedingungen für eine demokratische Einflußnahme aller Betroffenen und ihrer Organisationen, darunter speziell von Umweltorganisationen, auf umweltpolitische Entscheidungen oder besser, auf alle Entscheidungen, die die Umwelt tangieren.

3. Der *Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung*, der einen grundlegenden Wandel traditioneller wirtschaftlicher Abläufe und den Bruch mit der bisherigen Wachstumsorientierung verlangt, ist *auf der Grundlage des Neoliberalismus nicht machbar*. Er setzt entgegen den gegenwärtig dominierenden neoliberalen Deregulierungstendenzen eine *neue Qualität sozialer und ökologischer Regulierung*, der Verbindung marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Regulierung voraus. Er verlangt im Gegensatz zu rein betriebswirtschaftlichen Kosten- und Gewinnkriterien volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bewertungs- und Entscheidungskriterien. Die Durchsetzung der aus der Nachhaltigkeit abgeleiteten Konsequenzen widerspricht kurzfristigen Profitinteressen. Die ökonomischen Macht- und darauf beruhenden ökonomischen Interessenstrukturen haben bisher die notwendigen Schritte zur Nachhaltigkeit verhindert. Die ökonomisch mächtigen Finanzinstitutionen und transnationalen Konzerne werden auch in Zukunft ihren Einfluß gegen die Umweltpolitik einsetzen. Ein linkes Nachhaltigkeitskonzept ist daher auf das engste mit der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und dem Kampf um die Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne verbunden.

4. Die gegenwärtige *neoliberal dominierte Globalisierung*, die im Gegensatz zu den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschen nur darauf gerichtet ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern und den veränderten Bedingungen anzupassen, *widerspricht der Lösung der globalen Menschheitsprobleme*, einschließlich der globalen Umweltprobleme. Sie untergräbt ebenso wie den Sozialstaat und die Demokratie auch den Umweltschutz. Daher verlangt eine linke Nachhaltigkeitstrategie auch ein Konzept zur Eindämmung dieser neoliberalen Globalisierung, u.a. durch:

- eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft, jedoch nicht als Gegensatz zu einer sinnvollen internationalen Arbeitsteilung zum Vorteil aller daran Beteiligten;
- eine Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte;
- die Berücksichtigung der stärkeren internationalen Vernetzung wirtschaftlicher und ökologischer Prozesse in den Regionen und Ländern sowie auf internationaler bzw. globaler Ebene;
- gemeinsame, länderübergreifende wissenschaftlich-technische Kooperation, um wirksamer zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit beizutragen;
- eine stärkere internationale Zusammenarbeit der Gegenkräfte des Kapitals und seiner internationalen Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation wie Gewerkschaften, Umweltorganisationen, linke Parteien. Sie müßte

auch darauf gerichtet werden, solche international wirksamen und durchsetzbaren Konzepte der Wirtschafts- und Finanzpolitik auszuarbeiten und öffentlich zu diskutieren, die zugleich Umwelt- und Entwicklungserfordernisse der »Dritten Welt« berücksichtigen.

Eine Schlüsselfrage im Kampf gegen die dominierende neoliberale Globalisierung ist die Durchsetzung des gleichen Rechts aller Menschen der Erde auf die Inanspruchnahme des Umweltraumes, der Umweltressourcen. Das verlangt eine grundlegende Umgestaltung der bisherigen Verteilungsstrukturen der natürlichen Ressourcen zwischen »Nord« und »Süd« und der Umweltbelastung durch Produktionsabfälle und Schadstoffe. In linke Nachhaltigkeitskonzepte müssen daher auch Vorschläge integriert werden, wie die Interessen der Völker der »Dritten Welt« wirksamer artikuliert und berücksichtigt werden können.

5. In linken Politikvorstellungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nehmen *Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovationen einen unverzichtbaren Platz* ein. Der Übergang zur Nachhaltigkeit ist nicht möglich ohne wissenschaftliche Kenntnisszuwächse, nicht ohne umfassende Nutzung der Potentiale von Wissenschaft und Technik. Ebenso sollte jedoch auch beachtet werden, daß Nachhaltigkeit nicht allein und auch nicht vorwiegend durch Wissenschaft und Technik zu erreichen ist, ja daß eine unkontrollierte wissenschaftlich-technische Entwicklung einer zukunftsfähigen Entwicklung mehr schaden als nutzen wird.

Die PDS geht davon aus, daß Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit einen *Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Technikentwicklung verlangen*. *Einerseits*: Übergang von einem vorwiegend arbeitsparenden zu einem vorwiegend auf Einsparung von Rohstoffen, Energie und anderen Umweltressourcen gerichteten neuen Typ der Wirtschafts-, Effektivitäts- und Technikentwicklung. Diese Gewichtsverschiebung von der Einsparung lebendiger Arbeit, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, auf die Einsparung der in Material und Energie vergegenständlichten Arbeit, die Erhöhung der Ressourcenproduktivität, steht heute auf der Tagesordnung. Sie darf jedoch nicht so interpretiert werden, daß eine hohe Arbeitsproduktivität bedeutungslos wird. *Andererseits*: Herausbildung einer anderen Art der Effektivitätssteigerung, die nicht mehr in erster Linie auf der Erhöhung des Einsatzes von materiellen Ressourcen und quantitativem Wachstum, sondern mehr auf Vermeiden, Einsparen und strukturellen Veränderungen zugunsten von Dienstleistungen beruht, die wenig materielle Ressourcen verbrauchen bzw. geringe Umweltbelastungen hervorrufen. Ein tragendes Element dieser Strategie sind auch die Bemühungen um eine Bedeutungsverlagerung von der bisher vorwiegend nachträglichen Beseitigung bzw. Verringerung von Umweltschäden (Nachsorge) hin zu einer *vorsorgenden* Vermeidung nachteiliger Umweltwirkungen.

PETER DÖGE

Technik als sozialer Prozeß

Spätestens seit Beginn der siebziger Jahre wird in den westeuropäischen Industriestaaten eine Debatte über die »Grenzen des Wachstums« und über eine umwelt- und -sozialverträgliche Umgestaltung der vorherrschenden Produktions- und Konsumweise geführt, die nach der Rio-Konferenz im Jahr 1992 unter dem Begriff »nachhaltige Entwicklung« noch intensiviert wurde. Trotzdem ist eine grundlegende Umorientierung der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik bisher nicht festzustellen. Prioritär gefördert werden noch immer Groß- und Risikotechnologien, sozial-ökologische Ansätze sind eher nachrangig. Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik orientiert sich noch immer auf Wachstum und Wettbewerb – Schonung der natürlichen Ressourcen und soziale Gerechtigkeit sind Residualkategorien (Döge/Fenner 1997). Vor diesem Hintergrund wird ein Umbau der staatlichen Politik im Bereich Forschungs- und Technologieförderung immer dringlicher. Mögliche Ansatzpunkte hierzu werden im folgenden umrissen, wobei insbesondere auf den Stellenwert von Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung im Rahmen einer Ziel nachhaltiger Entwicklung ausgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik eingegangen werden soll.

Peter Döge – Dr. rer. pol., Diplom-Politologe, Tätigkeiten unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und als Referent im Präsidialamt der Freien Universität Berlin, Gründer und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Instituts für anwendungsorientierter Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ), Arbeitsschwerpunkte: Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik, Nachhaltigkeit, eigenständige Regionalentwicklung, Politik und Geschlecht, Mitherausgeber des Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995.

* Überarbeitetet Fassung eines Vortrags auf dem Workshop »Technikbewertung aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive« der Gesellschaftsanalyse und Politischen Bildung e.V. am 23.1.1998 in Berlin.

Leitlinien nachhaltiger Innovationspolitik

Aus der bisherigen Debatte um eine umwelt- und sozialverträgliche Gestaltung von Technik und technischem Fortschritt, die wesentlich von den Auseinandersetzungen um die Nutzung der Kernenergie und von der sich in diesem Zusammenhang entwickelnden Technikkritik vorangetrieben wurde (vgl. Döge 1994), ergeben sich meines Erachtens folgende Leitlinien für eine nachhaltige Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE):

Technik als sozialer Prozeß – der technische Fortschritt ist bekanntlich keineswegs ein eigendynamischer, quasi außergesellschaftlicher Prozeß, sondern in seiner Richtung und materiellen Ausgestaltung gesellschaftlich bestimmt. »Technologien sind das Ergebnis einer Reihe spezifischer Entscheidungen, die von einer bestimmten Gruppe von Menschen an bestimmten Orten zu bestimmten Zeitpunkten zu ihren eigenen Zwecken getroffen werden. Daher tragen Technologien die Spuren dieser Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem sie entwickelt wurden« (Wajcman 1994: 40f.).

Die sich daraus prinzipiell ergebende Möglichkeit zur Gestaltung umwelt- und sozialverträglicher Technologien erfordert im Kontext einer nachhaltigen FuE-Förderung an erster Stelle die Entwicklung eines adäquaten Kriterienkatalogs, der zugleich den Rahmen einer integralen Technikbewertung bilden sollte. Vor dem Hintergrund, daß der Prozeß der Technikentwicklung heute weitgehend von wirtschaftlichen Interessen bestimmt und vor allem überwiegend männlich dominiert ist, ergibt sich zusätzlich die Notwendigkeit der generellen Öffnung aller technikentwickelnden Institutionen.

Das Primat sozialer Innovation – nachhaltige Entwicklung impliziert im Sinne einer »Strategie der strukturellen Ökologisierung« einen grundlegenden Umbau wesentlicher zur Umweltzerstörung beitragender sozio-ökonomischer Strukturen. Nachhaltige Entwicklung ist daher kein vordergründig technologisches Konzept (vgl.z.B. Enquete-Kommission 1994). In diesem Zusammenhang sollte eine nachhaltige Forschungsförderung die männliche Prägung des Technikbegriffs überwinden und von einem Innovationsbegriff ausgehen, der die Priorität sozialer Innovationen betont: »Soziale Innovationen sind neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden« (Zapf 1989: 177; Hervorhebung – PD).

Im Gegensatz dazu versuchen konventionelle Strategien beispielsweise im Problembereich des motorisierten Individualverkehrs, der heute zu den größten CO₂-Emittenten zählt, vor allem über Entwicklung und Anwendung neuer technologischer Artefakte, wie beispielsweise Verkehrsleitsysteme sowie emissionsarmer Verbrennungsmotoren, eine weitere Optimierung des Verkehrsflusses bei einer Reduktion der Schadstoffemissionen zu erzielen. Damit werden jedoch die sozial negativen Effekte der Auto-gemäßen Zurichtung des Raums keineswegs vermindert, hinsichtlich der Emissionen können langfristig Kompensationseffekte auftreten (Grießhammer 1996). Demgegenüber müßte eine auf Nachhaltigkeit orientierte FuE-Förderung – über eine Umverteilung der FuE-Mittel zugunsten des Bereiches der Stadt- und Raumplanung – auf die Entwickeln von Modellen und Ansätzen zielen, die der Tendenz zur funktionalen Entmischung der Bereiche Leben, Arbeit und Freizeit entgegen wirken. Es geht darum, eine Vermeidung von Verkehrsströmen und eine Verringerung von Mobilitätszwängen überhaupt zu erreichen (Spitzner 1994). Natürlich würde auch unter derartige Bedingungen die Entwicklung von Technologien gefördert werden (z.B. bei Straßenbahnen), das Schwergewicht der Fördermaßnahmen läge jedoch im sozial-strukturellen Bereich.

Neben dem Verkehrsbereich nehmen soziale Innovationen eine Schlüsselstellung insbesondere in den Feldern Energieeinsparung, Ernährung und Gesundheit ein, wodurch nicht zuletzt auch die Debatte um die vermeintliche Notwendigkeit gentechnologischer Verfahren eine neue Richtung erhält. Für eine nachhaltige Forschungs- und Technologiepolitik bedeutet das Primat der sozialen

Innovation insgesamt die Aufgabe der Technology-push-Konzeption zugunsten einer *bedarfs- und feldorientierten Ausrichtung* der FuE-Förderung.

Nachhaltigkeit als politische Ökologie – trotz der mittlerweile breiten Debatte um »Nachhaltige Entwicklung« existiert bis heute keine eindeutige und allgemein anerkannte Definition des Begriffs. Es besteht vielmehr die Gefahr der »gruppenspezifisch differierenden Instrumentalisierung des Begriffs« (Kopfmüller 1993: 6). »Nachhaltige Entwicklung« stellt demnach ein normatives Konzept dar, bei dem es im weiteren um die Klärung der Gewichtung zentraler ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte sowie um den Stellenwert technologischer Innovationen geht (Dietz/v.d. Straaten 1992).

Aus diesem Grund können nachhaltige Politikstrategien eigentlich nicht ausschließlich mit scheinbar »objektiven« Reduktions-szenarien begründet und von einem »ökologischen Reduktionsimperativ« (Loske 1994) abgeleitet werden. Bei einem solchen Herangehen bleibt unberücksichtigt, daß der »Wert« natürlicher Ressourcen ebenso wie der Ressourcen- und der Umweltbegriff überhaupt für verschiedenen soziale Gruppen völlig unterschiedlich ist. Nachhaltigkeit ist von daher nicht nur eine Frage der Nutzung und Verteilung von natürlichen Ressourcen, sondern vor allem eine Frage der Gestaltung eines lebenswerten und somit qualitativ bestimmten Naturraums. Es ist folglich von Bedeutung, wer die Gestaltung des Umweltraums bestimmt und nach wessen Interessen dieser definiert und vor allem geformt wird.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß eine Bestimmung der Kriterien für die Nachhaltigkeit von Technologien – wie etwa Ressourceneffizienz, Energieeffizienz oder Eingriffstiefe – keinesfalls a priori nur naturwissenschaftlich kann, sondern eigentlich in einem breiten Prozeß gesellschaftlicher Diskussion erfolgen muß. *Interdisziplinarität* und *Partizipationsorientierung* sind also zentrale Strukturelemente einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten FuE-Förderung.

Strukturelemente einer sozial und ökologisch ausgerichteten FuE-Förderung

Aus der bisherigen Debatte um eine nachhaltige Forschungs-, Technologie- bzw. Entwicklungspolitik, insbesondere aber auch aus der Technikdebatte in den neuen sozialen Bewegungen – Umwelt-, Energie- und Frauenbewegung – lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt im wesentlichen folgende Strukturmerkmale für eine sozial und ökologisch ausgerichtete Forschungs- und Technologiepolitik ableiten (vgl. auch Döge/Fenner 1995; Döge/Fenner 1996):

Querschnittsorientierung – Die Förderung technologischer Innovationen, die dem Ziel dienen, Stoff- und Energieströme zu reduzieren, sollte die *übergeordnete Orientierung* einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik darstellen. Eine bloße stärkere Konzentration der Förderung auf den Bereich der Umweltforschung und auf die Entwicklung von sogenannten Umwelttechnologien, insbesondere von sogenannten integrierten

Umwelttechnologien wäre dafür nicht ausreichend. Vielmehr müßten die allgemein formulierten Kriterienen zukunftsfähiger Technologien – wie beispielsweise Ressourceneffizienz, Energieeffizienz, Langlebigkeit und Reparierbarkeit sowie Demokratie- und Sozialverträglichkeit – *für alle zu fördernden technologischen Artefakte und Systeme* gelten.

Bedarfsfeldorientierung – Umwelt- und sozialverträgliche Produktions- und Konsummuster können nicht ausschließlich durch natur- und ingenieurwissenschaftlichen Ansätzen etabliert werden. Eine zukunftsfähige Forschungs- und Technologiepolitik müßte in diesem Sinne *die Förderung sozio-technologischer Innovationen* verstärken, die sich entlang konkreter Bedarfsfelder (wie z.B. Mobilität, Ernährung, Wohnen) entfalten und die eine intensivere Integration der Geistes- und Sozialwissenschaften implizieren. Diese Herangehensweise schließt die Förderung von Technologien um ihrer selbst willen – etwa einer bestimmten Vision technischen Fortschritts folgend – aus und konzentriert sich statt dessen auf die Genese umfassender, die Entwicklung adäquater technologischer Artefakte und Systeme mit einschließende Lösungsansätze.

Partizipative Orientierung – Problem- und Querschnittsorientierung schließen zwingend ein partizipatives Element einer sozial und ökologisch ausgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik ein. In diesem Sinne sollte sowohl bei der Identifikation relevanter Problemfelder, beim Entwurf von Lösungsansätzen als auch insbesondere bei der Präzisierung von Förderkriterien für nachhaltige Technologien eine *Dominanz bestimmter gesellschaftlicher Akteure und Interessen vermieden werden*. Nur so kann sowohl Einseitigkeit – etwa eine männlich oder ökonomisch zentrierte Verzerrung – bei der Problembeschreibung ausgeschlossen als auch der sich anschließende Auswahlprozeß mit größerer Legitimität versehen werden, womit nachträgliche Strategien der Akzeptanzerzeugung überflüssig werden könnten.

Technikbewertung im Rahmen einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik

Aus den oben dargestellten Leitlinien und Strukturelementen einer am Ziel nachhaltiger Entwicklung ausgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik ergeben sich folgende Anforderung an Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung:

Erstens muß Technikfolgenabschätzung als integrales Moment in die gesamte Technologieförderung eingebettet werden. Die gängige Praxis, Technikfolgenabschätzung – wie in der aktuellen FuE-Förderung auf Bundesebene üblich – quasi als nachgeordnete Klärungsstelle anzulegen, ist verfehlt. Die Bewertung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen müßte vielmehr bei jedem zu fördernden Artefakt ansetzen und somit einen integralen Bestandteil eines jeden Förderprogrammes darstellen (vgl. auch Hirtz/Huber 1991).

Zweitens sollte Technikbewertung generell als probleminduzierte Technikfolgenabschätzung angelegt sein. Nicht die Bewertung einer einzelnen Technologie (technikinduzierte Technikfolgenab-

schätzung) sollte im Vordergrund einer Technikbewertung im Rahmen einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik stehen. Bedarfsfeldorientierung der Forschungsförderung stellt vielmehr die Frage, welche Technologien – im umfassenden Sinne, also unter Einschluß sozialer Innovationen – für die Lösung jeweils konkreter Probleme unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten der Vorrang zu geben ist.

Drittens muß Technikbewertung im Rahmen einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik interdisziplinär angelegt sein. Da Nachhaltigkeit nicht ausschließlich naturwissenschaftlich bestimmt werden kann und neben ökologischen auch soziale Aspekte mit einschließt, kann die Bewertung von Technologien hinsichtlich ihres Beitrags zur Nachhaltigkeit von Entwicklung nur aus unterschiedlichen Perspektiven, im interdisziplinären Zusammenwirken von Natur- und Ingenieurwissenschaften auf der einen Seite und Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite erfolgen.

Viertens muß Technikbewertung als partizipative Technikfolgenabschätzung angelegt sein. In die Bewertung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen von Technologien dürfen nicht nur die (Wert-)Maßstäbe einiger weniger einfließen. Die Bewertung der Folgen von Technologien – das heißt implizit auch die Beschreibung der zukünftigen Produktions- und Konsumweise – ist vielmehr Angelegenheit von allen Betroffenen und nicht nur von einigen wenigen – meist männlichen – Vertretern aus der Wirtschaft, der konventionellen Wissenschaft und der Politik (vgl. auch Gill 1994).

Ziel einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik müßte generell die Initiierung eines breiten forschungspolitischen Diskurses sein, der sich nicht nur auf Fragen der Standortsicherung beschränkt, sondern grundsätzliche Aspekte eines nachhaltigen Fortschritts- und Wohlstandsmodells politikbegleitend erörtert. In diesem Sinne kann eine nachhaltige Forschungs- und Technologiepolitik nur reflexiv angelegt sein.

Literatur

- Ahrweiler, Georg, Döge, Peter und Rilling, Rainer (Hg.) (1994): Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995. Gestaltung statt Standortverwaltung, Marburg.
- Dietz, Frank J., van der Straaten, Jan (1992): Sustainable Development and the Necessary Integration of Ecological Insights into Economic Theory, in: F. J. Dietz, U. E. Simonis, J. v. d. Straaten (Eds.): Sustainability and Environmental Policy. Restraints and Advances, Berlin, S. 21-54.
- Döge, Peter (1994): GRÜNE Perspektiven sozial-ökologischer Technikgestaltung – welchen Beitrag leistet Technikfolgenabschätzung?, in: Brigitte Fenner (Hg.): Technikfolgenabschätzung heute – Akzeptanzsteuerung oder Technikgestaltung? Standortbestimmung GRÜNER Forschungs- und Technologiepolitik, Marburg, S. 11-26.
- Döge, Peter (1996): Grenzen des Wachstums erkannt? Ökologische Krise und Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wechselwirkung, Nr. 82/1996, S. 60 - 63.
- Döge, Peter, Fenner, Brigitte (1995): Ansatzpunkte zu einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik in Brandenburg, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V., Berlin, Studie 06-95.
- Döge, Peter, Fenner, Brigitte (1996): Wider die homöopathischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Wie kann die bundesdeutsche Forschungs- und Technologieförderung sozial-ökologisch umgestaltet werden? In: Politische Ökologie, Heft 47/1996, S. 79 - 81.
- Döge, Peter, Fenner, Brigitte (1997): Auf dem Weg zu einer sozial und ökologisch angelegten Zukunftswerkstatt? Eine kritische Evaluation der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik in den 90er Jahren unter besonderer Berücksichtigung des Bundesbereichs Forschung 1996, Schriften des IALZ, Bd. 1, Berlin.

- Enquete-Kommission (1994): Bericht der Enquête-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft: Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bundestags-Drucksache 12/8260, Bonn.
- Gill, Bernhard (1994): Wissenschafts- und Technikfolgenforschung kritische wenden! In: G. Ahrweiler, P. Döge, R. Rilling (Hg.): Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995: Gestaltung statt Standortverwaltung. Für eine sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik, Marburg, S. 396-408.
- Grießhammer, Rainer (1996): Mehr virtuell als reell. Die Rolle der Telekommunikation für eine nachhaltige Entwicklung, in: Politische Ökologie, Heft 49, S. 51-54.
- Hirtz, Winfried, Huber, Werner et al. (1991): Umweltvorsorgeprüfung bei Forschungsvorhaben, In: ZfU, Heft 2, S. 179-195.
- Kopfmüller, Jürgen (1993): Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung – »Sustainable Development«. Eine kritische Betrachtung, in: WECHSELWIRKUNG, Nr. 61, Juni, S. 4-8.
- Loske, Reinhard (1994): Die Suche nach dem rechten Maß. Orientierungspunkte für ein zukunftsfähiges Deutschland. In: POLITISCHE ÖKOLOGIE, Heft 39, S. 14-21.
- Spitzner, Meike (1994): Strukturelle Verkehrsvermeidung – Reduzierung von Verkehrserzeugung. Analyse der Verkehrsplanung und Handlungsfelder einer ökologischen Verkehrswende aus der Perspektive feministischer Verkehrsforschung, in: J. Buchen et al. (Hg): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral: Feministische Perspektiven, Bielefeld, S. 202-234.
- Wajcman, Judy (1994): Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte, Frankfurt/M.
- Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen, in: Soziale Welt, Heft 1/2, S. 170-183.

JOCHEN WEICHOLD

Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung

Dem Problemkreis, wie technische Entwicklungen aussehen sollen, die der Umweltzerstörung entgegenwirken, dabei ökonomische Kriterien erfüllen und zugleich zur Lösung der sozialen Frage und zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, war ein zweitägiger Workshop gewidmet, der Ende Januar 1998 in Berlin gemeinsam von der Bundestagsgruppe der PDS, der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, der Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., dem Brandenburger Verein für Politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V., der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und dem »ELbe-SAale« e.V. – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt veranstaltet wurde. Unter dem Thema »Technikbewertung aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive – Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung« wandten sich die Teilnehmer des Workshops einer grundsätzlichen Klärung des aktuellen politischen Stellenwertes von Technikbewertung und Technikfolgenabschätzung zu, bemühten sie sich um die Entwicklung von Ansatzpunkten einer angemessenen inhaltlichen und institutionellen Ausgestaltung von Technikbewertungsprozessen und versuchten, die Umsetzbarkeit einer ökologisch und sozial orientierten Forschungspolitik im Rahmen einer sozialistischen Reformalternative zu klären.

Recht schnell offenbarte der Workshop, welche gedanklichen Welten zwischen den technikkritischen Ansichten insbesondere der Vertreter des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ) und den fortschrittsoptimistischen, ja fortschrittsgläubigen Positionen der Mehrheit der PDS-nahen Techniker und Wissenschaftler liegen, die ihre politische Sozialisation in der DDR erfahren haben und den Diskurs, der in der politischen Linken in den letzten Jahrzehnten in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten zu dieser Frage geführt wurde, bisher kaum nachvollzogen haben. Am prägnantesten äußert sich dies in einer unkritischen Position vor allem einer Reihe Atomphysiker zur Nutzung der Kernenergie, obwohl die Havarien von Harrisburg in den USA und Tschernobyl in der damaligen Sowjetunion gezeigt haben, daß die Probleme, die aus dieser Art der Energiegewinnung resultieren, nicht bewältigt sind. Das betrifft nicht nur die Risiken, die mit der Möglichkeit menschlichen Versagens beim Betrieb derartiger Anlagen zusammenhängen, sondern auch die ungelösten Fragen der Endlagerung des Atommülls und

Jochen Weichold – Jg. 1948, Dr. sc., Politikwissenschaftler, Berlin.

Veröffentlichungen u.a.: Die europäische Linke (1992, zusammen mit H. Dietzel und H. schwenk); Regenbogen, Igel, Sonnenblume. Ökologische Bewegungen und grüne Parteien (1993); Anarchismus in Geschichte und Gegenwart. In: Vielfalt sozialistischen Denkens (1996); Die PDS im Parteienvergleich auf Länderebene in Ostdeutschland. In: Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS (1997).

die Gefahr der Weitergabe spaltbaren Materials zur Kernwaffenproduktion.

Wie während des Workshops verschiedentlich angemerkt wurde, prolongiert eine derartige fortschrittsoptimistische Position die insbesondere in der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert fest verankerte Auffassung von der Neutralität technischer und technologischer Entwicklungen. Sozialistische Denker hatten dabei stets den Blick auf *die* zahlreichen Textstellen bei Marx gerichtet, die eindringlich die deformierenden Wirkungen der im Kapitalismus entwickelten sachlichen Produktivkräfte auf die Arbeiter beschreiben und ausschließlich auf deren gesellschaftlichen Anwendungszusammenhang zurückführen. Die bekannteste dieser Textstellen ist wohl jene im »Kapital«, an der Marx schrieb, daß die Widersprüche und Antagonismen »nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung«, daß »die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw. ...«¹

Im Gegensatz dazu sind von Marx auch Passagen überliefert, die die Auffassung spiegeln, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik nicht aus sich heraus determiniert ist, daß sie sich nicht nur in einer bestimmten Richtung vollziehen kann, daß vielmehr die gesellschaftlichen Verhältnisse diesen Prozeß beeinflussen und prägen. Karl Marx beobachtete, daß »seit 1825 fast alle neuen Erfindungen das Ergebnis von Kollisionen zwischen Arbeiter und Unternehmer (waren), der um jeden Preis die Fachbildung des Arbeiters zu entwerten suchte. Nach jedem neuen einigermaßen bedeutenden Strike erstand eine neue Maschine.«² Entwicklung und Einsatz von Technik und Technologie sind mithin eingebettet in bestimmte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte. Die herrschende Wissenschaft und Technik wurzelt tief in den sozialökonomischen Verhältnissen, und diese Verwurzelung in den (kapitalistischen) Produktionsverhältnissen macht Technik und Technologie gleichzeitig zum Transporteur dieser Verhältnisse.

Die Veranstalter hatten offensichtlich eine glückliche Hand, mit der Gewinnung der Hauptreferenten, die technikkritische Positionen gegen die unter den Teilnehmern des Workshops vorherrschenden fortschrittsoptimistischen und technikneutralen Standpunkte setzt. Der Politikwissenschaftler *Peter Döge* vom IAIZ Berlin forderte gleich zur Eröffnung des Workshops, die »Marxsche Lesart von guter Technik in reaktionären Produktionsverhältnissen« müsse in Frage gestellt werden. Unter Verweis auf Herbert Marcuse betonte er, Technik sei schon bei ihrer Entwicklung herrschaftsgeprägt, nicht erst bei ihrer Anwendung. Und der Berliner Soziologe *Otto Ullrich* erklärte, der »zentrale Irrtum der Linken besteht in dem Glauben, der Kapitalismus erzeuge die Produktivkräfte für den Sozialismus«. Gar mancher Teilnehmer im vorgerückten Alter reagierte darauf mit Kopfschütteln und dem milden

1 Karl Marx: Das Kapital, Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 465.

2 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW, Bd. 4, S. 154/155.

Lächeln, das Eltern aufzusetzen pflegen, wenn ihre Kinder offenkundig Unsinn erzählen.

Man merkte *Wolfgang Bierstedt*, dem forschungspolitischen Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, an, daß er sich des Spannungsfeldes zwischen den fortschrittsoptimistischen Standpunkten der Mehrheit der PDS-nahen Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler einerseits und den hochtechnologiekritischen Positionen in der PDS-Programmatik andererseits wohl bewußt war. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, diese kritischen Positionen zu bekräftigen und für einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie einzutreten. Bierstedt sprach sich für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft aus und plädierte für einen vorsorgenden Umweltschutz anstelle von End-of-Pipe-Technologien. Zugunsten regenerativer Energiequellen sei ein sozialverträglicher Ausstieg aus der (Braun-)Kohle notwendig. Hingegen wollte er Bio- und Gen-Technologien nicht generell positiv oder negativ sehen, sondern sprach sich für einen kritischen Ansatz aus, der die Risiken im Blick habe. Seiner Auffassung nach seien diese Technologien auf bestimmte Bereiche außerhalb des Lebensmittelbereichs zu konzentrieren wie Abfallbeseitigung, Medizin oder Landwirtschaft.

Mit dem Blick auf Hoch- und Risiko-Technologien forderte Otto Ullrich, zwischen Risiken und Gefahren bei ihrer Anwendung zu unterscheiden. Gefährliche Technologien seien in ihren negativen Auswirkungen räumlich und zeitlich begrenzt (beispielsweise ein Autounfall). Riskante Technologien seien räumlich nicht eingrenzbar und könnten zeitlich über Generationen Schäden verursachen (beispielsweise eine Havarie in einem Kernkraftwerk). Ullrich verwies darauf, daß die technischen Entwürfe der Industriegesellschaft weiter reichten, als diese sehen könne, und definierte Hochtechnologien als Technologien mit hohem Wissensanteile und einer ganz speziellen, immensen Eingriffstiefe in die Stoffkreisläufe. Diese gravierenden Eingriffe erforderten erhebliche finanzielle Mittel, besonders wenn sie in gewaltige technisch-technologische Vorhaben wie die bemannte Raumfahrt, den Eurofighter oder den Transrapid investiert würden.

Dieser Umstand war gewissermaßen der Ansatzpunkt für die Entwicklung von Prozessen der Technikfolgenabschätzung, die – wie *Fritz Gloede* vom Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung (ITAS) darlegte – in den sechziger und siebziger Jahren in den USA als eine Einschätzung forschungspolitischer Programme entstand, in Europa dagegen direkt auf die Technik bezogen wurde. Gloede charakterisierte den Prozeß der Technikbewertung als Instrument zur Analyse gesellschaftlicher und politischer Problemlagen. Er sprach sich für partizipative, öffentliche Formen der Technikbewertung aus, mahnte jedoch, diese Formen nicht mit einer Demokratisierung der Gesellschaft zu verwechseln. Technikfolgenabschätzung sei notwendig für die Formulierung von Lösungsvorschlägen, könne aber weder die öffentliche Aufmerksamkeit noch die politische Willensbildung ersetzen.

Andreas Trunschke, brandenburgischer PDS-Landtagsabgeordneter, befaßte sich am Beispiel des Landes Brandenburg mit der Frage, wie eine nachhaltige Technikbewertung unter den gegen-

wärtigen Haushaltsbedingungen institutionalisiert werden könnte. In diesem Zusammenhang plädierte er für eine regional- und problemorientierte Technologiepolitik. Eine solche Politik könnte mit einem von einer breiten demokratischen Öffentlichkeit getragenen »Zentrum Nachhaltiges Brandenburg« entscheidend befördert werden. Dieses Zentrum sollte als Projektträger der gesamten brandenburgischen Forschungs- und Innovationsförderung dienen. Von ihm wären nach Auffassung von Trunschke Projektanträge auf der Grundlage zu erarbeitender Kriterien zu begutachten. Das Zentrum sollte für eine kontinuierliche Evaluation der Fördermaßnahmen verantwortlich sein und hätte einen breiten Technologiediskurs zu organisieren. Er plädierte für eine ganzheitliche Herangehensweise, die neben technischen und technologischen Betrachtungen soziologische, ethische und andere Belange einbezieht, eine Herangehensweise, die auf die Lösung sozial-ökologischer Probleme, auf Bedarfsfelder orientiert.

Insgesamt war die zweitägige Debatte ein wichtiger Baustein, um technikkritische Positionen in der PDS zu verankern und entsprechende programmatische Aussagen der Partei zu untersetzen. Dem soll auch die geplante Veröffentlichung der Materialien des Workshops in einem Konferenzband dienen. Man kann der Partei nur wünschen, daß die Hoffnung von Andreas Trunschke, die er auf dem Abschlußpodium äußerte, in Erfüllung geht: nämlich daß sich die PDS zur Partei der Nachhaltigkeit entwickelt.

Ost-West-Begegnung zur FDGB-Geschichte. Zwei Berichte über eine Tagung

Östliche Wahrnehmung

Am 12. und 13. September 1997 trafen sich im brandenburgischen Kugel Wissenschaftler und am historischen Weg ihrer Organisation interessierte Gewerkschafter aus den alten und den neuen Bundesländern, um über das Thema »FDGB in der DDR – Transmissionsriemen *und* Gewerkschaft?« zu diskutieren. Veranstalter der Tagung waren die (damals noch selbständigen) Gewerkschaften Chemie-Papier-Keramik/Bergbau und Energie/Leder und die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Berlin. Letztere hat sich die Aufgabe gestellt, die einst in der Zentralbibliothek und im Archiv des FDGB gesammelten Bestände für die Gewerkschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu bewahren, zu pflegen und zu nutzen.

Mit der Zusammenkunft wurde eine Tagung fortgesetzt, die 1996 dem Thema »Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1950: Anspruch und Wirklichkeit« gewidmet war. Veranstaltung und Diskussion regten ein weiteres Treffen 1998 an, das sich den Gewerkschaften in der Endzeit der DDR und der Installierung des bundesrepublikanischen Gewerkschaftssystems im »Beitrittsgebiet« widmen soll.

Zum Tagungsthema referierte einleitend *Hermann Weber* (Mannheim) über »Aufgaben und Funktion des FDGB in der DDR«. Sein Fazit: Der FDGB sei fest in das politische System der DDR, die Diktatur der SED bzw. ihrer Führungsspitze, eingeordnet gewesen. Der mit der Verfassung von 1968 auch staatsrechtlich verankerte Führungsanspruch der Partei sei über die Massenorganisationen, so auch den FDGB, in den jeweiligen Gesellschaftsbereichen realisiert worden. Nachdem der FDGB 1950 auf seinem 3. Kongreß die Führungsrolle der SED akzeptiert und damit seine Autonomie aufgegeben habe, hörte er eigentlich auf, eine Gewerkschaft zu sein. Als Staatsgewerkschaft sei er vor allem auf die Erfüllung des Staatsplanes verpflichtet gewesen. Diese Thesen wurden mit der Darstellung von Methoden der Herrschaftssicherung gegenüber den Gewerkschaften und anhand markanter Ereignisse der DDR-Geschichte exemplifiziert.

Es schloß sich der Vortrag von *Peter Hübner* (Potsdam) über »Die Rolle der Gewerkschaften in der Erfahrungsgeschichte der Arbeiter in der DDR« an. Der Referent hob u.a. darauf ab, die Sozialpolitik der SED sei im besonderen Maße über den FDGB realisiert worden. Auf der betrieblichen Ebene habe die sozial orien-

tierte praktische Tätigkeit des FDGB diesen für seine Mitglieder akzeptabel gemacht – und genau damit sei er zum stabilisierenden Element des SED-Regimes geworden. Doch sei im FDGB immer ein traditionell verstandenes gewerkschaftliches Engagement lebendig geblieben, so daß von ihm die ihm zugewiesene Transmissionsfunktion stets nur partiell wahrgenommen wurde. Daraus erkläre sich die wiederholte Kritik der SED am »Nur-Gewerkschaftertum«.

Mit den zwei Referaten waren Grundpositionen gesetzt, von denen die nachfolgende Diskussion gekennzeichnet war: Auf der einen Seite die mehr oder weniger allein auf der Ebene des Politischen verbleibende Analyse, die sich nur an der Machtausübung und den dabei eingesetzten Methoden orientiert. Die im Thema angesprochene Frage wurde aus dieser Sicht dahingehend beantwortet, der FDGB und die ihm nachgeordneten Organisationen seien keine Gewerkschaften gewesen. Auf der anderen Seite das Beharren der seinerzeit in DDR-Betrieben aktiven Gewerkschafter darauf, daß unter den gegebenen politischen und ökonomischen Bedingungen die Interessenvertretung der Mitglieder im Wirken der FDGB-Gewerkschaften immer lebendig gewesen sei. Dies habe vor allem für die betriebliche Ebene gegolten, den Ort, wo sich das gewerkschaftliche Mitgliederleben vollzog; und das sei immer vom Grad der Eigenständigkeit der Aktiven im Funktionärskörper abhängig gewesen.

Der abschließende Vortrag von *Klaus Tenfelde* (Bochum) regte zu einer produktiven Fortsetzung der Diskussion an. Da Gewerkschaftsgeschichte als Teil von Sozialgeschichte zu fassen sei, sollte gefragt werden, ob der FDGB und seine Gewerkschaften nicht auch als etwas in sich Widersprüchliches begriffen werden müßten? Im Bereich des Politischen seien sie in den Mechanismen der SED-Diktatur einbezogen gewesen; und sie waren zugleich ein aktives Element in der Gestaltung des Gesamtzusammenhanges sozialer Wirklichkeit in der DDR.

In der Diskussion gab es noch weitere Einschätzungen, die Diskussionsbedarf anzeigten, z. B.: Ab 1948 war der FDGB zunehmend auf die Erfüllung der Wirtschaftspläne orientiert; und zugleich habe die Inflation von Wettbewerbsinitiativen die Gewerkschaft bezüglich ihrer Rolle im Ökonomischen immer konturenloser gemacht. Auch gab es den – wohl ideologisch geprägten – Versuch, das SED-Regime mit der Nazi-Diktatur gleichzusetzen: In beiden sei es lediglich um »Quasi-Gewerkschaftliches« gegangen.

Es stellte sich auch die Frage, ob aus der Geschichte des FDGB Impulse für das gegenwärtige und zukünftige Wirken der Gewerkschaften in der Bundesrepublik gewonnen werden könnten. Warum identifizierten sich so viele Gewerkschafter subjektiv mit der Wirklichkeit in der DDR und warum wurden sie aktiv? Um die Gründe dafür präziser zu erfassen, bietet es sich an, das von den DDR-Gewerkschaftern in der Diskussion Erörterte mit den damaligen politischen, geistigen und sozialen Gegebenheiten in der Alt-BRD, mit den tatsächlichen Möglichkeiten für gewerkschaftliches Wirken dort zu vergleichen und ins Gespräch zu bringen.

Anregungen für die Fortführung der erörterten Thematik lieferte der Präsident des Bundesarchivs *Friedrich P. Kahlenberg*, der über

den derzeitigen Stand der »Aufarbeitung« von Geschichte sprach: Die DDR-Geschichte bilde zur Zeit den absoluten Schwerpunkt; dagegen werde die Geschichte der ehemaligen Bundesrepublik kaum anhand von Quellen, z. B. solcher, die im Koblenzer Archiv lagern, erforscht. Bibliothek und Archiv des FDGB seien bei weitem gründlicher und umfassender zu nutzen, um ein differenziertes Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit in der DDR zu gewinnen. Er verwies auf die Vielfältigkeit des hier zusammengetragenen Materials, aber auch auf Grenzen bezüglich der Aussagefähigkeit von Akten. Im Interesse hinreichend realistischer Einschätzungen empfahl er der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, deren positives Wirken für die Sicherung der Überlieferungen des FDGB er ausdrücklich hervorhob, ein Projekt zur Befragung von Zeitzeugen - inhaltlich kongruent mit der im Verlauf der Tagung deutlich gewordenen Notwendigkeit, entschieden mehr die Hinterlassenschaft aus der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit in der DDR zu nutzen.

WOLFGANG BLUMENTHAL, BERLIN

Westliche Eindrücke

Ich war mit einigen Erwartungen zu dieser Tagung nach Kassel, östlich von Berlin, gefahren. Das Thema »FDGB in der DDR« interessierte mich, und sein Untertitel war in einer Weise formuliert, die in der englischen Sprache »sophisticated« genannt wird: »Transmissionsriemen *und* Gewerkschaft?« Das kursiv gedruckte »und« suggerierte – es könnte auch ein »oder« gemeint sein. Von den Referenten waren mir einige als hochkarätig bekannt; bei denen, die ich noch nicht kannte, stellte ich während der Tagung fest, daß dieses Kompliment auch auf sie zutraf. Als einen von ihnen möchte ich den mir seit langem aus Veröffentlichungen vertrauten *Hermann Weber* nennen, von den Moderatoren zu Recht als »erfahrener Fuhrmann« der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung apostrophiert. Wie bei manchen »Wessis« seiner Generation (Jahrgang 1928) birgt seine Biographie auch ein Stück DDR-Vergangenheit, denn er besuchte – aus einer von der alten KPD geprägten Familie stammend – als Zwanzigjähriger die SED-Parteihochschule in Klein-Machnow. Im Westen betreute er als Jugendredakteur das westdeutsche FDJ-Organ »Junges Deutschland«, bis er im Jahre 1954, ein Jahr nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, mit der KPD brach.

Webers Resümee: Der FDGB in der DDR war Transmissionsriemen einer Diktatur, die ihre Impulse mit Hilfe seiner Funktionäre an die mittleren Kader und von dort an die Basis weitergab; und er war zugleich Sammelbecken der Interessenwahrnehmung an der Basis. Das wurde von den meisten anderen Sprechern, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, geteilt. Es wurde deutlich: Hier waren für den normalen DDR-Bürger fundamentale, für das Meistern des Alltags notwendige Dienstleistungen zu haben, und hier an der Basis ging es weitaus unpolitischer zu als »bei denen da oben«. Gerade weil der FDGB an der Basis, also in den Betrieben, begrenzte Spielräume der Interessenwahrnehmung bot und keine große Politik betrieb, war er für viele Menschen attraktiv. Und zugleich diente er auf diese Weise der Stabilisierung der Diktatur.

Es ist hier nicht der Platz, auf alle Aussagen ausführlich einzugehen. Außerdem war für mich als Teilnehmer und Zuhörer etwas anderes viel wichtiger: das Gespräch mit Menschen, die im anderen Teil Deutschlands aufgewachsen waren und hier den größten Teil ihres Lebens verbracht hatten. Ich selbst (Jahrgang 1931) war von den Nazi-Machthabern 1941 von Hamburg im Rahmen der KLV (Kinderlandverschickung) nach Sachsen verschickt worden und hatte die Verbindung zu »meiner Familie« dort nach 1945 wiederaufgenommen, war oft in der DDR gewesen. Durch meine eigenen gewerkschaftsgeschichtlichen Forschungen hatte ich mich gerade zur Wendezeit in Potsdam und Leipzig aufgehalten und dort eine der großen Demonstrationen (»Wir sind das Volk!«) miterlebt – bis heute das politische Ereignis in meinem Leben, das mich am intensivsten beeindruckt hat.

Der Zufall fügte es, daß ich am Abend des ersten Veranstaltungstages an einen Tisch geriet, an dem drei Teilnehmer saßen, an deren Gespräch mir besonders gelegen war. Alle drei hatten ihren Platz in der Gesellschaft der DDR, so wie ich den meinen in der Gesellschaft der ehemaligen Bundesrepublik hatte. Und dabei wurde mir wieder bestätigt: Wäre die Zonengrenze von den Kriegsgegnern Hitler-Deutschlands anders gezogen worden und wäre ich auf die östliche Seite geraten (ohne eigenes Zutun, versteht sich), so hätte auch ich meinen Platz in der östlichen Gesellschaft Deutschlands gesucht und vermutlich gefunden. Wie andere neue Bundesbürgerinnen und Bundesbürger wurden meine drei Gesprächspartner aus ihren früheren Berufsbezügen herausgerissen, und sie sind jetzt z.T. arbeitslos – was nicht so zu verstehen ist, daß sie nichts zu tun hätten oder sich nicht zu beschäftigen wüßten. Die Bibliothek des Instituts, das Karlheinz Kuba (um einen der drei zu nennen) bis zur Wende geleitet hatte, kannte ich aus eigener Erfahrung: In der FDGB-Bibliothek Unter den Linden hatte ich wichtige Funde für meine Dissertation (Beamtenorganisationen und Beamtenpolitik in Hamburg bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte gewerkschaftlicher Interessenvertretung im öffentlichen Dienst) gemacht. Über die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft – benannt nach einem der großen deutschen Gewerkschafter der Weimarer Republik – sind Bibliothek und Archiv heute Teil der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv in Berlin. Was ich bisher nicht wußte, ist, daß es bis heute einen »Gewerkschaftlichen Dachverband FDGB in Liquidation« gibt, als dessen Archivar heute Herr Kuba arbeitet... Was mich bei allen drei Gesprächspartnern beeindruckte, war die Verbindung von wacher Kritik an den neudeutschen Verhältnissen mit einem gehörigen Maß an Standhaftigkeit, mit der sie sich der Resignation entgegenstellen. Das Gespräch war für einen »DDR-erfahrenden Wessi« interessant und aufschlußreich, und ich habe mich darüber gefreut, daß es stattfand. Menschen aus Ost und West, die so offen über das reden können, was sie erlebt haben und jetzt erleben, sind die eigentlichen Brückenbauer zwischen den neuen und den alten Bundesländern.

Im Anschluß an die Podiumsdiskussion des zweiten Tages – die Redner waren sowohl im Westen als auch im Osten sozialisiert

worden – kamen Menschen zu Wort, die an der Basis des FDGB, in den Betrieben also, gearbeitet hatten. Dabei mischte sich Überkommenes mit Bedenkenswertem. Wenn Frau *Gisela U.* den »volkseigenen Betrieb« auch heute noch als das versteht, was er eigentlich hätte sein sollen, aber nicht war, so ist sie aus meiner Sicht noch tief befangen in alten Denkstrukturen. Anders *Hans-Jörg Kattowek*, der im KKW Greifswald gearbeitet hatte und dort für den FDGB tätig war. »Ich mußte dreimal umdenken«, begann er seinen Beitrag: »Nach den Gaurednern des Nazireiches kamen die Propagandisten des Sozialismus. Und heute? Heute leben wir in der Demokratie, das ist gut so, aber es ist eine Demokratie des Geldes, und wo das nicht vorhanden ist, dort sind auch die Freiheiten eingeschränkt. Ich will auch offen sagen, was mir an der DDR besser gefiel: Sie hatte keine Globkes an ihrer Spitze; im emotionalen Bereich – die Nationalhymne, auch der Hammer mit dem Ährenkranz, wogegen der Adler für mich Machtverlangen ausdrückt. Aber diese Veranstaltung hier, die gefällt mir auch.« *Herr Ulrich Hennecker*, 52 Jahre alt, hatte im Braunkohlebergbau gearbeitet. »Viele Kollegen«, führte er aus, »die das politische System der DDR ablehnten, fanden einen Freiraum beim FDGB unten, denn hier gab es Solidarität, und hier erhielten die Einzelpersonen, ihr Tun und Sagen Gewicht. Darum antworte ich auf die Frage: Transmissionsriemen oder Gewerkschaft? – Der FDGB war beides, die Antworten sind daher immer zweigeteilt nach Überbau und Basis.«

Klaus Tenfelde, der die Tagungsergebnisse zusammenfaßte, mahnte die anwesenden Gewerkschaftshistoriker, stets beide Seiten der deutsch-deutschen Gewerkschaftsgeschichte im Blick zu behalten, denn auch die Gewerkschaftsgeschichte des westlichen Deutschlands hat Forschungsdefizite: »Nachher wissen wir womöglich alles über den FDGB, aber wenig über den DGB.«

UWE SCHMIDT, GROSSHANS DORF BEI HAMBURG

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Der einzige Politiker, der hierzulande noch ernsthaft an den baldigen Vollzug jenes Vorgangs zu glauben scheint, den *deutsche Vereinigung* zu nennen wir uns der Bequemlichkeit halber inzwischen angewöhnt haben, scheint *Gregor Gysi* zu sein. Der gibt sich am *unbeirrtesten* – so dieses Adjektiv, grammatisch gesehen, überhaupt gesteigert werden darf... – der Illusion hin, hier wachse in absehbarer Zeit wirklich etwas zusammen. Aus dieser Sicht ist sein Einsatz für die politische Auferstehung des Matrosen *Schmähling* so verwunderlich nicht, wie es zunächst den Anschein gehabt haben könnte. Gysis Tagtraum: PDS – von der Oder bis zum Rhein. Vielleicht. Ob sein Kalkül mit Schmähling aufgeht, weiß ich nicht. Aber ich bin ja gottlob in der entspannten Lage, nicht auf Teufel komm' raus *auf Optimismus machen* zu müssen. Ob »La Paloma« eines Tages zur Hymne der PDS werden wird, ist also noch vollkommen offen. Vielleicht wird sich auch für »Seemanns Braut ist die See« entschieden.

Interessant waren natürlich die Reaktionen auf den Marinecoup des PDS-Parteivorstandes. Obwohl jeder halbwegs über das übliche Maß an Lebenserfahrungen verfügende Zeitungsleser eigentlich wissen sollte, daß die Küken immer erst im Herbst gezählt werden, ließ der SPD-Spitzenkandidat von Mitte/Prenzlauer Berg, *Wolfgang Thierse*, nach der Bekanntgabe der PDS-Bundestagskandidatur des Elmar Schmählings am 13. März (Freitag!) in allen Zeitungen der Hauptstadt der BRD, Berlin, wissen, er sehe dessen Antritt gelassen und heiter entgegen. Wie schön. Vermutlich hat der SPD-Parteivorstand Wolfgang Thierse nach dem verfehlten Direktmandat in Mitte/Prenzlauer Berg bei der vorigen Bundestagswahl

einen Kursus für Supervision spendiert. Nun kann der mit Streß umgehen und einen auf heiter machen, so oft es von ihm verlangt ist. Übrigens ließ Wolfgang Thierse außerdem noch verlauten, die Art der Aufstellung Schmählings erinnere ihn an alten SED-Zentralismus («Der Tagesspiegel»). Da kann ich ja nur ganz leise *Müntefering, Müntefering* vor mich hinsummen...

An meiner Häresie in Sachen deutsche Einheit ist übrigens ein prominenter Parteikollege Thierses nicht ganz unschuldig: Als der nämlich am 2. März in einem *ARD-Brennpunkt* sechzig Minuten lang zu seinem niedersächsischen Wahlsieg und zu seiner Kanzlerkandidatur befragt wurde, kamen die neuen Länder mit sage und schreibe 0 – in Worten: Null – Worten vor. Sie sind ihm (und seinesgleichen) fern, wie Sibirien. Daran können weder ein kleiner Höppner noch ein rauschebärtiger Thierse etwas ändern. Wenn der Schröder das doch wenigstens zugäbe.

Eine schöne Arabeske in Sachen *Mannesstolz vor Königsthronen* lieferte im Berichtszeitraum der Zwitter unter den Hauptstadtblättern, die »Berliner Zeitung« (vorne rosa-schwarz, hinten schwarz-rosa). Unter dem Rubrum KORREKTUR stellte sie folgendes fest: *In der Reportage auf Seite 3 über die PDS in der Donnerstags-Ausgabe wird der CDU-Kandidat für den Bundestagswahlkreis Berlin-Mitte, Günter Nooke, als »Kohlgünstling« bezeichnet. Der negative Unterton des Begriffs war nicht beabsichtigt. Ausgedrückt werden sollte lediglich, daß der Bürgerrechtler Nooke in seiner Kandidatur für die CDU im Berliner Wahlkreis Mittel/Prenzlauer Berg von Bundeskanzler Kohl unterstützt wird.* Nooke hatte offenbar Zoff gemacht. Vielleicht hält er Kohl inzwischen für eine derartige Belastung, daß er um Wählerstimmen fürchtet. Oder ich bin total auf dem Holzweg und die »Berliner Ztg.« ist überhaupt nicht vor dem CDU-Neuling Nooke zu Kreuze gekrochen. Sondern sie hat das Dementi voller Chuzpe und mit heimlicher Freude ins Blatt gerückt – dabei einen Witz aus DDR-Beständen beherzigt: *Was ist Kapitalismus? – Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. – Und der Sozialismus? – Umgekehrt.*

Denkbar ist allerdings auch, daß die Zeitung vor jenen Geistern eingeknickt ist, von denen sie sich seit etlichen Monaten das Feuilleton vollschreiben läßt, konservativ bis auf die Knochen.

Ach, ja – kurz vor Redaktionsschluß lese ich, Regisseur *Schlingensief* habe in Berlin auch eine Partei gegründet. In einem Zirkuszelt. Der Mann hat Gespür: Selten gibt es passendere Orte für derartige Vorkommnisse.

Christoph Butterwegge (Hrsg.):
 NS-Vergangenheit, Antisemitismus
 und Nationalismus in Deutschland.
 Beiträge zur Politischen Kultur der
 Bundesrepublik und zur politischen
 Bildung (mit einem Vorwort von
 Ignatz Bubis),
 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
 Baden 1997, 240 S. (38,00 DM)

»Gestützt auf empirische Untersuchungen, kann man davon ausgehen, daß die Zahl der manifesten Antisemiten von 1945 bis heute zwischen 15 und 17 Prozent schwankt. Außerdem gibt es eine wahrscheinlich ungefähr gleich große Anzahl latenter Antisemiten.« (S.7) Diese Fakten hebt Ignatz Bubis im Vorwort dieses Bandes dem Leser ins Bewußtsein.

Für die politische Kultur und für die politische Bildung lassen sich allein aus diesen Tatsachen weitreichende Aufgaben ableiten. Das Anliegen des Bandes nimmt dies auf, greift aber weiter.

Butterwegges Arbeiten werden seit Jahren in der Fachwelt geschätzt. Seine Markenzeichen, klare konzeptionelle Linienführung, fühlbare Nähe zur politischen Praxis und zum politisch-kulturellen Alltag und deren sorgfältige theoretische Verarbeitung sowie seine unartifizielle, exakte Sprache, prägen auch diesen Band.

Nach Butterwegge steht die Bundesrepublik gegen Ende des 20. Jahrhunderts »vielleicht« an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung. »Das gesamtgesellschaftliche Klima ist rauher und völkischer Nationalismus zumindest in Teilbereichen der Gesellschaft wieder salonfähig geworden. Gleichzeitig bemühen sich viele Menschen, Bürgerinitiativen und Basisgruppen um Alternativen zur Abgrenzung von (ethnischen) Minderheiten, eine Neubegründung der Solidarität und mehr Humanität« (S. 12). In diesem Spannungsfeld sind Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland nur vor dem Hintergrund der Geschichte des Landes zu verstehen. Aber: Sie sind keine mentalen Restbestände der Nazizeit, »sondern primär ein Produkt der Gegenwart, das sich aus Fehlentwicklungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft speist« (S. 11).

Das Buch entstand aus zwei Ringvorlesungen, die 1995/96 an der Fachhochschule Potsdam, der neuen Wirkungsstätte Butterwegges, veranstaltet wurden. Die Zeitdifferenz schlägt indes nicht fühlbar zu Buche, handelt es sich doch um langwirkende problem- und nicht um tageskonjunkturelle Fragestellungen.

Im *ersten Teil* (Die deutsche NS-Vergangenheit und der Umgang damit) werden vor allem einige Aspekte aus der Geschichte der alten BRD beleuchten, darunter – wie in dem Beitrag von Jörg Wollenberg – mit einer Reihe bislang kaum bekannter Fakten. Eine Kostprobe: Im Jahre 1949 – Thomas Mann kehrte das erste Mal wieder nach Deutschland zurück – fuhr ein FDP-Lautsprecherwagen durch Düsseldorfs Straßen und verkündete: »Wir haben mit Thomas Mann nichts gemein als die deutsche Sprache. Wir sprechen jedem, der zwischen 1933 und 1945 nicht in Deutschland war, das Recht ab, über die politische Entwicklung in Deutschland zu urteilen« (S. 15/16). Der Grundtenor der Beiträge dieses Teiles besteht darin, daß die Auseinandersetzung fortgesetzt werden muß. »Dabei verändern sich nicht allein die Konstellationen von Erinnern und Vergessen, auch der Gegenstand der Aufmerksamkeit gewinnt immer wieder neue Züge« (S. 4). Klaus Naumann beobachtet aber noch mehr: »Nicht nur das Verdrängte und Derealierte kehrt wieder und konfrontiert die Gegenwart mit sich, sondern die Zäsur des Zivilisationsbruchs selbst erweist sich als negativer Maßstab der Moderne« (S.49). Nachdrücklich dokumentiert Ludwig Elm am Beispiel der Totalitarismusdebatte Rechtsverschiebungen des Denkens.

Im *zweiten Teil* (Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingseleid) macht Wolfgang Wippermann faktenreich und stringent auf die Notwendigkeit aufmerksam, »sich intensiver mit der Genese und Funktion gerade des Antiziganismus (der Feindseligkeit gegenüber den Sinti und Roma – R.R.) zu beschäftigen, weil er heute mindestens so gefährlich geworden ist wie der Antisemitismus, aber im Unterschied zu diesem kaum erforscht und noch weniger bekämpft wird« (S. 84). Bei einer 1987 durchgeführten Untersuchung wurde festgestellt, daß 51 Prozent der westdeutschen Bevölkerung starke Vorurteile gegenüber Sinti und Roma hatten.

Wippermann behandelt den Antiziganismus als eine Variante des Rassismus. Er stellt fest, daß besonders im Nazideutschland – aber nicht nur dort – Juden wie Zigeuner und Zigeuner wie Juden behandelt wurden. Das Mordprogramm gegenüber den Sinti und Roma – ca. 500.000 von ihnen wurden von den Nazis ermordet – war Teil des rassistisch motivierten Völkermordprogrammes des deutschen Faschismus.

Der pädagogisch orientierte Leser wird mit Gewinn Birgit Rommelpachers Beitrag über Erinnerung und Verdrängung des Antisemitismus aufnehmen. Wichtige erkenntnisfördernde Impulse löst auch Heiko Kaufmann aus, der auf Fluchtbewegungen, Asyl, Desertion und auf die Kurdenfrage eingeht. Für ihn ist die »gesamte Asylpolitik, die Verfahrenspraxis und der staatliche Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland Ausdruck einer tiefen Krise und eines gefährlichen Rückschrittes in der Entwicklung unserer Demokratie« (S. 110). Über Fremdes und Eigenes sowie Ausgrenzung und Vereinnahmung der Anderen schreibt Renate Nestvogel. Sie bringt damit Sichtweisen in die Debatte, die bislang von der Rechtsextremismusforschung eindeutig unterschätzt worden sind.

Im *dritten Teil* (Die sog. Neue Rechte, Nationalismus und demokratische Alternativen im vereinten Deutschland) sieht Arno Klönne nach Ende der Ost-West-Polarität und der staatlichen Wiedervereinigung »Deutschlands Gewicht verstärkt und die Spielräume für deutsche Eigenentscheidungen erweitert ... Immer härtere Konkurrenzen um Anteile am Weltmarkt ... können sich in die Verschärfung von Methoden der Konfliktaustragung umsetzen« (S. 140). Die »Nation« als eine Herausforderung zur Jahrtausendwende befragend, kommt Wolfgang Gessenharter zu der Aussage: »Die Nation als freiheitsverbürgender Nationalstaat – als Abstimmungsgemeinschaft also – wird wahrscheinlich noch über viele Jahrzehnte eine wichtige Rolle im wachsenden, weltweiten Geflecht der verschiedenen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts spielen. Nation als sich abschließende, auf Abstammungsgemeinschaft abzielende Monade dagegen wäre gleichsam ein Virus, auf Dauer zu Krankheit, Lähmung und Tod führend« (S. 171). Dem stellt Axel Schulze

bedenkenswerte Überlegungen zur Gestaltung des Zusammenlebens von Einwanderern und Einheimischen zur Seite. Butterwegge entwickelt in seinem Beitrag »Ethnisierungsprozesses, Mediendiskurse und politische Rechtstendenzen« Alternativen zur bisherigen Medienpraxis. Generell stehe die Bundesrepublik erst am Anfang eines langen Verständigungsprozesses über journalistische Standards in einer multikulturellen Gesellschaft. Butterwegge macht dazu einige Vorschläge. Dabei weiß er: »Rechtsextremismus ist nicht von seinen politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Hintergründen abzulösen, folglich auch nur zusammen mit den sozialen Problemen im vereinten Deutschland wirksam zu bekämpfen«; im Klartext: »Warum geht beispielsweise kein empörter Aufschrei durch den Blätterwald, wenn ein Multimillionär wie Wolfgang Schäuble über die »soziale Vollkaskomentalität« im vereinten Deutschland lamentiert?« (S. 215). Die Medien müßten – dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes folgend – die demokratische und die soziale Frage miteinander verbinden und so auch der rechtsextremistischen Demagogie, die die nationale und soziale Frage miteinander verbindet, entgegenreten. »Freiheit und Sozialstaatlichkeit sind keineswegs Gegensätze, bedingen einander vielmehr, was kaum noch im öffentlichen Bewußtsein ist« (S. 216).

An solchen Erkenntnispunkten hätte man sich von den Autoren eine deutlichere Profilierung der Positionen und eine größere politikwissenschaftliche und historische Tiefenschärfe vorstellen können. Was konkret ist gemeint mit der Verkoppelung von politischem Fundament mit dem sozialen und wirtschaftlichen Fundament (S. 110)? Wie setzt man einen Prozeß »fortschreitender Demokratisierung« in Gang (S. 111)? Was sind wirtschaftliche Privilegien und – vor allem – wie sollen sie tendenziell abnehmen (S. 111)? Welche Qualitäten muß ein »freiheitsverbürgender Nationalstaat« aufweisen (S. 171)? Was soll heißen: die »Verfassung bewahrend weiterzuentwickeln« (S.153)?

Was dem im trauten Bremen lebenden Privatdozenten Butterwegge mild nachzusehen war, muß bei dem nunmehr im dynamischen Potsdam lehrenden Professor dringend angemahnt werden: die Kenntnisnahme und Aus-

wertung wissenschaftlicher Arbeiten aus Ostdeutschland, darunter jener, die im außeruniversitären Bereich entstehen.

All denen, die theoretisch und/oder praktisch in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus stehen, sei dieses wertvolle Buch, das sich vorzüglich auch als seminarvorbereitende Lektüre nutzen läßt, nachdrücklich empfohlen.

ROLF RICHTER

Thomas Nöske:
Clockwork Orwell. Über die
kulturelle Wirklichkeit negativ-
utopischer Science Fiction,
UNRAST-Verlag Münster 1997,
156 S. (24,80 DM)

Der Verfasser ist gegen die »Ideen der technischen Kultur, die radikal von kulturellen Ideen historischer Epochen verschieden sind«. Sie gefährden seiner Meinung nach »die Integrität des Einzelnen« (S.10f). Sie hätten »die natürliche Welt als Lebenswelt des Menschen abgelöst« (S. 10). Zu diesen negativen Ideen rechnet Thomas Nöske »Weltbilder, die auf wissenschaftlicher Vernunft und technischer Funktionalität aufbauen ...bzw. esoterisch (sind und) ... Menschen wie Zahnräder und die ganze Welt wie eine Maschine betrachten«(ebda). Daraus schlußfolgert er, daß »im Bereich der Sozial- und Psychowissenschaften ..., für Themen wie Ethik, Individualität, Gemeinschaft ... Romanliteratur« angemessenere Denkformen bereithält als die Wissenschaft. Erst bei der Behandlung der konkreten Negativ-Utopien wird klar, daß für den Verfasser moderne Ideen, worunter er »programmierte« (S. 148), also durch die elektronische Technik determinierte und dem Fortbestand des kapitalistischen Gesellschafts-systems verpflichtete Auffassungen versteht, und den »humanen Gedanken des komplex-unvollkommenen Menschen«(ebda) – eines von Aldous Huxley übernommenen Menschenbildkonzepts (S. 101) – Inkompatibilität besteht. Es gehe darum, erstere zu erkennen und zu Gunsten humanitärer Vorstellungen zurückzuweisen. Nicht klar wird in dem

Buch, ob es für den Verfasser auch positive Funktionen der »wissenschaftlichen Vernunft und technischen Funktionalität« gibt oder ob seiner Meinung nach alle Übel der gegenwärtigen Gesellschaft auf diese zurückgehen.

Gegen seine Auffassung, daß für die Entwicklung von gesellschaftlichen Reformen nur künstlerische Denkweisen produktiv seien, muß eingewandt werden, daß auch die von ihm hervorgehobenen »natürlich guten« moralischen Impulse, die nicht über den Kopf gehen, nicht selten die Herrschaftsverhältnisse konsolidieren helfen und auch nicht alle Visionen und Erleuchtungszustände des Menschen eine emanzipatorische Funktion haben. Wenn der Verfasser meint, »Romane verführen nicht dazu, abstrakte Dogmen oder starre Weltanschauungen zu bilden, wohingegen Freud oder Marx eher katechistisch gelesen werden können«(S. 56), so abstrahiert das von allen konkreten Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen künstlerischer, aber auch wissenschaftlicher Prosa, die sich nicht zuletzt im Lesevorgang in Abhängigkeit von der Persönlichkeit des/der Leser/In realisieren müssen. Daß »Kunst, Religion, Philosophie und Metaphysik ... zu einem ganzheitlichen Weltbild gehört« (S. 72), ist jedoch sicher ebenso richtig wie Nöskes Feststellung (S.100), daß der Common Sense, der Gemeinverstand, »auf seine fundamentalen Annahmen untersucht« werden müsse.

An fünf Negativ-Utopien handelt er wesentliche moderne Ideen ab, die seiner Auffassung nach das menschliche Sein in unserer Gegenwart bedrohen. Dem stellt er – »bestimmten Thesen in Adornos und Horkheimers »Dialektik der Aufklärung« stark verpflichtet – ein Denken gegenüber, das sich »grundsätzlich kritisch gegen alle (in diesem Sinn – H.B.) modernen Ideen stellt und dennoch nicht nihilistisch oder chaotisch wird« (S. 11). Dem könnte man mit der Einschränkung, daß damit nicht alles wissenschaftlich-technische Denken gemeint ist, zustimmen. Insgesamt vertritt der Verfasser aber leider eine starre Dichotomie, bei der aufgeklärte Vernunft, Wissenschaft und Technik einerseits dem »von den Zwängen der herrschenden Vernunft befreiten, romanhaften Denken« (S. 29) andererseits diametral gegenübergestellt werden.

Das romanhafte Denken kenne weder Fort-

schritt noch Verfall, nur verschiedene Stilformen (S. 46). Daher könne auch von einem Fortschritt zu mehr Wahrheit nicht die Rede sein, da »die Qualitäten dieser Wahrheiten allein an den Maßstäben, also innerhalb der jeweiligen Kultur zu messen sind«(S. 47). Man kann des Vf. Ablehnung jeglichen linearen Aufstiegs vom Niederen zum Höheren teilen, ohne seinen völligen Relativismus zu begrüßen. Natürlich ist nicht jedes kulturelle Phänomen positiv, im Sinne der menschlichen Emanzipation zu bewerten. Da es nicht nur differente Kulturen, sondern auch kulturübergreifend allgemein menschliches Kulturerbe gibt, das in den differenten Kulturen aufgehoben ist, ist es aber legitim, Bewertungskriterien auszumachen. Was Nöske in seiner konkreten Kritik an den von ihm behandelten Negativ-Utopien im übrigen auch selbst tut.

»Der Kapitalismus als Folge der aufgeklärten denkenden Kultur, ...als zur Sozialordnung geronnene Aufklärung«(S.35) stellt eine allzu verkürzte Wiedergabe der Auffassungen von Adorno-Horkheimer dar und wird diesen Denkern nicht gerecht.

Von solchen Pauschalisierungen abgesehen, kann man sich mit vielen Feststellungen des Verfassers identifizieren, so, wenn er den Niedergang von Ethik und Moral konstatiert. Deren Fehlen mache den Kapitalismus nur scheinbar ungefährlicher im Vergleich mit der Instrumentalisierung der Menschen in nichtkapitalistischen totalitären Systemen. Statt des »big brother«, der alle kontrolliert, gäbe es »ein konformistisches, unideologisches Netz von Programm- und Schaltzentralen, ...ein elektronisches Netz«(S. 37). Wir könnten somit nur zwischen den Programmen wählen, uns völlig ausklinken könnten wir nicht (S. 42).

Seine Darstellungen der Erkenntnisleistungen von Romankunst gehen im wesentlichen über Georg Lukács' Realismustheorie nicht hinaus und werden den Vermittlungen zwischen Kunst und Wirklichkeit nicht gerecht. So erfüllt »gute Romanliteratur« keineswegs nur »den gleichen Zweck wie positivistische Modelle, allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten in der Welt zu zeigen« (S. 55).

Nöske beschäftigt sich mit Anthony Burgess' Uhrwerk Orange, der »brutalsten der fünf Negativ-Utopien«(S. 107). Dieses Werk

zeige, daß zwischen Technikbegeisterung und Amoralität ein Zusammenhang besteht, eine Schlußfolgerung, der ich nicht folgen kann. Ray Bradburys *Fahrenheit 451* ist Nöske zufolge die schwungvollste der von ihm behandelten Negativ-Utopien. Diesen Roman interpretiert er als einen Angriff auf das Nichtzulassen von Meinungsvielfalt und Widersprüchen. Es geht um das Verbot der Dialektik und das Bestehen auf der einen einzigen Wahrheit, wodurch menschliche Infantilität befördert würde (S. 119).

In dem Abschnitt über Orwells *1984* (der poetischsten der Negativ-Utopien) geht es Nöske um das Schaffen von Double-Binds als Teil der Führungstechnik der Herrschenden. Hier stellt der Verfasser fest, daß das Bedürfnis nach Marktfähigkeit von Ideen deren Inhalte zerstöre (S. 131) bzw. deren Wirkung wesentlich einschränke. Aldous Huxleys *Schöne Neue Welt*, die »frechste der Negativ-Utopien« (S. 133), persifliere die Fiktion einer irrums- und leidensfreien Welt und zeige, daß eine solche Vorstellung zu einer Welt führt, in der Menschen zu widerspruchsfrei funktionierenden Maschinen werden. Stanislaw Lems *Der futurologische Kongreß*, die phantastischste der Negativ-Utopien (S. 140), geißle die Auffassung, daß die Welt nicht erkennbar sei. Daher zeige der Roman »den systemkompatiblen Psychotiker als den Typ der Welt von Morgen«(S. 146).

Nöskes Plädoyer für eine humane Welt hätte durch ein weniger holzschnittartiges Herangehen an die Philosophie der Aufklärung und an den technischen Fortschritt gewonnen. Seine Interpretation der fünf Dystopien wird deren Ideenreichtum und Gesellschaftskritik nur zu einem geringen Teil gerecht. Eine Auseinandersetzung mit der modernen Ideenwelt, die die feministischen Überlegungen dazu nicht mit einem Wort erwähnt, scheint mir ebenfalls defizitär. Letztendlich hätte das Buch davon profitiert, wenn es gründlicher lektoriert worden wäre. Es ist reich an sprachlichen Unebenheiten, grammatikalischen und anderen Schnitzern. Ungeachtet dieser Einschränkungen ist es eine sehr populäre Darstellung, deren lockerer Stil jüngerer LeserInnen Zugang zu einigen wichtigen Einsichten vermitteln könnte.

HANNA BEHREND

Günther K. Lehmann:
 Macht der Utopie. Ein Jahrhundert
 der Gewalt, Stuttgart 1996, 484 S.

Gewissermaßen im Nachgang zur Ernst-Bloch-Tagung (siehe BDH 7. Jg. 1996 H.1) sei dieses nachgelassene Werk des 1994 verstorbenen ehemaligen Bloch-Schülers Günther K. Lehmann empfohlen: ein literarischer Genuß; die wohl brillianteste Hinterlassenschaft eines DDR-Philosophen.

Lehmans Publikationsliste beginnt in den sechziger Jahren mit Arbeiten zu »Phantasie« und »Freiheit«, Themen, wie geschaffen, um die geistigen Möglichkeiten blochscher Denkanstöße auch nach der Verurteilung des Meisters noch auszuloten – und sich zugleich selber immer mehr zu frustrieren. Sein akademisches Lehrfach Ästhetik, wahrgenommen am Johannes-R.-Becher-Institut in Leipzig, als Dozent an der Humboldt-Universität in Berlin und als Lehrstuhlinhaber an der Leipziger Universität, nutzte er zum Entwurf eigener Deutemuster für die Geschichte unseres Jahrhunderts. Sie liegen nun vor in dem zu besprechenden Buch.

Der Arbeitstitel des 1990/91 geschriebenen Buches lautete »Von der Utopie zum Apparat«. Er zeigt die Intention des Verfassers genauer als der dann vom Verlag gewählte Titel, der offensichtlich in Anlehnung und Fortführung eines im gleichen Verlag erschienenen Werkes des Verfassers gewählt wurde: »Ästhetik der Utopie« (Stuttgart, Neske 1995, 294 S.) Darin behandelte er Schopenhauer, Kierkegaard, Simmel, Max Weber und Ernst Bloch. Nietzsche, der spürbar den eigentlichen Schwer- und Höhepunkt der Gedankenführung bildet, erscheint in dieser Reihe nur deshalb nicht, weil er ihm kurz vorher ein eigenes Buch gewidmet hatte: »Der Übermensch. Friedrich Nietzsche und das Scheitern der Utopie« (Berlin; Bern; Frankfurt a. Main; New York; Paris; Wien 1993, 286 S.) Die Widmung des Nietzschebuches bietet den Schlüssel für das Verständnis der drei Werke, die innerlich ein einheitliches Ganzes bilden: »Gewidmet den Demonstranten des Jahres 1989«.

In der »Ästhetik« und im »Übermensch«, die beide auf Vorlesungen des Verfasser

in der Vorwendezeit der späten DDR beruhen, schreibt er an gegen den zählebigen Schatten des Georg Lukács. Ziel dieses »Anti-Lukács« ist es, jene Denker ins rechte Licht zu rücken, die auf je verschiedene Weise Gespür für das Unberechenbare in der Geschichte zeigten, den Nacht- und Schattenseiten im menschlichen Wesen ihre Aufmerksamkeit zuwandten, und so eine »Wirklichkeit« zum Gegenstand des Philosophierens machten, die sich durch keinerlei panlogistische Hegelei kaschieren läßt, sich gegen jede Realität sperrt und ihr doch stets subversiv in allen Poren sitzt. So bildet denn auch das Widerspiel von »Wirklichkeit« und »Realität« den Drehzapfen Lehmanschen Denkens. Wo Georg Lukács verderbliche »Zerstörung der Vernunft« am Werke sah, dort findet Lehmann ganz im Gegenteil sehr berechtigte Warntafeln vor den Abgründen der Vernunft und moderner Rationalität, nicht zuletzt auch bei Max Weber. Das Ganze mutet an wie ein zu DDR-Zeiten noch nicht ganz spruchreifer Vorgriff auf eine übernächste Runde der ja in voller Blüte stehenden »Erbediskussion«, die auch einen Nietzsche dem Verdikt des Banausentums entwinden sollte. Diesbezügliche Ambitionen Lehmanns waren vorerst nachdenklich auf die lange Bank geschoben worden, schließlich aber befand sich das Nietzsche-Manuskript kurz vor dem Ende der DDR doch im Satz; die Buchveröffentlichung war dann freilich schon Sache eines Westverlages.

Mit der Wende bricht lange Zurückgehaltenes aus L. hervor, und er verkündet als Befund: »Tatsache ist, daß der Geist der Utopie dieses Jahrhundert heimsuchte, messianisch und fürchterlich zugleich.« (S. 15) Wer so diagnostiziert, hat Bloch hinter sich gelassen. »Das »Prinzip Hoffnung«, das der deutsche Philosoph Ernst Bloch aus dem »Geist der Utopie« (1918) zog, sollte ein Lebenselixier sein. Wenn aber die Hoffnung »die Angst ersäuft«, und nur der Hans im Glück das letzte Wort haben soll gegenüber jenem Burschen, der auszog, das Fürchten zu lernen, dann werden die wirklichen Gefahren gewaltig unterschätzt.« (S. 15) Das mag wohl sein, denn Utopien bergen Sprengstoff, wie sie auch der »brisante Treibsatz der Kultur« sind.

Zunächst legt Lehmann in Kapitel 1. »Utopismus« (Glauben, Wahn, Wissen) sein Zen-

tralwort dar, den »Utopos«, die geheimnisvolle Quelle des Geschehens im »Jahrhundert der Gewalt«, herausdestilliert aus Grundbegriffen der Kulturanthropologie. Ein heiliger Bezirk im Urgrund der Seele, in den magischen und barbarischen Anfangsgründen menschlicher Kultur korrespondierend mit dem »Totem«. Über alle philosophischen und nomenklatorischen Verpuppungen hinweg ist dieser Bezirk heute noch ausgestattet mit den Ingredienzien des Totems: das Unberührbare, auf dem ein Tabu lastet. Namensnennung bricht das Tabu. Der Tabubruch entfesselt die magischen Kräfte, das Mana des Utopos strömt auf den Frevler herab, ver-rückt ihn aus dem gewöhnlichen Geisteszustand des Alltagsmenschen und ermächtigt ihn wahnhaft zur Ver-rückung der Realität; eine Verrückung, die sich als Heil drapiert, daher Gewalt freisetzt und über Leichen geht. Die von der Utopie freigesetzte, zunächst blindwütig dreinschlagende Gewalt stattet sich unweigerlich mit Organisation aus, wird so kanalisiert, entutopisiert und schließlich von der »Macht« unterdrückt und beerbt, die das Gewaltmonopol realisiert.

Inspiziert wird dieses Utopos-Denken von C.G. Jungs Archetypen. Sie strukturieren bekanntlich als eigenmächtige Kräfte oder Wesenheiten das Unbewußte, wirken von da aus in die Bilderwelt des Bewußten und können in individuellen oder gesellschaftlichen Krisensituationen schleichend oder schlagartig das Bewußtsein überwältigen. Ihren Manifestationen in individuellen Lebensläufen wie auch in Kollektivbiographien geschichtlicher Abläufe nachzuspüren, ist legitim. Aufspürbar sind geschichtliche Zusammenhänge dieser Art durch Dechiffrierung der Metaphorik und Decodierung der Symbolik gesellschaftlicher Bewegungen und Mächte; eine Kunst, die Lehmann meisterhaft beherrscht.

Die Crux dabei ist freilich die: da Archetypen stets und immer im Seelengrund des Unbewußten da sind (wie die Lichtfünklein der Gnosis), kann man sie bei einiger Übung und mit entsprechend geladenem Blick hinter allen Verpuppungen stets und überall ausfindig machen. Damit lassen sich für jedes Jahrhundert spannende Szenarien entwerfen, und wir sind wieder bei der Geschichte als »Theatrum mundi«. Genau dies macht den Charme des Lehmannschen Werkes aus.

Nach der Vorstellung der Begrifflichkeit entwirft Lehmann in 6 gut durchkomponierten Kapiteln sein Bild vom »Jahrhundert der Gewalt«: 2. »Marxismus« (Utopie einer wirklichen Revolution); 3. »Leninismus« (Konstruktion einer unwirklichen Machtmaschine); 3. »Stalinismus« (anonyme Diktatur). Da er dann jedoch umschaltet auf den Nationalsozialismus, müßte man eigentlich erwarten, daß er dem Duktus folgend nunmehr von Hitlerismus spricht. Stattdessen wird das Gliederungsprinzip des Buches verändert, und zur Sprache kommen nunmehr 5. »Barbarei« (Rassenhaß, Kriegsrausch); 6. »Nationalsozialismus« (Dämonie der Gewalt) und 7. »Welt im Umbruch« (vom totalen Krieg bis zur Perestrojka). Vom jungen Marx bis zum reichlich späten Gorbatschow führt der Text; benachwortet mit einig Vaterland, Abwicklung und einem Ausblick auf den baldigen Untergang des Realkapitalismus, der ja seinen siamesischen Zwillingbruder Realsozialismus nicht mehr lange überleben könne.

Das Subjekt »Utopos«, vom Autor geschaffen, ermöglicht eine fulminante Dramaturgie. Beim jungen Marx schlüpft es in das Gewand »Wirklichkeit« und reift sodann in ihm und der Denkschule seiner Jünger und Apostel zum »Utopos einer wirklichen Revolution« heran. Dessen Geburtsurkunde ist natürlich das »Kommunistische Manifest«, speziell dessen einleitender Gespenstersatz. Marx jedoch läßt das Gespenst nicht Gespenst sein, sondern will ihm zu realem Leben verhelfen, weil er in ihm die Lösung des Rätsels der Geschichte erblickt. Damit wird der große Tabubruch vorprogrammiert, und das Unheil nimmt seinen Lauf. Im »Kapital« freilich verwickelt sich Marx fatalerweise in die Gesetzeslogik der Kapitalbewegung und gerät so in die Irritation zwischen gesetzmäßiger Sozialismuserwartung und Schaffung des Sozialismus durch den schöpferischen Akt der Revolution; eine Irritation, die den Marxismus beutelt, bis sie mit Stalins Erfindung des entutopisierten »Leninismus« vom »Apparat« überwunden wird.

Mit Engels' »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« beginnt eine Verpuppung des Utopos Sozialismus in memorierbare »Wissenschaft«, karteimäßig behütet von Karl Kautsky, dem »Apostel mit

Sachverstand« und ungeniert genutzt von Lenin. Doch bleibt in den Schubkästen der Wissenschaft immerhin noch Utopisches am Leben, bis es bei Lenin in die Fänge des Apparats gerät.

Zuvor jedoch gibt es noch drei Lichtblicke: Sorel, Bernstein und Rosa Luxemburg. Da nämlich Sozialismus lediglich eine von mehreren Denominationen des Utopos »Wirklichkeit« darstellt, diese aber in der Entfesselung der Naturkraft »Gewalt« die orgiastischen Höhepunkte ihrer Existenz zelebriert, eröffnen sich dem »wirklichen Sozialismus« echte Chancen nur abseits strenger Organisation und bindender Programmatik, was bei Sorels Mythos vom Generalstreik, Bernsteins Wegesozialismus, dem nichts am Ziele liegt und Luxemburgs faible für die Spontaneität der Fall sei.

Mit dem Zusammenbruch des Zarismus aber kommt dann alles ganz anders. Die Bolschewiki reiten auf den Wellen der Anarchie, erputschen sich den Regierungssitz, pflöpfen der Gewalt der Straße ihre Losungen und Direktiven auf, fangen sie damit ein für den Partei-Fetisch Organisation und bannen den Utopos in ihre »Konstruktion einer unwirklichen Machtmaschine«. Unwirklich = real = nicht utopisch. Nachträglich wird der ganze Vorgang vom triumphierenden Apparat rituell hochstilisiert zum »Mythos Oktoberrevolution«.

Im Apparat und mit ihm setzt sich Stalin durch, kein Utopist, sondern Intrigant und Realist, der in den Moskauer Schauprozessen den letzten Utopisten in der Parteiführung den Garaus macht und sich schließlich auch noch des ins Ausland verbannten Utopieträgers Trotzki mit der Spitzhacke entledigt. So realisiert Stalin mit der unwirklichen, daher realen Machtmaschine »Apparat« eine anonyme Diktatur. Der Leninismus repräsentiert »entwirklichtes Denken«, d.h. Phrase pur, Sprachkulisse einer Ideologie, die Utopiereste in Worthülsen sperrt.

Doch der Utopos »Wirklichkeit« heckt noch andere Gespenster, die als Mythologeme fernab vom Marxismus und gegen diesen spuken: Rasse, Blut, Arier, Feindbild Jude. Sie akkomodieren sich in abstruser Weise dem Utopos Sozialismus, verschmelzen zum Wortgespenst Nationalsozialismus und setzen einen Energierausch frei, exzessiver und gewal-

tiger als die Mythen von »Klasse«, »Partei« und »Organisation«. Aus der Barbarei von Rassenhaß und Kriegsrausch, angestachelt von der Demütigung durch Versailles, steigt der Nationalsozialismus empor als »Dämonie der Gewalt«.

Die KPD, so argumentiert Lehmann, habe das wahre Wesen dieser Erscheinung völlig verkannt, da sie es (von utopielosen unwirklichen Ideologen aus Moskau ferngesteuert) für ein bloßes Werkzeug des Monopolkapitals hielt.

Gemeinsamkeiten zwischen hitleristischem Nationalsozialismus und stalinistischem Realsozialismus macht er am »Utopos Sozialismus« fest. Mit der Magie des »nomen est omen« verleiht er so der Totalitarismuskonzeption die nominalistische Weihe. Wie er den Sowjetsozialismus hervorgehen läßt aus einem Amalgam von Metamorphosen des Marxismus mit messianischen Turbulenzen und Abgründen der russischen Seele, die er – wohl Dostojewski zuliebe – mit zurückhaltender Scheu und Ehrfurcht betrachtet, so verlötet er den Hitlerismus in blanker Germanophobie kurzerhand mit dem »deutschen Wesen«.

Gegen Lukács erhebt er den Vorwurf, der Misere-Konzeption der deutschen Geschichte verhaftet zu sein, selber aber taucht Lehmann die deutsche Geschichte in eine viel schwärzere Finsternis, als es Lukács je in den Sinn gekommen wäre. Die Finsternis deutscher Geistesgeschichte läßt Lehmann mit ... Hegel (!) beginnen, der den Deutschen ein missionarisches Sendungs- und Selbstbewußtsein philosophisch vermittelt und hinterlassen habe, Grundvoraussetzung dafür, daß »Hitler den Deutschen so fremd nicht erscheinen konnte«. (Das Selbstbewußtsein anderer Völker gerät nicht in seinen Blick.)

Wenn er auf die Deutschen (Saubermänner, deutsche Bestie) zu sprechen kommt, überwältigt Betroffenheit seine eigene Fundamentalaussage zum Utopos: »Von solchen Ideen angesteckt zu werden, liegt jenseits von Schuld und Unschuld« (S. 18). Vielleicht befähigt ihn gerade diese Mißachtung eigener Vorgaben dazu, eindringlich Wirklichkeiten des deutschen Faschismus hervorzukehren, die von soziostruktureller Analyse kaum ausreichend zu verorten sind. So vor allem die unheimlichen Phänomene rauschhafter Mas-

senbegeisterung, die der Hitlerismus hervorzurufen vermochte, wie auch – das wohl Abgründigste von allem – die Delegation des eigenen Gewissens an den »Führer« bis hin zur völligen Wahrnehmungslosigkeit gegenüber fremdem Leid, das durch die eigene Gehorsamstat millionenfach in die Welt gesetzt oder zumindest ermöglicht wurde.

Das Merkwürdigste an Lehmanns Geschichtsschau, aber von seinen Prämissen her durchaus *raisonable*, ist die rasche Linienführung vom totalen Krieg bis zu Gorbatschows Perestrojka und ihre Überwölbung durch die (7.) Kapitelüberschrift »Welt im Umbruch«. Professionelle Historiker sind bisher darauf nicht gekommen, aber die Bürgerbewegten haben 1990 eifrig über Analogien zwischen 1945 und 1989 diskutiert, und Kohl hatte schon Jahre vorher leichtfertige Vergleiche zwischen Goebbels und Gorbatschow bedauern müssen. Die Raison der Linienführung ist klar: das Scheitern der beiden utopischen Ausbrüche, durch Fremdeinwirkung von außen im deutschen Fall, durch einen von innen kommenden neuen Utopieschub im russischen Falle, artikuliert von Gorbatschow, dem »Utopisten im Gewande des Apparatschiks«.

Was sich in dieser Zeitspanne abspielt, erweist sich im Lichte einer Utopiegeschichte durchaus als mißvergnülich. Die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden vom Nürnberger Tribunal zwar gehörig abgestraft, doch ihre utopische Wurzel blieb unerreicht, vielleicht kaum beschädigt. Es bildete sich ein deutscher Realismus heraus, welcher den Geist der Utopie ausdörnte, der gleichwohl immer noch hinreichend viel »deutsche Bestie« birgt, deren Existenz in neu erwachender Großmannssucht - hüben wie drüben - zu erahnen ist. Das Schaurigste jedoch - und damit ist Lehmann bei seinem *ceterum censeo* - ist die unheilige Allianz der Apparate zwischen Ost und West, die sich im Kalten Krieg etablierte. Hier liegt der Zielpunkt des ursprünglichen Arbeitstitels »Von der Utopie zum Apparat«. Der Apparat ist jener Dämon, der jede Utopie und jede Realität aussaugt, beerbt und überlebt, unersättlicher und unsterblicher Allesfresser der Geschichte, Aasgeier wie Vampir gleichermaßen, Totenwurm. Und den eben sieht er (Epilog) im vereinigten Deutschland stärker denn je zuvor am Werke.

Der Ästhetiker Günther K. Lehmann denkt und sieht in Bildern, die den Logos dirigieren und sich von ihm nicht knechten lassen. Der Eidetiker spielt mit Metaphern wie der Maler mit der Farbe. Mythen sagen ihm mehr als Begriffe; denn sie möblieren Zeit und stiften Sinn. Und auf eben diesem Felde liegt seine Leistung: die längst fällige Freilegung des Sisyphos, der Symbolfigur menschlicher Existenz in Angst und Hoffnung.

GERHARD BRENDLER

Jürgen G. Backhaus und
Günter Krause:
Zur politischen Ökonomie der
Transformation,
Metropolis-Verlag Marburg 1997,
187 paginierte S.

Im vorliegenden Buch werden die Beiträge der Herbsttagung 1995 des Arbeitskreises Politische Ökonomie in Frankfurt/O. präsentiert. Das Spektrum der diskutierten Probleme reicht von den Entwicklungsperspektiven Ostdeutschlands über eine Konzeption zur Analyse der Umgestaltung von Rentensystemen in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern und Formen sowie Aussichten der Privatisierung bis hin zu den gravierenden Arbeitsmarktproblemen in Vietnam. Angesichts der Fülle des dazu insgesamt vorliegenden Materials kann der im Vorwort reklamierte Anspruch, »die unterschiedlichen theoretischen Ansätze und die verschiedenartigsten Erfahrungen ... (zu) dokumentieren« (S. 7) im Rahmen von sieben Beiträgen und drei Kommentaren allerdings nur sehr beschränkt eingelöst werden.

Am Anfang steht ein Beitrag von *Ulrich Busch*, der (was auch aus dem dazu gehörigen Kommentar von *Reginald Hansen* hervorgeht) das Epizentrum deutsch-deutscher Kontroversen zum Einigungsprozeß thematisiert – die Vermögensdifferenzierung und Chancenungleichheit in Deutschland. Auf solider statistischer Basis erörtert Busch die mittel- bis langfristigen Konsequenzen der ungleichen Verhältnisse bei Vermögen und Einkommen zwischen Ost- und Westdeutsch-

land. Auch wenn aus dem Munde führender Politiker oft gegenteilige Versicherungen zu hören waren, bewirken die aus der unterschiedlichen Entwicklung in den beiden Deutschländern nach dem Zweiten Weltkrieg ererbten Vermögensdisparitäten und die infolge der Art und Weise der Vereinigung – insbesondere die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt – neu installierten Ungleichheiten, daß sich auf längere Sicht keine Angleichung der Lebensverhältnisse vollziehen kann. »Parallel zu den Prozessen der Vermögensdifferenzierung und -polarisierung innerhalb Ost- und Westdeutschlands reproduzieren sich ... beachtliche Niveauunterschiede in den Vermögen zwischen den beiden Landes- teilen« (S. 44).

Da Hansen in seinem Kommentar zu Busch die von letzterem vorgelegten Daten nicht bestreiten kann, aber trotzdem seine vor allem auf ideologischen Glaubenssätzen gründenden Positionen verteidigen möchte, bleibt ihm kein anderer Ausweg, als Busch politisch gewollte Instrumentalisierung von Statistik vorzuwerfen und dazu selbst einigermaßen abenteuerliche Konstruktionen von ›Nicht-Vermögen‹, ›Nicht-Geld‹ und demzufolge auch ›Nicht-Einkommen‹ für die DDR zu vertreten. Unter diesem Blickwinkel werden die Ostdeutschen durch die Währungsunion überhaupt erst zu Vermögensbesitzern; eine Sicht, die nach Hansen auch von den meisten Neubundesbürgern geteilt wird (vgl. u.a. S. 53). Wie es dann allerdings zu der von Busch referierten (vgl. S. 11) großen Zahl derer kommt, die bei Umfragen bekundet haben, daß sie sich als ›Bürger zweiter Klasse‹ fühlen, bleibt bei Hansen völlig unreflektiert. Überhaupt läuft die von Hansen vorgestellte Argumentation in zwei zentralen Punkten ins Leere. Erstens ist auch mit der Auffassung, daß wirkliches Vermögen mit der Währungsunion in Ostdeutschland erst entstand, nichts entscheidendes gegen die von Busch aufgezeigten Ungleichheiten und deren zukünftige Konsequenzen ausgesagt – im Prinzip werden die Positionen von Busch sogar bestätigt. Zweitens verfehlt die Argumentation den entscheidenden Kritikpunkt, der gegen Busch vorgebracht werden mußte, nämlich seine überzogenen Erwartungen an die Politik. Wie aus einschlägigen Studien zur Ungleichgewichts-

theorie längst bekannt ist, tendieren Marktwirtschaften systemimmanent zur Polarisierung von Vermögen und Einkommen. Die Anerkennung dieser Polarisierungstendenz als notwendige, auch von Politik nur marginal zu korrigierende Konsequenz der Übertragung dieses Wirtschaftssystems auf den neuen Osten der Republik kann daher als Lackmusktest dafür gelten, ob jemand wirklich in den marktwirtschaftlichen Realitäten der BRD ›angekommen‹ ist. Daran gemessen, ist offenbar auch Hansen noch nicht in der Wirklichkeit ›angekommen‹.

An den Beitrag von *Winfried Schmähl*, in dem das Forschungsdesign eines Projekts zur Analyse der Umgestaltung der Alterssicherung im Transformationsprozeß ost- und mitteleuropäischer Staaten vorgestellt wird, schließen sich vier Aufsätze zu Problemen der Privatisierung insbesondere in Polen an. *Dirk Ipsen* verweist zunächst auf einen Umstand, der in den westlichen Vorstellungen vom Wesen mittel- und osteuropäischer Kommandowirtschaften verkannt und folglich unterschätzt wurde und der offensichtlich zu problematischen – weil kostspieligen – Privatisierungsstrategien geführt hat. Der im Polen der achtziger Jahre zu beobachtende Trend zur Dezentralisierung hatte tatsächlich eine »Verlagerung der Kontrolle über die Produktionsmittel vom Staat zum Betrieb« (S. 106) zur Folge. Darauf gründet sich die Existenz von »Insider-Macht«, über die das Management der großen Staatsfirmen in der Lage ist, beträchtlichen Widerstand gegen Privatisierungsmodelle zu entwickeln, die sich gegen seine Interessen richten. Um die daraus resultierenden (Mehr)Kosten der Transformation zu reduzieren, schlägt Ipsen vor, die Kontroll- und Verfügungsrechte genauer zu definieren und so den Handlungsspielraum des Managements einzuschränken. Allerdings scheint er am Ende selbst doch einige Zweifel darüber zu hegen, ob und wie dies tatsächlich gelingen kann.

In ihrem Aufsatz über die Entwicklung des Privatsektors in Polen analysiert *Krystyna Poznanska* einen oft durch die Fixierung auf die Privatisierung bereits bestehender Firmen verdrängten Aspekt: die Neugründung von Unternehmen. Neben der auffälligen Konzentration dieses Prozesses auf bestimmte Wirt-

schaftsbereiche – in Polen Handel, Bauwesen und Straßentransport – konstatiert sie vor allem die geringe Unternehmensgröße als eines der Hauptmerkmale, das durchaus Ähnlichkeiten mit dem Entstehungsprozeß von Marktwirtschaften in der »Dritten Welt« erkennen läßt. 70 Prozent aller im Privatsektor Beschäftigten arbeiten in Kleinstfirmen mit bis zu fünf Beschäftigten (vgl. S. 135). In dieses Bild paßt zudem die Feststellung von *Karol Sobczak*, daß sich der polnische Markt noch immer im Stadium seiner Entstehung befindet und die »marktliche Durchdringung der polnischen Wirtschaft ... noch uneinheitlich (ist)« (S. 142).

Welchen Stellenwert inzwischen Peripherisierungsszenarien in den Überlegungen zu den Perspektiven der mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien einnehmen, dokumentiert auch der Aufsatz von *Roland Götz* zu »Rußland als Entwicklungsland«. Nachdem er vor allem theoretische Ansätze der Dependenztheorie hin und her gewendet hat, kommt Götz dann zwar zu der für ihn offenbar einigermaßen beruhigenden Feststellung, daß »zwangsläufig wirkende Mechanismen« einer Peripherisierung Rußlands »nicht aufgezeigt werden (können)« (S. 160), aber das auffällige Nebeneinander von Hochtechnologiepotentialen in einigen Zweigen und alltäglichem Kiosk- bzw. Basar-Kapitalismus läßt auch eine 'erfolgreiche' nachholende Modernisierung zum OECD-Typ von Marktwirtschaften höchst unwahrscheinlich erscheinen. Vielleicht könnte hier die von I. Wallerstein in seinem Weltsystemansatz eingeführte Kategorie »Semiperipherie« ein sicherlich noch näher zu bestimmendes, aber immerhin vorläufig brauchbares Erklärungskonzept bieten.

Im abschließenden Beitrag diskutieren *Uwe Blien* und *Michael von Hauff* die Konsequenzen des marktwirtschaftlichen Transformationsprozesses für den Arbeitsmarkt in Vietnam. Trotz der von den Autoren schonungslos aufgezeigten marktwirtschaftlichen Entwicklungsblokkaden können sie sich jedoch leider nicht zur letzten, notwendigen Konsequenz durchringen. Der »asiatische Weg zur Marktwirtschaft«, der sich erstaunlich widerständig gegen die von Weltbank und Internationalem Währungsfonds empfohlenen marktradikalen Rezepte gebärdet (vgl. S. 162), zeigt nämlich

schlagend die Grenzen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem ihnen eigenen Effizienzdruck auf. In den Ländern, in denen die für alle Marktwirtschaften – auch die entwickelten – charakteristische relative Überbevölkerung in eine Form der absoluten Überbevölkerung übergeht, ist das marktfixierte Wachstumsratein offensichtlich am Ende angekommen. Wenn selbst zehn und mehr Prozent Wirtschaftswachstum nicht dazu führen können, daß Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit merklich abgebaut, geschweige denn überwunden werden (vgl. S. 182), bleibt nur die Ausweitung der »informellen Ökonomie« als existenzsicherndem Reproduktionssektor. Ins Formelle gewendet muß dieser Sektor daher als Sphäre von Warenproduktion jenseits kapitalistischer (Welt)Marktkonkurrenzfähigkeit begriffen werden. Zwar kann hier den extern fixierten Effizienzkriterien des abstrakten Wertes nicht entsprochen werden, aber immerhin werden Gebrauchswerte erzeugt und ausgetauscht, die die Reproduktion großer Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten vermögen. So verbirgt sich hinter dem mit dem Transformationsbegriff scheinbar ultimativ implizierten Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft beim genauen Hinsehen eine viel größere Herausforderung – der Übergang zu einer Produktionsweise, die eine lebenswerte Zukunft für eine noch immer wachsende Weltbevölkerung zu sichern vermag. Von dieser Einsicht scheint das landläufige Verständnis von einer »Politischen Ökonomie der Transformation« allerdings noch Lichtjahre entfernt zu sein.

ARNDT HOPFMANN

Handbuch Deutscher
Rechtsextremismus,
hg. von Jens Mecklenburg,
Elefanten Press Verlag Berlin 1996

Die Autoren um Jens Mecklenburg legen mit ihrer Sammlung von wissenschaftlich sehr fundierten bis eher empirischen Aufsätzen, wobei die einleitenden bedauerlicherweise etwas eingestaubt anmuten, zum immer noch zu wenig beachteten Thema Rechtskonservatis-

mus, -extremismus und Neofaschismus und einem dazugehörigen umfangreichen Nachschlageteil ein allerorten einsetzbares Werk vor.

Mit Sicherheit wird das Wissensdefizit in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zum überkommenen und aktuellen Ideologiepotential weit rechts von der so schwer beschreibbaren Mitte nicht durch ein Handbuch beseitigt werden können, aber in so mancher Bundeswehrkaserne könnte damit wohl ein dringend nötiger Anfang gemacht werden!

Das Handbuch führt sowohl Interessierte als auch bereits Engagierte über den Abschnitt »Grundlagen« mit Arbeiten von Kühnl, Giordano, Birzer und Fröchling zum Faschismus und Rechtsextremismus hin zum »Lexikon - Deutschland rechtsaußen«. Die umfangreiche Auflistung rechter Organisationen, Verlage, Zeitschriften und Personen bis hin zu Adressen von antifaschistischen Archiven, Organisationen, Printmedien und Ansprechpartnern unterstreichen den Handbuchcharakter.

Es schließen sich »Vertiefungen« an. Hierin äußern sich zahlreiche weitere kompetente Autoren wie Gessenharter oder Maler zu aktuellen Erkenntnissen über die gesellschaftlichen und ideologischen Grundlagen und Entwicklungen des nationalen und internationalen rechten Extremismus. In diesem Teil wird der Leser damit vertraut gemacht, daß extrem rechtes Gedankengut in verschiedenster Form im Alltag bundesdeutscher Länder präsent ist. So beschreibt Klaus Zellhofer die Verflechtung deutscher und österreichischer Aktivitäten; die Frauen-Antifa-Gruppe Marburg völkische Vorstellungen unter den rechten »Kameradinnen« oder Ptak betrachtet den Zusammenhang von »Wirtschaftspolitik und extremen Rechten«. Die Beiträge dieses Teils zeichnen sich durch betonte Eigenständigkeit der Auffassungen aus. Der »Anhang« stellt eine »Chronologie des deutschen Rechtsextremismus von 1945 bis 1995« sowie verschiedene Register zur Verfügung.

Die Autoren sind sich der besonderen Schwierigkeit der Definition rechten Denkens und Wirkens bewußt. Wem es gelingt, sich vom Streit um den Begriff zu lösen, der findet in dieser bemerkenswerten Faktensammlung seine Vermutung bestätigt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ein fest etabliertes altes und aktuelles rechtes Denken gibt. Die

politischen Lebensläufe einiger vorgestellter Personen (z.B. Hans Filbinger, Klaus Motschmann oder Franz Schönhuber u.v.a.) machen dem letzten Zweifler klar, daß es sich um keinen Zufall oder gar ein bedauerliches Versehen handeln kann, wenn jemand wie Manfred Roeder zum Vortrag in die Bundeswehrakademie eingeladen wird. Wenn nicht der Vorsatz zur Verbreitung von rechter Ideologie bereits Raum gegriffen hat, dann doch auf jeden Fall eine gefährliche Dummheit, Naivität und Ignoranz gegenüber derart völkischen Beobachtungen der deutschen und europäischen Politik.

Dem in den ausgezeichneten Aufsätzen von Fröchling und Gessenharter suggerierten Neuwert der Erkenntnisse muß ich entgegenhalten, daß vieles davon so neu nicht ist: Bereits Mitte der achtziger Jahre habe ich über völkische Elemente rechtsextremer Ideologie und deren Wurzeln – zugegebenermaßen leider nur in der DDR – publiziert (u.a. Diss. A, Berlin 1987) und bereits damals auf die gefährlichen Entwicklungen – zugegebenermaßen leider nur auf die BRD bezogen – hingewiesen. Die These etwa, daß die völkisch-nationalen Geschichtsbildhauer den Gang der Deutschen durch die Geschichte primär zu einer »success story« (vgl. S. 102) uminterpretieren wollen, bestreite ich dort: Weil sie sowohl die deutsche Geschichte glorifizieren als auch historische Abläufe als Folge unheimlicher Verkettungen von personellem Versagen und verschwörerischen »Feindaktivitäten« interpretieren, ist ja gerade rechte Geschichtsbetrachtung so diffus und ideologisiert! Ich schlage deshalb vor, aus zweierlei Gründen zu überdenken, ob man den Namen »Neue Rechte« noch gebrauchen soll: Erstens reichen die Wurzeln dieses Denkens mit einem Ideengeber wie z.B. Armin Mohler weit in die Vergangenheit der »Alten Rechten« zurück und die rechtskonservative Strömung in Politik und Wissenschaft ist schon seit zehn Jahren den Kinderschuhen entwachsen. Daß sich die eher rechtsextrem denkenden Politiker aller Schattierungen und Parteizugehörigkeiten finden und u.a. mit solchen Gallionsfiguren völkischen Denkens wie Jörg Heider aus Österreich verbünden, verwundert inzwischen sicher niemanden mehr. Zweitens sehe ich in der Nutzung des Begriffs eine Gefahr der politischen Verharmlosung. »Neu« kann auch

fatalerweise mit weniger gefährlich oder weniger entschlossen verwechselt werden! Beides trifft allerdings, wie Eingeweihte und Betroffene wissen, überhaupt nicht zu.

Die Autoren weisen auf die starke Verquickung von politischer Öffentlichkeit und mehr oder weniger verborgener rechter Gesinnung hin, wie etwa im Fall eines ehemaligen Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung (S. 564). Zu wenig wird darauf hingewiesen, daß an Hochschulen und Universitäten dieser Länder Studenten ausgebildet wurden und werden, deren Professoren mit der Neuen Rechten liebäugeln oder sie sogar mit Ideen speisen. Ist es wirklich im Sinne des demokratischen Miteinanders gegen die extremen Kräfte, daß eine junge Akademikergeneration von rechten Konservativen wie den verstorbenen Professoren Hellmut Diwald (Erlangen) und Bernard Willms (Bochum) oder auch Michael Wolffsohn (vgl. S. 563 f.) ausgebildet wird?

Wie unsensibel und naiv mit der eben nicht neuen, sondern fest im politischen und gesellschaftlichen Leben verankerten rechten Gesinnung umgegangen wird, kann man S. 419 in der Rubrik »Medien« bestaunen: Dort finden sich in der Autorenliste des zweifelsfrei im rechtskonservativen Spektrum agierenden Magazins »Mut« neben bereits erwähnten Autoren solche wie Arnulf Baring, Klaus Hornung, Erwin K. Scheuch, Helmut Kohl, Manfred Kanther und Oskar Lafontaine sowie Manfred Stolpe! Ist denn der Bildungsgrad von Beratern oder Ghostwritern politischer Verantwortungsträger schon so beklagenswert, daß gar keinem auffällt, in welcher Umgebung publiziert wird?

Auch zu Bernd Sieglers Beitrag »Rechtsextremismus in der DDR und den neuen Ländern« sei mir in selbiger Hinsicht eine Anmerkung gestattet: Seine Analyse zum Rechts-Extremismus vor und nach der Vereinigung beider deutscher Staaten ist der Versuch zu zeigen, daß es auch hinter dem »antifaschistischen Schutzwall« rechtsextreme Ambitionen und Gewalt gab. Über eine lückenhafte Bestandsaufnahme kommt er leider nicht hinaus. Stärkere Problematisierung wäre hier wünschenswert gewesen.

Interessante und informative Details des »rechten« Alltags kann der Leser aus dem kei-

ne Vollständigkeit beanspruchenden Lexikonenteil entnehmen und wenn er mag, kann er sich die Bemerkungen am Ende jeder Kurzdarstellung (»Bedeutung« oder »Beurteilung«) zu eigen machen. Hier hinkt allerdings die Qualität dem Anspruch deutlich hinterher.

Die Autoren lassen Raum zu eigener Meinung und regen zu weiterführender Diskussion, vor allem aber zur kritischen Beobachtung unseres geistigen und politischen Umfeldes an.

MARTINA DIETRICH

Wie Wen:

Die fünf Paradigmen der Volkswirtschaftslehre für Inflationslosigkeit, Vollbeschäftigung und Verminderung von Kriminalität,
Verlag atacama Merida 1997,
570 S. (100,00 DM)

Das Versagen der konventionellen, auf ein universelles Gleichgewicht abstellenden ökonomischen Theorie ist angesichts wachsender Disparitäten in der Welt, ungelöster Widersprüche und zunehmender – ökologischer wie sozialer – Gefahren offensichtlich. Die traditionelle Volkswirtschaftslehre (VWL) verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft, insbesondere wenn sie versucht, die komplizierten Probleme unserer Zeit mit einfachen Modellen, bei denen die Komplexität der Wirkungszusammenhänge ausgeblendet ist, zu erklären und sie durch Empfehlung veralteter wirtschaftspolitischer Instrumente zu lösen. Einen besonderen Kritikpunkt stellt dabei ihr Anspruch dar, »welt-einheitlich« zu gelten, während die Kulturen der Welt sehr verschieden sind.

Dieser Widerspruch, der »Kampf zwischen Einheitlichkeit suchender Volkswirtschaftslehre und verschiedenen Kulturen, verursacht nicht nur Kriminalität und Kriege, sondern auch Probleme des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts wie Arbeitslosigkeit, Inflation, Umweltzerstörung, Staatsüberschuldung bei Leidensgrenzen austestenden Steuersätzen und Ungleichverteilung in und zwischen den einzelnen Ländern« (S. 1). Um mit diesen Problemen fertig zu werden, bedarf es

zunächst und vor allem einer anderen Theorie bzw. eines anderen Umgangs mit vorhandenen Theorieansätzen. Mit der Formulierung von fünf einander gegensätzlichen volkswirtschaftlichen Paradigmen unternimmt der Autor den mutigen Versuch, entscheidende Schritte in diese Richtung zu gehen. Dabei wirft er nicht wenig Konventionelles »über Bord«, sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch was die Form anbetrifft. Was Wen anstrebt, ist nicht eine Neuauflage der konventionellen VWL mit leicht veränderter Akzentsetzung, sondern eine »sozialwissenschaftlich basierte Volkswirtschaftslehre« (S. 2f.), die sich durch eine enge Verbindung zu sozial-, rechts-, kultur-, geschichts- und naturwissenschaftlichen Disziplinen auszeichnet.

Der opulente Band wird dem auch dadurch gerecht, daß er gänzlich auf eine formale Darstellung verzichtet. Also: keine Formeln, keine Graphen, überhaupt keine Mathematik. Auch keine Literatur- und Quellenverweise. Lediglich ein Personenverzeichnis läßt die Einbettung der Arbeit in einen wissenschaftshistorischen Kontext erkennen. Ob dies dem Wunsch des Autors, daß die Leser seinem Werk die »äußerst seltene Ehrung« zukommen lassen, es »wie einen Roman von vorn bis hinten« (S. 8) zu lesen, förderlich sein wird, bleibt abzuwarten. Möglicherweise wirkt die ungewöhnliche Form – 570 Seiten fortlaufender Text – auf mathematische Volkswirte auch abschreckend! Eine einfache Lektüre ist das Buch jedenfalls nicht.

»Brauchbare Wissenschaft ist immer scharfe Kritik gegen etablierte Interessen« lesen wir auf Seite 2. Welche Interessen und Interessenträger hier attackiert werden, bleibt zunächst offen. Ebenso, welche Interessen das vorliegende Werk bedient. Die Widmung des Buches verrät jedoch einiges über die Richtung, in welche die Kritik zielt: »*Dem Andenken des deutschen Institutionalisten Wolfgang Stützel, der wie Columbo aussehend so detektivisch tüftlerisch wissenschaftliche Probleme löste, als Mitglied des Sachverständigenrats zur Beratung der Bundesregierung von den Gleichgewichtsanhängern niedergestimmt wurde, aus Verzweiflung über derart hartnäckigen ökonomischen Unverstand zum Trinker wurde und schließlich Selbstmord beging.*«

Das Werk gliedert sich in vier Teile und einen, diverse Verzeichnisse umfassenden Anhang. Im ersten Teil wird untersucht, »wo die amoralischen Störungen der VWL liegen und wie diese vermeidbar sind« (S. 4). Im zweiten Teil wird die Frage geklärt, »was entsetzlicher ist, Beibehalt oder Ersetzung der konventionellen VWL« (S. 5). Der dritte Teil beschreibt dann die fünf Paradigmen im einzelnen, welche da sind Merkantilismus, Keynesianismus, Institutionalismus, Monetarismus und Komparatismus. Daran schließt sich ein kurzer vierter Teil an, der mit »Abschied auch vom Kapitalismus« überschrieben ist und in dem »antileichgewichtige Alternativen« (S. 551) zum Kapitalismus der Gegenwart anvisiert werden. Überraschenderweise erklärt der Verfasser hier nicht die VWL, sondern die Rechtslehre, insbesondere das »aus dem Waagesymbol der Juristen abgeleitete Gleichgewichtskonzept« (S. 552), zur entscheidenden Grundlage des Kapitalismus. Eine gewiß originelle Sicht, die es aber wohl schwer haben wird, sich durchzusetzen.

Die systematische Abhandlung beginnt mit dem Ursprung der VWL aus der philosophischen Morallehre. Heute jedoch verleugnet sie diese Herkunft und ist bemüht, sie gegen eine physikalische Basis einzutauschen, um sich als »exakte, moralfreie Quantitätslehre« (S. 10) darstellen zu können. Wen polemisiert dagegen und spricht sich für ein sozialökonomisches Verständnis der VWL aus. Mit Hilfe verschiedener Begriffe und Methoden leitet er eine Beschreibung der VWL als »Metaparadigma« her, worin eine Reihe von widersprüchlichen Paradigmen enthalten ist (S. 132). Die dafür vorgenommene Analyse der Moralsysteme (Ökonomie, Ökologismus, Religion, Ethik, Methodologie, Recht und Kultur) ufert jedoch aus und gerät streckenweise zu einer eigenständigen Arbeit. Sie kulminiert schließlich im Abschnitt »Kultur«: »Für die Wirtschaftswissenschaften ist die Beschäftigung mit Kultur nicht nur möglich, sondern auch notwendig« (S. 227).

Der zweite Teil hat dann vor allem den Vergleich der Kulturideale mit dem Streben der VWL, den uniformen Menschen zu schaffen, zum Inhalt. Kulturideale und volkswirtschaftliches Gleichgewichtsideal werden einander gegenübergestellt, mit dem Ergebnis, daß eine

Kulturbasierung der VWL geeignet erscheint, »moralstützend« (statt moralzerstörend) zu wirken. Eine auf ein allgemeines Gleichgewicht abzielende VWL vermag dies jedoch nicht zu leisten, wohl aber – so der Autor – eine widersprüchliche Theorie, bestehend aus verschiedenen Paradigmen. Diese werden dann im dritten Teil ausführlich behandelt. Die Logik ist dabei folgende: Da die Kultur vielfältig ist, kann es keine damit in Übereinstimmung stehende »einparadigmatische« VWL geben. Ein solches Aufeinandertreffen von »einparadigmatisch widerspruchsfreier Theorie und real widersprüchlicher Kultur« würde zumindestens einen der beiden Pole zerstören, vermutlich die Kultur. Mithin erweist sich der Austausch der konventionellen VWL gegen eine Theorie, die verschiedene Ansätze nebeneinander setzt, als unabdingbar zur Rettung der Vielfalt der Kultur. Das wird inzwischen auch von anderer Seite bestätigt, wie der Kommentar des VW-Chefs für Asien (»Was wir hier machen, ist Wahnsinn!« – Die Zeit, Nr. 7/98, S. 47) angesichts des Exports westlichen Lebensstils nach Fernost zeigt.

Wen meint, »fünf volkswirtschaftliche Paradigmen reichen aus, um jede mögliche kulturelle Hauptaussage abzudecken« (S. 309). Um dies zu verdeutlichen, muß er die (ansonsten energisch bestrittene) »Gleichrangigkeit« der fünf Paradigmen begründen, was nicht unproblematisch ist, da die verschiedenen Theorieansätze natürlich historisch zu sehen sind. Er beginnt mit der »Rehabilitierung des Merkantilismus«. Daran an schließt sich die »Radikalisierung des Keynesianismus«, worunter er die Zurückführung des Lehrbuch-Keynesianismus auf Keynes versteht (S. 351ff.). Dann folgt die »Verknüpfung des Institutionalismus« (S. 393ff.). Strittig dürften vor allem die Ausführungen zum »Monetarismus« sein, nicht zuletzt deshalb, weil sich die moderne VWL wesentlich als monetaristisch versteht und die Wirtschaftspolitik ganz entschieden monetaristischen Grundsätzen folgt. Mit seinen Aussagen zum »Komparatismus« mißt Wen, quasi resümierend, die Brauchbarkeit der übrigen Maßnahmen. Theoretisch versetzt er sich dadurch in die Lage, den wirtschaftlichen Erfolg bestimmter Länder, welche eine exportorientierte Wirtschaftsstrategie verfolgten, zu erklären, ebenso wie die Mißerfolge

der anderen. Dies ist zweifellos interessant und anregend, trägt aber in vielem noch den Charakter von »Unausgegorenem«. Um in der theoretischen Debatte ernsthaft einen Part mitzuspielen, bedarf es bestimmt weiterer Präzisierungen und Vertiefungen der hier vorgestellten Gedanken.

ULRICH BUSCH

Ulrich Schneider:
**Zukunftsentwurf Antifaschismus.
 50 Jahre Wirken der VVN für
 »eine neue Welt des Friedens und
 der Freiheit«,**
 Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger
 Bonn 1997, 248 S., über 300 Abb.
 (38,00 DM)

An dem großformatigem Buch, dem der Schwur von Buchenwald 1945 vorangestellt ist, haben neben dem Bundessprecher der VVN – Bund der Antifaschisten, Ulrich Schneider, 38 weitere AutorInnen mitgewirkt. Der Haupttext besteht aus sechs Kapiteln, in denen beginnend mit den Gründerjahren bis 1949 und endend März 1996 die VVN-Geschichte dargestellt wird. Die Kapitel sind in je eine Übersicht der betreffenden Periode, eine Zeittafel und eine Dokumentation gegliedert. Wesentlich war der ursprüngliche Konsens aller demokratischen Kräfte, einschließlich CDU und CSU, auf Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entmonopolisierung, Demokratisierung, Sozialstaatlichkeit, Völkerverständigung und antifaschistische Einheit in ganz Deutschland hinzusteuern. In den Westzonen zerbrach er in dem Augenblick, als die Anti-Hitler-Koalition auseinanderfiel und sich Bündnisse der Sieger gegeneinander unter Einbezug je eines Teils von Deutschland bildeten. Für NS-Verfolgte und Widerstandskämpfer folgte daraus dreierlei: Erstens das Ende der Chance, die Geschehnisse des ganzen Landes maßgeblich mitzubestimmen und den Nazismus dort endgültig zu überwinden. Schon bei der 1. Interzonalen Länderkonferenz März 1947 in Frankfurt/Main, die als Geburtsstätte der gesamtdeutschen VVN gilt, wurde festgestellt, in den Westzonen würden »schrittweise, aber nach geheimen untergrün-

digen Gesetzen und Machinationen immer mehr diejenigen Kräfte, die sich wirklich im Antinazikampf bewährt haben, aus der Öffentlichkeit weggezogen, weggezerrt, weggedrückt..., um ersetzt zu werden durch... die Ewiggestrigen«. (S. 22) Nach Gründung der BRD war das, wie hier beschrieben wird, erst recht und nun ganz offen, auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen, der Fall. Bald befanden sich in Westdeutschland mehr alte Nazis im Staatsdienst als zur Hitlerzeit. Andererseits wurden besonders kommunistische Antifaschisten benachteiligt, oft auch erneut verfolgt. Zweitens zerfiel die gesamtdeutsche VVN in eine West- und eine Ostorganisation. Die Geschichte letztgenannter hat in einem Unterkapitel Elke Reuter, Mitautorin des Buches »Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953«, Berlin 1997, skizziert. Drittens entfernten sich, mitbedingt durch SPD-Unvereinbarkeitsbeschlüsse und antikommunistische Regierungsmaßnahmen, Teile der Organisation und einzelne Mitglieder von der West-VVN. Ein prominenter CDU-Vertreter, der bisherige Funktionär der VVN Peter Lütches, gehörte zu den Haupttreibern. Im Januar 1950 unterrichtete er das Bundesinnenministerium von einer angeblichen »Notwendigkeit der Sprengung der VVN«. (S. 37) Anfang Februar gründete er die Konkurrenzorganisation »Bund der Verfolgten des Naziregimes« (BVN). 1957 drängte Lütches auf ein VVN-Verbotsverfahren. (S. 61) Die VerfasserInnen machen deutlich, daß die teils durch neue Verfolgung erzwungene, teils mit unter Ostberliner Druck gewollte Reduzierung der Organisation auf parteikommunistische Kämpfer gleichfalls große Substanzverluste verursachte. Zu denen, die sich längere Zeit von der VVN trennten, zählten Bernt Engelmann, Kurt Hirsch und Eugen Kogon.

Charakteristisch auch für die folgenden Kapitel ist, daß Vorgänge um die VVN, so der 1962 geplatzte Verbotprozeß, in die allgemeine politische Entwicklung eingeordnet werden. Das Aufbegehren der Außerparlamentarischen Opposition 1968 und größtenteils auch der Kurs der ersten Regierung Brandt hatten, wie die AutorInnen verdeutlichen, für die VVN positive Folgen. Vor allem konnte sie nun wieder auf größere Bevölkerungskreise einwirken. Die konservativ-neo-

berale »Wende« 1982 und der Zusammenbruch des »Realsozialismus« 1989 waren negativ für sie. Die VerfasserInnen meinen, mit dem Bundeskongreß in Frankfurt/Main 1992 hätten sich die Verfallstendenzen umgekehrt. (S. 196) Schwerwiegende politisch-ökonomische Probleme in der erweiterten BRD und die Verworrenheit der Linken lassen an dieser Deutung zweifeln. Seit 1948 ging die Zahl der VVN-Mitglieder von 300 000 auf 8500 zurück. Zu berücksichtigen sind hierbei viele Todesfälle und Verluste durch politisch bedingten Abgang, aber auch der Hinzutritt Jüngerer seit Umwandlung der Organisation zur VVN-Bund der Antifaschisten 1971. Das Buch enthält keine Angaben über die Mitgliederentwicklung.

Inhaltlich muß die ausschließlich negative Wertung der Totalitarismustheorie als ideologischer Spaltpilz (S. 9) gerügt werden. Die Ähnlichkeiten zwischen stalinistischen und faschistischen Formen und Methoden sind groß genug, um seriöse Varianten dieser Theorie zu rechtfertigen. Gleichfalls kritikwürdig erscheint mir die Nichterwähnung vieler Fälle, in denen die VVN sozialismusfeindliche Vorgänge im Osten einfach hingegenommen hat, so die Verletzung von Menschenrechten und Nutzung von KZ auch zur Internierung demokratischer Gegner (als einzige wandte sich hiergegen die bayerische VVN), den Slansky-Prozeß und Repressionsmaßnahmen auch gegen Juden der DDR, die Maßregelung von Antifaschisten bis hin zu Spitzenpolitikern von KPD und SED sowie die Invasion der CSSR 1968. Die VerfasserInnen behaupten, Bonns Verteidigungsminister Strauß habe die militärische »Rückeroberung der DDR« betrieben und die Worte vom Marsch der Bundeswehr »mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor« sowie von einem »Abgrund von Landesverrat« durch den »Spiegel« geprägt. (S. 65, 66 und 76) Das ist sämtlich falsch. Entgegen der im Buch enthaltenen Version darf Internationalismus m. E. nicht dem Kampf für Menschenrechte entgegengesetzt werden, da alle progressiv Gesinnten, auch Sozialisten, diesen Kampf mit austragen müssen. (S. 134) Die Ansicht, Bonn habe »kein Handlungskonzept« für die politische Entwicklung 1989/90 in Deutschland gehabt, erledigt sich durch das tatsächliche Plattwalzen und Kolonialisieren der DDR von

selbst. (S. 180) Die Bundesregierung folgte keiner »Massenstimmung« unter DDR-Bürgern; sie heizte diese Stimmung an und nutzte sie aus.

Zutreffend vermerken die AutorInnen, daß sich die VVN-BdA gegenüber der Studentenbewegung 1968, linken Splittergruppen in den siebziger und autonomen AntifaschistInnen in den achtziger Jahren schwer tat. (S. 93, 128 und 137) Ihre Distanz zu KKW-Gegnern (S. 141) hatte auch mit der Einstellung zu tun, die friedliche Nutzung der Atomenergie in Ostblockländern grundsätzlich gutzuheißen. Zu Recht werten die VerfasserInnen es als negativ, daß in den frühen achtziger Jahren die antifaschistische Wochenzeitung »die tat« von der »Deutschen Volkszeitung« vereinnahmt und die VVN genötigt wurde, den ihr gehörenden Röderberg-Verlag Pahl-Rugenstein zu überlassen. Die DVZ verstand sich als »Sprachrohr des breiten Bündnisses für Frieden, Abrüstung und Demokratie«. Daher hatte in der Zeitung Antifaschismus »nur noch als wöchentliche Rubrik seinen Platz«. (S. 153) Die Verlagsfusion führte zum »Verhungern« antifaschistischer Buchliteratur, weil hiervon immer weniger gedruckt wurde. (S. 165) Wer die Zusammenschlüsse verursacht hat, verraten uns die AutorInnen leider nicht. Die Weisung dazu kam aus Ostberlin.

Von speziellem Interesse sind Auseinandersetzungen in der VVN-BdA ab 1988, die parallel zu solchen in der DKP geführt wurden. Es ging um den Kurs der Organisation, um Machtstrukturen, mangelnde politische Beweglichkeit, Offenheit und Transparenz. Hierzu und zu den Wirkungen der DDR-Subsidien bis 1989 merkt Peter C. Walther an: »Hauptursache der Krise war zweifellos die enge politische Verknüpfung mit der damaligen kommunistischen Partei und die materielle Abhängigkeit von der DDR.« (S. 187) Die Abhängigkeit hatte »den großen Nachteil, daß die Geldgeber auch den Kurs bestimmten. Das führte zu parteipolitisch dominierten Ausrichtungen und entsprechenden Verengungen. Es unterdrückte und verhinderte kritische Stellungnahmen gegenüber kritikwürdigen Vorgängen in der DDR und im Sowjetblock.« (S. 188) Der langjährige VVN-Spitzenfunktionär Kurt Erlebach hingegen sucht frühere Praktiken zu verharmlosen. Er spricht von »solidarischer materieller Unterstützung durch Anti-

faschisten aus der DDR«, als sei das Ganze eine private Angelegenheit unter Freunden gewesen. (S. 187) In Wahrheit handelte es sich um Zuwendungen der SED, die via DKP zur VVN-BdA gelangten. Politisch und vor allem personalpolitisch wurde diese formell von der Deutschen Kommunistischen Partei, tatsächlich aber – manche AutorInnen wissen das offenbar bis heute nicht – von Ostberlin aus gesteuert.

Im Juni 1990 beschloß der Düsseldorfer Bundeskongreß der VVN-BdA, sich nie wieder in Abhängigkeit von einer Partei zu begeben. Ebenfalls zu Recht nahm der Bundesausschuß 1996 eine Erklärung an, die entgegen früheren Gepflogenheiten keine Kategorie von Naziopfern, auch nicht die Homosexuellen, ausgrenzt und Gerechtigkeit für alle fordert, die bisher nicht entschädigt bzw. rehabilitiert wurden. (S. 213)

Angehörige der VVN haben die notwendige Erinnerung an Widerstand und Verfolgung unter Hitler wachgehalten. Sie wandten sich im Sinne des Schwurs von Buchenwald gegen fortdauernden faschistischen Ungeist, antidemokratische Tendenzen und die schon 1947 wieder massenhaft einsetzende antisemitische Hetze, gegen Treffen von SS-Verbänden, die Einnahme führender Posten durch alte Nazis und den aufkommenden Neonazismus. Zutiefst berechtigt war ihre Teilnahme am Kampf für ein neues, besseres Deutschland, gegen Remilitarisierung, drohende Atombewaffnung und die Stationierung von Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden. Doch legte sich die Organisation nach einer kurzen Zeit der Überparteilichkeit darauf fest, einseitig die Außen- und Weltpolitik der Sowjetunion zu unterstützen und wesentlich nur parteikommunistischer Widerständler zu gedenken. Ersteres war damit verbunden, über Fehler und Verbrechen in der UdSSR und deren Partnerstaaten hinwegzusehen.

Am Schluß des Buches stehen Kurzbiographien von – vorwiegend kommunistischen – KameradInnen der VVN, eine Auswahlbibliographie und Organisationsadressen. Die biographischen Angaben sind im allgemeinen exakt. Bei Willy Bleicher (S. 219) fehlt die für sein Leben wichtige Zugehörigkeit zur KPD-Opposition.

MANFRED BEHREND

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00